Montag, 12. August 1985 - D ***

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 185 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Beirut:** Moslemische und christliche Milizen haben sich am Wochenende die seit Wochen schwersten Kämpfe geliefert. Beim Einsatz von Raketen und Granatwerfern sind Wohngebiete auf beiden Seiten der „grünen Demarkationslinie" unter Beschuß genommen worden. Nach Polizeiangaben wurden elf Menschen getötet und 58 verwundet. (S. 6)

**Terrorismus:** Das Bundeskriminalamt (BKA) rechnet nach Angaben seines Leiters Heinrich Boge mit weiteren Brand- und Sprengstoffanschlägen nach Art des Attentats auf die US-Luftwaffenbasis am vergangenen Donnerstag in Fankfurt. (S. 6)

**Paris:** Das französische Parlament muß wegen der Neufassung des Neukaledonien-Gesetzes seine Ferien unterbrechen. Die Sondersitzung hat zum Ziel, die ursprünglich für Anfang September geplante Wahl von vier Regionalparlamenten auf der Pazifik-Insel nicht zu lange zu verzögern. (S. 5)

**Dissidenten:** In der CSSR sind knapp zwei Wochen vor dem 17. Jahrestag des Warschauer-Pakt-Einmarsches Vaclav Havel, Ladislav Lis und Jiri Dienstbier festgenommen worden. Beobachter glauben, daß die Dissidenten am 21. August über ein Manifest der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" sprechen wollten.

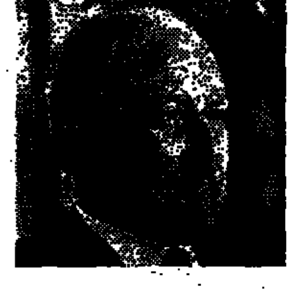
**Bonn:** Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) hat Arbeitgeber und Gewerkschaften aufgefordert, sich auf einen „freiwilligen Verhaltensskodex für Arbeitskämpfe" zu einigen. Besonders wichtig seien klare Absprachen über die Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Warnstreiks.

**Athen:** Die griechische Regierung hat das Zögern der US-Regierung bedauert, den Verkauf von 40 F-16-Kampfflugzeugen zu ratifizieren. Gleichzeitig wurde dementiert, daß Washington eine Garantie dafür verlangt hätte, daß keine Informationen über das Flugzeug in die UdSSR gelangen.

**Kampfstoffe:** Nach Informationen des amerikanischen Geheimdienstes CIA arbeitet die Sowjetunion an der Entwicklung gefährlicher biologischer Kampfstoffe. Innerhalb des Forschungsprogramms sollen genetische Experimente vorgenommen werden, die die Entwicklung neuer tödlicher Lebensformen zum Ziel hätten. (S. 6)

**Streik:** In der Republik Irland sind die Redakteure der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RTE am Wochenende in einen 35stündigen Streik getreten, nachdem der Sender seine Zusage für ein geplantes Interview mit dem amerikanischen IRA-Sympathisanten Martin Galvin zurückgezogen hat. (S. 4)

### ZITAT DES TAGES



» Das Bundesverfassungsgericht hat keineswegs den vermummten und passiv bewaffneten Randalierern das Wort geredet. Genau aber gegen diesen Kreis unfriedlicher Störer richtet sich das geänderte Demonstrationsrecht «

Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) in einem Beitrag für die WELT (S. 4)
FOTO: SVEN SIMON

### WIRTSCHAFT

**„Die Masse macht's":** Die Umsatzzahlen des Sommerschlußverkaufs haben die Erwartungen des Handels zum Teil weit übertroffen. Kaufhäuser und Einzelhändler berichten von stellenweise zweistelligen Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr. (S. 7)

**Krisenfest:** Das Bankenwesen in der Bundesrepublik Deutschland ist nach Meinung des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, krisenfest. Auch die Weltschuldenkrise kann das Kreditwesen nicht gefährden, da keine einzige Sparkasse oder Raiffeisenbank Kredite nach Lateinamerika gegeben habe.

**Messen:** Die Bundesrepublik ist mit derzeit rund 100 internationalen Messen pro Jahr das größte Messezentrum der Welt. Führend unter den insgesamt 17 Messeplätzen sind Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln und München. Auf sie entfallen mehr als 80 Prozent der internationalen Messen.

**Luftfahrt:** Der Übernahmekampf um die in finanziellen Nöten stekkende US-Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) verschärft sich. Nachdem der New Yorker Financier Carl C. Icahn TWA schon in der Tasche zu haben glaubte, erhöhte jetzt die Texas Air Corporation ihre Offerte auf 26 Dollar je Anteil.

### KULTUR

**Salzburg:** Der Regisseur Pierro Faggioni, der den Generalsekretär der Festspiele, Otto Sertl, anläßlich einer Probe von Verdis „Macbeth" geohrfeigt hatte, darf das Festspielhaus dank einer einstweiligen Verfügung wieder nach Belieben betreten.

**Krieg im Film:** Rund 120 Historiker aus Ost und West werden vom 21. August an im Göttinger Institut für den wissenschaftlichen Film zusammenkommen, um die Rolle der Medien in der Periode unmittelbar vor und nach dem Zweiten Weltkrieg zu diskutieren.

### SPORT

**Tennis:** Der Hamburger Michael Westphal unterlag erst im Finale des Grand-Prix-Turnier von Kitzbühel. Er wurde von dem Tschechoslowaken Pavel Slozil 7:5, 6:2 besiegt. (S. 12)

**Fußball:** Die Bundesliga startete mit schwachen Zuschauerzahlen. Die neun Spiele sahen nur 216 000 Besucher. Eine geringere Zahl gab es an einem ersten Spieltag nur 1973. (S. 10)

### AUS ALLER WELT

**Höhlenforschung:** Mit der Untersuchung der vermutlich tiefsten Höhle der Welt in einem Naturschutzpark in Montenegro haben 60 Höhlenforscher aus Ost und West begonnen. Die Erforschung dieser Höhle ist gleichbedeutend mit der Besteigung des Mount Everest. (S. 14)

**Abgelehnt:** Der Belgier Patrick De Decker (24) hat den Erlaß von König Baudouin, mit dem dieser den wegen Mordes zum Tode verurteilten jungen Mann begnadigt hatte, abgelehnt. (S. 14)

**Wetter:** Sonnig, aber weiterhin gewittrig. 20 bis 25 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Kanzler erinnert Moskau an deutsche Wiedervereinigung

## Unterschiedliche Akzente / „Abkommen ist keine Festschreibung"

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich gestern zweimal in sehr unterschiedlicher Form zum deutsch-sowjetischen Verhältnis geäußert. Während er in einer Botschaft an die Kreml-Führung eine Weiterentwicklung und einen Ausbau der Beziehungen befürwortete, schlug er in einem gleichzeitig veröffentlichten Zeitungsartikel kritische Töne gegen Moskau an.

Offensichtlich in Ergänzung des offiziellen Notenwechsels zum 15. Jahrestag des Moskauer Vertrages äußerte Kohl in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" große Sorge über den „drastischen Rückgang der Zahl der Ausreisen sowjetischer Bürger deutscher Volkszugehörigkeit. Hier könnte durch mehr Entgegenkommen der sowjetischen Seite in den beiderseitigen Beziehungen sehr viel Positives bewirkt werden."

Der Kanzler betonte, der Moskauer Vertrag „bedeutet nicht die endgültige Festschreibung" der Lage in Europa. Er ersetze keinen Friedensvertrag und schließe den friedlichen Wandel in Europa ebensowenig aus wie die Schlußakte von Helsinki. Diese halte ausdrücklich die Möglichkeit fest, „daß Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können".

Nachdrücklich verwies Kohl auf den mit dem Moskauer Vertrag verbundenen Brief zur deutschen Einheit. Danach bleibe es das Ziel der Bundesrepublik, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".

Der Moskauer Vertrag habe beiden Seiten Vorteile gebracht, fuhr der

SEITE 2:
Wie wir leider wissen

Kanzler fort. Versuche, ihm im nachhinein einen anderen Charakter zuzuschreiben und seine Nachbesserung zu betreiben, nutzten keiner Seite. Die Entwicklung konstruktiver Beziehungen auf der Grundlage des Moskauer Vertrages sei „nur als Zweibahnstraße ohne einseitige Vorbedingungen und ohne propagandistische Diffamierung der Absichten der anderen Seite denkbar".

Von dieser kritischen Akzentuierung heben sich die an die Sowjet-Führung gerichteten, diplomatisch formulierten Briefe ab, in denen Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der Kanzler und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher für eine Pflege der deutsch-sowjetischen Beziehungen „in guten wie in schwierigen Zeiten" plädiert haben. Die Sowjet-Spitze hat ihrerseits in Schreiben an die Bonner Adresse den Moskauer Vertrag als ein verläßliches Fundament für eine konstruktive Zusammenarbeit charakterisiert.

Bei dem zwischen den Außenministern Genscher und Schewardnadse vereinbarten Notenaustausch zum Vertragsjubiläum am 12. August scheint das Interesse an einer öffentlichen Dokumentation in Bonn größer gewesen zu sein als in Moskau. Denn während sich auf deutscher Seite Präsident, Regierungschef und Außenminister auf ungewöhnlich demonstrative Weise in persönlichen Botschaften an das sowjetische Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, an Generalsekretär Michail Gorbatschow und Ministerpräsident Nikolai Tichonow sowie an Außenminister Eduard Schewardnadse gewandt haben, kamen aus Moskau nur zwei kollektive Botschaften: ein gemeinsames Schreiben des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerra-

● Fortsetzung Seite 5

# Wird Blüm die CDU in NRW führen?

## Die Weichen für eine Fusion beider Landesverbände zum März 1986 sind gestellt

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Vorstände der rheinischen und der westfälisch-lippischen CDU haben „einmütig und einstimmig" die Weichen für die Fusion ihrer beiden Verbände gestellt. Die Parteisouveräne, die Landesparteitage, werden diese Führungsvorlage mit den notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheiten am 17. August in Paderborn und am 17. Oktober in Düsseldorf beschließen. Damit konnte Kurt Biedenkopf im wesentlichen seine Vorstellungen verwirklichen.

Der ausgehandelte Fahrplan sieht nun vor, bis zum 31. März 1986 einen gemeinsamen Parteitag einzuberufen. Dieser soll die Fusion bestätigen, eine Satzung verabschieden und sich eine neue zentrale Führung geben.

Noch kurz vor der dreistündigen Sitzung am Freitag abend hatten die Rheinländer Bedingungen gestellt. Ihr Vorsitzender Bernhard Worms wollte die Fusion erst 1987 vollziehen lassen. Die Bundestagswahl solle mit diesem Thema nicht belastet werden, sagte er. Auch der Vorsitzende der rheinischen CDU, der Parlamentarische Staatssekretär Wolfgang Vogt, kritisierte, es grenze an „Wahnwitz, einen Kopf auf die Beine zu stellen, ohne zu wissen, auf welchem Körper die Beine stehen". Biedenkopf nahm gestern auf diese Passage indirekt Bezug, indem er gegenüber RTL erklärte, es gelte jetzt, aus einem „Körper mit zwei Köpfen einen Körper mit einem Kopf zu machen". Vogt gab sich offensichtlich damit zufrieden, daß die zweite Bedingung der Rheinländer akzeptiert wurde: Danach soll die Stellung der CDU-Vereinigungen in der Partei, wie derzeit in der rheinischen Union, verankert bleiben. Die Vereinigungen „mit starkem Stellenwert" wie etwa CDA oder Mittelstand behielten mit einer garantierten Zahl von je sechs Delegierten weiter ihren Einfluß auf die Politik der CDU in Nordrhein-Westfalen. Worms begrüßte es, daß auch die Vorstellung der Rheinländer, nach der die Parteibezirke keinen Organcharakter zugestanden bekommen, akzeptiert worden sei.

Diese Zugeständnisse allerdings können nicht verdecken, daß Biedenkopf der Partei seinen Willen oktroyierte und die Fusion durch einen Grundsatzbeschluß erzwang. Strahlend und redefreudig wie seit langem nicht mehr betonte Worms: „Eine Fusion ist aussichtslos, wenn nicht von Anfang an der grundsätzliche Beschluß steht, sie durchzuführen." Er meint, daß mit zwei Landesverbänden, die selbständig nebeneinanderstehen, die dauernden Anlaß zu Spannungen geben, in denen es kein integrierendes Element gibt und keine einheitliche Führung, keine Landtagswahl zu gewinnen sei.

Worms will die Diskussionen aber um die Personen der Führungsspitze erst nach der Fusion führen, denn „ich kann nicht über den Reiter reden, ohne den Gaul zu haben". Allerdings ist diese Personaldebatte schon voll entbrannt. Sie kapriziert sich nicht nur auf die Bewerber um den Landesvorsitz. Dort werden neben Biedenkopf auch Bundesminister Norbert Blüm oder der Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen genannt. Dabei werden die Stimmen immer leiser, die fordern, es müsse erst über die Inhalte der Politik geredet werden.

Seite 2: Die Fusion

# Bangemann zieht keine Konsequenzen

DW. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sieht keine Notwendigkeit, aus dem gegen seine langjährige Mitarbeiterin Sonja Lüneburg geäußerten Spionageverdacht persönliche Konsequenzen zu ziehen. Dies erklärte der Minister am Wochenende nach der Rückkehr von einer Indonesienreise vor Journalisten. „Wenn ich selber Konsequenzen ziehen müßte, dann müßte ich mir ja selber was vorzuwerfen haben", meinte er. Bangemann bekräftigte, daß er sich das Verschwinden seiner Mitarbeiterin nicht erklären könne. Es habe für ihn nie Hinweise auf eine Spionagetätigkeit von Frau Lüneburg gegeben.

# Genfer Gespräche über neun Stunden

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow wollen während ihrer Begegnung am 19. und 20. November in Genf neun Stunden lang konferieren. Das haben nach einem Bericht der „Washington Post" amerikanische und sowjetische Diplomaten bei der Vorbereitung einer vorläufigen Tagesordnung vereinbart. Der erste Tag der Begegnung soll allgemeinen Fragen gewidmet sein; für den zweiten Tag stehen die Themenkreise Abrüstung und Menschenrechte sowie die Behandlung regionaler und bilateraler Fragen auf der vorläufigen Tagesordnung.

# Die Sparkassen widersprechen Ost

pje. Bonn

Der Sparkassen- und Giroverband hat gegenüber der WELT die Forderung von Regierungssprecher Ost, die Zinsen für Kleinkredite und Anschaffungsdarlehen zu senken, zurückgewiesen.

Eine Zinssenkung von einem Prozent beispielsweise spare fünf Milliarden Mark an Finanzierungskosten und sei „auch ein Beschäftigungsprogramm", hatte Ost erklärt. Demgegenüber verwiesen die Sparkassen darauf, daß der Markt und nicht die Regierung die Zinshöhe bestimme. Zudem verhindere bereits der Wettbewerbsdruck auf die Kreditinstitute künstlich hohe Zinsen.

# Heroin war im Knast billiger als draußen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Von den in der Bundesrepublik Deutschland einsitzenden 48 000 Gefangenen und Sicherheitsverwahrten sind fast neun Prozent Drogenstraftäter. Für die selbst Drogenabhängigen unter ihnen läuft zur Zeit ein mit 14 Millionen Mark vom Bund finanzierentes Modellprogramm, das die Zielsetzung „Mehr Therapie und weniger Strafe" des neuen Betäubungsmittelgesetzes in die Praxis umsetzen soll.

Diese 14 Millionen sind allerdings ein bescheidener Betrag gegenüber den Summen, die aufgebracht werden müssen, wenn sich drogenabhängige Straftäter zu einer Therapie entschließen. Diese dauert zwischen 12 und 18 Monaten, von denen jeder Tag für jeden Teilnehmer rund 120 Mark kostet, die je nach Voraussetzungen von den Rentenversicherungsanstalten oder den Krankenkassen aufzubringen sind, denn drogenabhängige Straftäter sind Kranke.

Beispiel Meppen im Emsland: eine moderne Strafanstalt mit 453 Haftplätzen, 40 davon besetzt von Drogenstraftätern. Der Direktor hat für eine Besuchergruppe drei davon an den Tisch gesetzt. Redselig sind sie nicht gerade, aber einer berichtet, daß er froh ist, in einem so stramm geführten Haus zu sitzen, denn „in Bremen war Heroin im Knast billiger als draußen".

In 66 solcher Strafanstalten wird das dreijährige Modellprogramm, das 1983 vom Bundesgesundheitsministerium initiiert und mit dem „Ständigen Arbeitskreis der Drogenbeauftragten des Bundes und der Länder" abgestimmt wurde, angewandt. Dort finanziert der Bund die Sozialarbeiter für die Drogenberatung hinter Gittern. Ihre Hauptaufgabe ist die Vermittlung der Abhängigen in eine Entwöhnungseinrichtung. Eine ihrer Stärken dabei ist die Schweigepflicht – auch gegenüber der Anstaltsleitung.

Ein Jahr vor seinem Auslaufen zeigt das Programm jetzt seine volle Wirkung. Sozialarbeiter Dieter Bekker in Mappen ist sich ganz sicher: „Ich habe das Gefühl, erfolgreich zu sein." Die Abbrecherquote sei bei der Therapie „sehr gering". Ein Problem bestehe darin, daß viele Alkoholabhängige in der Haft auf Drogen umstiegen, die durch die Freigänger (in Meppen 33) eingeschleust werden. Noch jedesmal, so ein Angehöriger des Personals, sei bei Durchsuchungen in den Zellen Rauschgift gefunden worden; es ist leichter einzubringen als Flaschen.

Von Drogen will der eine Mustergefangene, der seinen Heroinkonsum durch Autoknacken finanzierte, nichts mehr wissen. Im Gegensatz zu vielen seiner Schicksalsgenossen, deren Resozialisierung nach der Entlassung Schwierigkeiten aufwirft, weil sie keinen Beruf erlernt haben, kann er eine stolze Bilanz vorweisen. Während seiner Haftstrafen, alle wegen Drogenstraftaten, hat er den Hauptschulabschluß und die Mittlere Reife nachgeholt, das Drucker-Handwerk gelernt und auch Niederfrequenz-Technik studiert.

Für diesen Mann und alle, die sich mit gleicher Konsequenz von der Droge abwenden wollen, ist das 14-Millionen-Mark-Programm des Bundes der große Rettungsanker. Allerdings brechen auch Mustergefangene die Therapie ab. Andere rennen schon nach wenigen Wochen aus der Therapieanstalt davon; einer zu seiner süchtigen Frau, die ihn sofort wieder mit Stoff vollpumpte.

Trotz der Einwände von Bundesrechnungshof, der zu kürzeren Modellversuchen rät, und Teilen der Justiz, die das neue Betäubungsmittelgesetz kritisch betrachtet, sind sich die Förderer des Modells einig: „Wir geben niemals jemand auf!"

DER KOMMENTAR

# Zinsappelle

HARALD POSNY

Zum zweiten Mal innerhalb von sieben Wochen bezieht das Kreditgewerbe wegen seiner hohen Darlehenszinsen Schelte von der Bundesregierung. Ende Juni hatte Finanzminister Stoltenberg Banken und Sparkassen eine „überhöhte Zinsspanne" zwischen Spar- und Darlehenszinsen vorgeworfen, jetzt stößt Regierungssprecher Friedhelm Ost nach und fordert die Sparkassen auf, Kredite billiger anzubieten.

Richtig ist, daß die hohen Realzinsen – also der nominale Zins abzüglich der Inflationsrate – einen Konjunkturaufschwung abbremsen. Es bleibt jedoch Osts Geheimnis, warum er seine Kritik nur auf die Sparkassen konzentiert. Sie sind weder bei den Spareinlagen noch bei Darlehen Zinsführer, auch refinanzieren sie sich aus den gleichen Quellen wie die Banken. Vielleicht schwingt die Hoffnung mit, öffentlich-rechtliche Institute könnten als „billiger Jakob" auch ihre Wettbewerber zur Zinssenkung zwingen.

Nun lösen sich – je nach Konjunkturlage – die Forderungen nach billigeren Krediten oder nach höheren Guthabenzinsen einander mit schöner Regelmäßigkeit ab. Sie sind auch meist nicht unberechtigt. Aber derartige Appelle verändern die Mechanismen der Finanzmärkte, das Geschäft zwischen Geldeinstandskosten und Ausleihungen, nicht. Wichtig ist der scharfe Wettbewerb. Er vor allem verhindert, daß Verbraucher zuviel Zinsen zahlen.

Die Bürger werden gute Gründe dafür haben, daß sie trotz magerer Sparbuchzinsen viel auf die hohe Kante legen. Das ist ein Vertrauensbeweis. Andererseits schäumt die Kreditnachfrage nicht über; auch das ist nicht unlogisch, denn über den Kauf eines Hauses, eines Autos und eine Investition entscheidet nicht nur die Zinshöhe, wenngleich sie wichtig ist.

Der Prozeß der Zinssenkung ist bereits erfreulich in Bewegung geraten. Die faktische Preisstabilität, die preiswerte Geldbeschaffung und der Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten lösten die Talfahrt der Zinsen aus. Die zur Zeit niedrigsten Hypothekenzinsen seit Jahren beweisen dies schlagend. Die Wirkung zeigt sich freilich erst in einigen Monaten. Die (nicht abwegige) Erwartung auf weiter sinkende Zinsen bremst die Verschuldensneigung.

Natürlich hat Ost einen Konsumstoß zwecks Konjunkturbelebung im Sinn. Er ist auch nötig. Aber die Zinshöhe ist eben nur eines von mehreren Motiven der Verschuldung. Wieso werden eigentlich nicht mehr Autos gekauft, wo doch – Katy hin, Katy her – die Autofinanzierer Kredite zu effektiv vier Prozent anbieten?

# Ex-Bankier Hesselbach unter Verdacht

DW. Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft ermittelt in Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre jetzt auch gegen die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und den Holding-Chef der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Walter Hesselbach. Dieser bestätigte, in der Parteispendenaffäre in Verdacht geraten zu sein. Nach Angaben von Staatsanwalt Wilhelm läuft seit einiger Zeit gegen die Stiftung und den Bankier ein Verfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung.

SPD-Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski sagte zu den Ermittlungen, daß es für Mutmaßungen, nach denen Gelder aus der Friedrich-Ebert-Stiftung an die SPD geflossen seien, keinen Beleg gebe.

Hesselbach soll nach den Angaben des „Spiegels" geholfen haben, mehr als sechs Millionen Mark am Finanzamt vorbei in die Kassen der Sozialdemokraten zu schleusen. Die Anklagebehörde habe Indizien dafür, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung Spendern aus Handel und Industrie steuermindernde Abzugsbescheinigungen in Millionenhöhe überlassen habe, obwohl das Geld von vornherein für die SPD gedacht gewesen sei.

Der „Spiegel" nannte den ehemaligen SPD-Schatzmeister Alfred Nau eineSchlüsselfigur bei den finanziellen Transaktionen am Fiskus vorbei. Naus Nachfolger, Halstenberg, bestätigte, daß er von Nau rund acht Millionen Mark bekommen habe, dessen Herkunft Nau ihm nicht genannt habe.

# Spekulationen um Abkehr von der Apartheid

DW. Washington/Pretoria

Südafrikas Außenminister Roelof Botha hat nach Angaben Washingtoner Regierungskreise den USA zugesagt, Pretoria wolle seine Rassentrennungspolitik ändern. Die US-Regierung nehme daher eine abwartende Haltung ein. Doch könne Reagan den Widerstand gegen Wirtschaftssanktionen nicht aufrechterhalten, wenn sich Pretoria nicht verstärkt um den Abbau der Apartheid bemühe.

Botha bestritt in Johannesburg, seinen westlichen Gesprächspartnern die bedingungslose Freilassung des schwarzen Nationalistenführers Nelson Mandela nach 21 Jahren Haft in Aussicht gestellt zu haben. Botha sagte jedoch, einige Kabinettsmitglieder würden Mandelas Freilassung gerne sehen. Voraussetzung dafür sei, daß er der Gewalt entsage.

In Washington gab es keine Bestätigung für einen Bericht des Magazins „US News and World Report", wonach dem Staatschef Südafrikas, Pieter Botha, folgende Vorschläge unterbreitet wurden: Den Schwarzen soll eine zentrale Rolle in der Regierung angeboten werden; Südafrika soll ein einheitlicher Staat ohne „Homelands" und ohne Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der Schwarzen werden; die Apartheidgesetze sollen geändert werden, und alle 30 Millionen Südafrikaner sollen ungeachtet ihrer Rasse einen allgemeinen Bürgerstatus bekommen; zwischen den wichtigsten Führern der Schwarzen, Weißen, Farbigen und Inder soll ein Treffen über eine neue verfassungsmäßige Form der Teilhabe an der Regierungsgewalt stattfinden.

Seite 2: Botha und Buthelezi?

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Das Doppelzimmer

Von Wilm Herlyn

Zwei Patienten haben beschlossen, schneller zu gesunden, indem sie sich auf ein gemeinsames Krankenzimmer verlegen lassen. Organisation soll das Heilmittel sein, das sich die CDU Westfalen-Lippe und die CDU-Rheinland selbst verschrieben: Fusion, Zusammenschluß, Einheitlichkeit, zentrale Führung.

Von Politik ist – vorerst – keine Rede. Dabei ist die verheerende Wahlniederlage des 12. Mai, als die Union zwischen Rhein und Weser auf 36,5 Prozent gedrückt wurde, nur äußeres Zeichen des Siechtums. Einst entstanden politische Talente in diesem Raum, die deutsche Politik bestimmten; Namen wie Konrad Adenauer oder Karl Arnold sind nur Beispiele. Seit einem Jahrzehnt rutscht die Partei hier von Niederlage zu Niederlage, unter Heinrich Köppler, unter Kurt Biedenkopf, unter Bernhard Worms. In keinem Fall lag es daran, daß der Wähler meinte, Personen und Programm gefielen ihm zwar, aber er mißbillige die Zweiteilung zwischen den Verbänden des Rheinlands und Westfalens.

Derzeit gibt es in Nordrhein-Westfalen dringende Fragen: Die Arbeitslosigkeit ist kaum irgendwo so hoch wie im Revier, die Spitzentechnologie wird entmutigt und überhaupt die Wirtschaft mit ihr, die Tüchtigsten fliehen in den Süden – und was sagt die Union dazu? Sie berät, wie man was zusammenlegt, welche Herzöge welche Machtpositionen bekommen, ob der Hennes oder der Tünnes diesen oder jenen neuen Posten besetzen soll. Das kann die Partei für die nächsten zwei Jahre voll auslasten.

In der Union breitet sich seit Jahren die Neigung aus, sich mit Niederlagen abzufinden nach dem Motto: wir haben immer noch genug Stimmen bekommen für soundsoviel Mandate, und da sind dann noch Plätze im Rundfunkrat und im Landschaftsverband, und vielleicht kriegen wir ja wieder den Landtagspräsidenten. Der Wähler hat eine andere Vorstellung von sieghaftem Auftreten.

## Botha und Buthelezi?

Von Monika Germani

In Südafrika werden Weichen für die künftige Entwicklung des Landes gestellt. Staatspräsident Botha überlegt, ob er dem internationalen Drängen nachgeben und den kommunistischen ANC-Führer Nelson Mandela entlassen soll.

Noch hat Mandela sein Wort nicht zurückgenommen: „Wir sind als Mitglieder der Kommunistischen Partei die fortschrittlichsten Revolutionäre der modernen Geschichte und somit die führende Kampfkraft, die die Gesellschaft dieser Welt verändern wird." Wenn mehr als zwanzig Jahre im Gefängnis aus dem Saulus einen Paulus gemacht haben, dann dürfte Mandela es nicht schwer fallen, den von Botha gestellten Bedingung, der Gewalt zu entsagen, zuzustimmen. Dann könnte Mandela sogar an Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung teilnehmen, der ANC würde wieder legalisiert werden, vielleicht käme es sogar zu einer Regierungsbeteiligung. Man wird sehen, was Botha am Donnerstag in Aussicht stellt; falls er sich im ANC täuschen sollte, stünde dem Land eine interessante Entwicklung bevor.

Es gibt aber noch einen anderen Weg. Botha könnte die Übereinkunft mit einem Mann suchen, der von vornherein die Terrormethoden einer kommunistischen Bewegung ablehnt, die er als ehemaliges Mitglied nur zu genau kennt: Zulu-Chief Buthelezi hat sich in den letzten Monaten immer wieder für eine friedliche Lösung und einen Ausgleich mit den Weißen des Landes ausgesprochen. Jetzt bekommt er die Quittung: In Erinnerung an die Massaker der Jahre 1949 und 1953 zieht ein randalierender Mob durch die indischen Wohngebiete in Durban. Die Gewalttäter plündern und morden mit dem Ziel, die friedliche Zusammenarbeit der letzten Jahrzehnte zwischen Zulus und Indern zu diskreditieren.

Nach Aussagen indischer Opfer wurden Schwarze aus dem Ostkap und sogar aus Soweto herantransportiert um den Ereignissen den richtigen Ton zu verleihen. Inder griffen zur Selbsthilfe, Buthelezis Mitglieder der Inkhata-Bewegung taten das gleiche. Eine friedliche Kooperation zwischen Botha und Buthelezi würde die Machtansprüche von ANC und UDF zunichte machen. Darum werden die Häuser in Durban angezündet. Man muß mit noch schlimmeren Versuchen rechnen, eine friedliche Lösung zu sabotieren.

## Drei Fregatten

Von Rolf Görtz

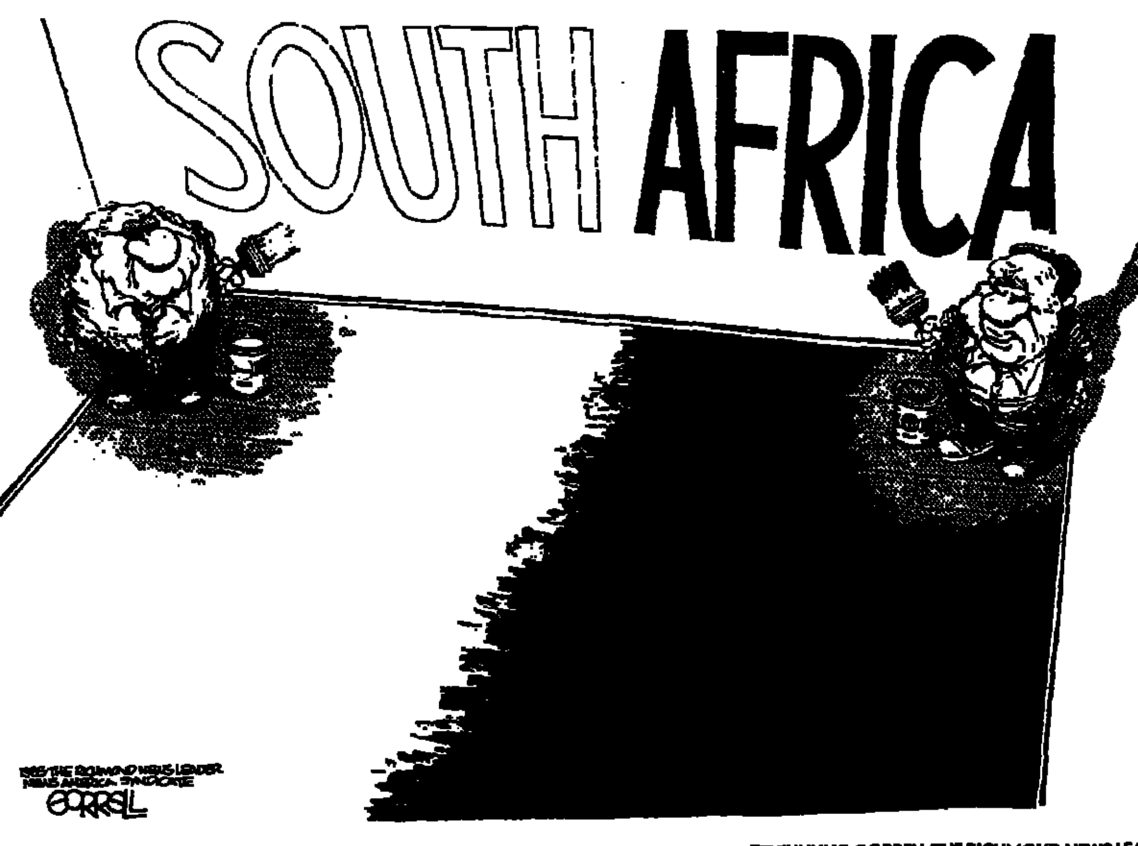
Portugals Wunsch nach Finanzhilfe für den Bau von drei Fregatten ist verständlich. Die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft braucht jede Tonne Schiffsraum, um das Seegebiet zwischen den Azoren und dem europäischen Festland zu überwachen. Zu zahlreich sind die sowjetischen Kriegs- und Halbkriegsschiffe in dieser Region, als daß man mit dem derzeitigen Schiffsraum zu ihrer Kontrolle auskäme.

Die portugiesische Marine verfügt über keine Schiffe, die auch im Winter auf dem Atlantik operieren könnten. Portugal hat nicht Geld genug, diese Schiffe zu bauen. Aber schon aus allianzpolitischen Gründen will es die Überwachung des eigenen Seegebietes nicht ganz Franzosen und Briten überlassen. Nun hat man sich anscheinend zwischen Lissabon und Bonn entscheidungsreif ausgesprochen.

Die drei Fregatten, die man braucht, um wenigstens ein Schiff ständig auf See zu halten, kosten mit Erstausbildung usw. 1,9 Milliarden DM. Davon wollen die Portugiesen 350 Millionen aufbringen. Der „Rest" wäre eine NATO-Umlage, bei der Bonn den größten Teil zu tragen hätte, wenn wir damit unsere Werften beschäftigen wollen.

Bleibt die Frage, wer die Schiffe fährt und ob ihre Elektronik nicht nur vollwertig bedient, sondern auch in der Werft voll instandgehalten wird. „Man muß ja nicht unbedingt die allerletzte und teuerste Elektronik haben", meinte Staatspräsident General Eanes in einem Gespräch mit der WELT. Das ist eine Fehleinschätzung. Die NATO hat zu wenig Schiffe, als daß auch nur eines unzulänglich ausgestattet werden könnte, nur um den portugiesischen Goodwill wachzuhalten.

Wenn sich Bonn entschließt, den Portugiesen zu helfen, dann muß das Leistungsniveau der eigenen Marine der Maßstab sein. Hier geht es nicht um Entwicklungshilfe, sondern um die Sicherheit unseres eigenen Seehandels. In das Abkommen gehört eine Bedingung, wonach ständig genug fähige Elektroniker an Bord sein müssen. (Die portugiesische Industrie freut sich schon über die kostenlose Ausbildung ihrer künftigen Facharbeiter.) Und der Qualitätsstandard für die Schiffe muß ebenso für die Werften gelten.




ZEICHNUNG GORRELL/THE RICHMOND NEWS LEADER

## Wie wir leider wissen

Von Enno v. Loewenstern

Willy Brandt hatte sich etwas dabei gedacht, als er die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages auf den Vorabend des 13. August verlegte. Was viele als Verhöhnung der Berliner ansahen, rechtfertigte er im Fernsehen am 12. August 1970 so: „Ohne trügerische Hoffnung kann man feststellen, daß wir den Frieden etwas sicherer gemacht haben und daß ein Stück Entspannung in Europa ins Leben getreten ist."

Heute, mehr als tausend SS-20-Sprengköpfe später, fühlen sich die deutschen Staatsmänner zwar veranlaßt, zu Ehren des Jahres der Jubiläen sogar den nicht klassisch „runden" 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags durch Briefe zu ehren. Aber die von Regierung wie Opposition gebrauchte Floskel „wichtige Grundlage" ist das Eingeständnis, daß die Euphorie vor den Tatsachen verblaßte; wie sehr sie verblaßte, beschreibt Kohl in seinem Zeitungs-Aufsatz mit treffenden Hinweisen auf den „Brief zur deutschen Einheit" und anderes, was auch sehr gut in seinen Brief nach Moskau gepaßt hätte. Und die Art, wie Brandt sich beinahe persiflierend indirekt zitiert – „der Frieden ist sicherer geworden, aber, wie wir leider wissen, nicht sicher" – beschreibt treffend, was auf trügerischen Hoffnungen beruhte und nur noch Beschwörungen dient.

Brandt ging von zwei Erwartungen aus. Zum einen waren er und Bahr offenbar wirklich davon überzeugt, daß die Sowjetunion nicht expansiv sei und daß nur ein einziger Streitpunkt die friedliche Beziehung trübte: das westliche Streben nach Teilen des sowjetischen Besitzstandes, also die latenten deutschen Territorial-Ansprüche. Wenn man klarstellte, daß die Bundesrepublik Deutschland von den Sowjets faktisch nichts wollte, dann würden diese ihr „Mißtrauen" und ihre Rüstung abbauen und in der Zusammenarbeit zulegen und es käme eine europäische Friedensordnung zustande. Daraus folgte dann, zweitens, auch die Lockerung oder gar Aufhebung der innerdeutschen Sperren; so mag er es für passend gehalten haben, solch frohe Botschaft zum Mauerbau-Tag anzusagen.

Der „Vorwärts" erläuterte diese Hoffnung fünf Jahre nach dem Moskauer Vertrag: Man sollte sagen, „daß man eine starke DDR will, keine schwache, und eine selbstbewußte SED-Führung, keine ängstliche". Und: „Dazu gehört, der DDR notfalls auch ohne Gegenleistung Verbesserungen ihrer ökonomischen Infrastruktur zu finanzieren." Denn „das wäre, jedenfalls auf lange Sicht, eine wirkungsvolle Politik gegen das Abhaun von DDR-Deutschen aus ihrem Staat." Präziser kann man nicht wiedergeben, was den Ostpolitikern vorschwebte.

Etwas von alledem schwingt heute noch mit, wenn im SPD-Schreiben nach Moskau von einer „Zone" des „gesicherten Friedens" die Rede ist. Man hat sich frühzeitig in die Formel gerettet, daß die Entspannung „teilbar" sei, schon um die Lehre aus Afghanistan ins ferne Asien zu bannen. Wie Brandt und Bahr sich ein so weltfremdes Bild der sowjetischen Praxis zurechtcollagieren konnten, wird zukünftige Historiker beschäftigen. Die SPD hat nun einmal auf gute Beziehungen zum Osten gesetzt; Brandt selbst begründete mit der Kritik am „primitiven Antikommunismus" die Absage an Schumacher.

Heute lebt die SPD nicht etwa vom Beweis, daß sie recht hatte und daß die Kommunisten im In- und Ausland tatsächlich, wenn nicht Demokraten, so doch Respektierer des Besitzstandes der westlichen Demokratien geworden sind; sie verläßt sich vielmehr darauf, daß eine einschlägig eingestimmte Öffentlichkeit jeden Hinweis auf des Roten Zaren alte Kleider zurückweist im Namen der „Entspannung" oder „neuen Phase der Entspannung", weil diese Hohlformeln so angenehm die lästige Tatsache vergolden, daß allein das westliche Bündnis den Frieden erhält. Solange die Union in entsprechende Hörner stößt oder stoßen läßt, um nicht des primitiven Antikommunismus geziehen zu werden, kann Brandt sogar eine Reise in den SED-Staat riskieren – den Staat, in dem seine Partei vernichtet wurde, wo ihre Opportunisten mit Posten korrumpiert und ihre aufrechten Sozialen Demokraten ins Zuchthaus geworfen wurden. Er wird die so entstandene Partei wohl rechtzeitig zu ihrem vierzigsten Jahrestag besuchen.



Zeit der Hoffnungen: Brandt, Vertragspartner FOTO: DPA

Das Mißverständnis des 12. August 1970 klingt heute nur zart an, wo Kohl und Genscher auf die „grundsätzlichen Standpunkte beider Seiten" hinweisen. Erstens konnte die Bundesrepublik Deutschland schon aus rechtlichen Gründen den sowjetischen Besitzstand nicht garantieren. Und zweitens hätte es nichts genützt, wenn sie es getan hätte. Wohl sammelt die Sowjetunion Besitzstandsgarantien, wie andere goldene Uhren sammeln. Aber ihr Besitzstand ist keine Frage eines Bonner Verzichts oder Nicht-Verzichts, sondern eine Frage, wie lange dies bankrotte System sich halten kann. Wie ja auch alle Hoffnungen zuschanden wurden und werden mußten, durch Groß-Subventionierung „notfalls ohne Gegenleistung" das Faß ohne Boden in einen Real existierenden Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu verwandeln.

Es mag allenfalls sein – auch das werden einst Wissenschaftler zu erforschen haben –, daß alle westlichen Wohltaten zur, wenn nicht Erhaltung, so doch Verlängerung des Besitzstandes insofern beitrugen, als interne Gegenbewegungen immer wieder entmutigt wurden. Irgendwann aber bricht die Selbstbestimmung sich Bahn. Das ist keine trügerische Hoffnung, das ist eine historische Gewißheit. Dann wird man die „wichtige Grundlage" im Museum ablegen, in der Abteilung für Kuriosa.

## IM GESPRÄCH W. Balachanow

## Der Sohn des Staatsanwalts

Von Peter Dittmar

Wladimir Balachanow wurde kürzlich erneut verhaftet. Er soll wegen „Verleumdung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung" vor Gericht gestellt werden. Der Fall erregt Aufsehen, obwohl er neuerdings so ungewöhnlich nicht ist. Balachanow war nämlich gerade erst nach zwölf Jahren strenger Lagerhaft im Januar dieses Jahres entlassen worden. In den wenigen Monaten der Freiheit ist er politisch nicht hervorgetreten. Offenbar versucht man ihn nun doch noch wegen des Offenen Briefes zu belangen, den er 1983 mit elf weiteren Strafgefangenen an Papst Johannes Paul II. geschrieben hatte.

Zwei Paragraphen, die im Oktober 1883 in das Strafgesetzbuch der Russischen Sowjetrepublik eingefügt wurden, erlauben, bei „böswilligem Ungehorsam" den Gefangenen ohne ordentliches Gerichtsverfahren zusätzlich bis zu fünf Jahre einzusperren. So wurde kürzlich Tatjana Ossipowa, die wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte bereits zu fünf Jahren Lager und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden war, jetzt eine administrative Strafverlängerung von zwei Jahren zudiktiert. Aber auch erneute Verhaftungen bald nach der Strafverbüßung können vorkommen. Wie Balachanow erging es auch dem ukrainischen Bürgerrechtler Alexej Murschenko, der im vorigen Jahr nach zwanzig Lagerjahren zu seiner Familie nach Kiew zurückgekehrt war und nun erneut inhaftiert ist.

Balachanow kommt jedoch aus einem anderen Milieu als die Bürgerrechtler. Als Sohn eines Staatsanwalts gehörte er zur privilegierten Klasse und durfte seit seit 1969 als Übersetzer bei einer Nebenorganisation der UNO in Genf arbeiten. Da er die Annehmlichkeiten des westlichen Lebens weidlich auskostete, wurde er 1972 in die Sowjetunion zurückgerufen. Da entschloß er sich, im Westen zu bleiben. Seine Frau kehrte jedoch mit ihrem Kind nach Moskau zurück.



Gab sich nicht für Spitzelei her: Balachanow FOTO: DIE WELT

Das stürzte ihn in einen tiefen Konflikt.

Nachdem ihm Vertreter der sowjetischen Botschaft zugesichert hatten, daß ihm keinerlei Strafen drohten, entschloß sich auch Balachanow Ende 1972 wieder zur Rückkehr. Doch bereits einen Monat später wurde er verhaftet, in das Serbskij-Institut, das wegen des Mißbrauchs der Psychiatrie zur Unterdrückung politischer Gegener unrühmlich bekannt ist, eingeliefert und drei Monate später wegen „Vaterlandsverrats" zu zwölf Jahren verschärfter Lagerhaft verurteilt.

Dort versuchten die Aufsichtsbeamten Balachanow für eine Spitzeltätigkeit zu gewinnen, weil sie ihn für einen politisch naiven, dem Luxus zuneigenden Mann hielten. Das war jedoch ein Irrtum. Balachanow, das berichten alle, die ihn im Lager trafen, ließ sich nicht mißbrauchen. Wiederholt wandte er sich an die Öffentlichkeit. Er schrieb an seine ehemaligen Kollegen in Genf und bat um moralische Unterstützung, an die Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR wegen der Willkür des Lagerpersonals und eben auch an den Papst, den er bat, die Weltöffentlichkeit über die Lage der sowjetischen Strafgefangenen zu informieren.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### HESSISCHE ALLGEMEINE

In der Kasseler Zeitung heißt es zum RAF-Terrorismus:

Sie führen Krieg gegen den Imperialismus, um alle unterdrückten Völker befreien zu helfen. Deshalb sind die USA und ihre Militärbasen in Europa vornehmliches Ziel ihrer Anschläge. Sowjetischen Imperialismus gibt es für sie nicht. Der Bekennerbrief von Frankfurt ist in einem abstrusen Soziologen- und Politologen-Deutsch abgefaßt. Seine Autoren sind intellektuelle Neomarxisten, die sich im Amoklauf gegen alles Amerikanische befriedigen.

### WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Die Dortmunder Zeitung hat ihre Sicht zum Terrorismus:

Dennoch muß davor gewarnt werden, den Frankfurter Anschlag – wie bereits in der CDU geschehen – zum Anlaß zu nehmen, schärfere Gesetze zu fordern ... Es soll hier nicht versucht werden, terroristische Aktivitäten zu verharmlosen. Es muß aber auch alles gegen Versuche unternommen werden, unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung nach dem „starken Staat" zu rufen und damit einer Einengung bürgerlicher Freiheitsrechte zuzustimmen.

### THE GUARDIAN

Die britische Tageszeitung schreibt zum Ansehen Reagans:

Der amerikanische Präsident ist noch nie so verehrt worden und seine Stellung war noch nie so stark wie zum jetzigen Zeitpunkt. Er wird überall in der US-Öffentlichkeit für die Art und Weise bewundert, mit der er eine schmerzhafte Krankheit und persönliche Krisen mit entspanntem Humor hinnimmt. Er macht selbst auf dem Weg zum Operationstisch noch Witze. Kaum hat Regierungssprecher Larry Speakes darauf verwiesen, daß seine Erholung die Mediziner in Erstaunen versetzt, erscheint das medizinische Phänomen wenige Stunden später persönlich in der Öffentlichkeit.

### Schwäbische Zeitung

Das Leutkirchner Blatt untersucht die Einstellung zur Atombombe in Asien im Zusammenhang mit Hiroshima:

Japans Premier hat in Hiroshima das Versprechen wiederholt, daß sein Land weder Atomwaffen herstellen noch besitzen, noch fremde Atomwaffen auf seinem Gebiet dulden werde. Im selben Atemzug hat er freilich auch vor der sowjetischen Bedrohung gewarnt und angekündigt, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. In Peking wurde verlautbart, daß China nur wenige Atombomben besitze, mit ihnen nie zuerst in einem Konflikt operieren und auch keine Atomwaffen im Ausland stationieren werde. Von Indien wurde versichert, daß die technische Fähigkeit, Atombomben herzustellen, erreicht sei, jedoch keine gebaut werden, solange Pakistan nicht nach der Atommacht greife ... Nirgendwo ist eine grundsätzliche Abkehr von der Atombombe zu erkennen, sie wird aus der Machtpolitik nicht weggedacht.

## Husseins und Arafats Taktik nach Casablanca

War es der letzte arabische Gipfel? / Von Peter M. Ranke

Während Oberst Khadhafi fünftausend Tunesier aus Libyen deportieren läßt, ohne ihre Habe und ihre Ersparnisse, rief der „Gipfel" in Casablanca die arabische Welt wieder zur Einigkeit auf. Der Syrer Assad, der das Treffen wie viele andere Staatschefs (es kamen nur sieben) boykottierte, schafft inzwischen Tatsachen wie Khadhafi: Libanon wird als „arabisches Land" mit einer von Syrern beaufsichtigten Armee, als Protektorat Syrien angegliedert.

Der „Gipfel" hat zwei Kommissionen geboren, die sich um Versöhnung zwischen Irak und Syrien, Libyen und Irak, Syrien und der PLO usw. kümmern sollen. Ägypten bleibt ausgeschlossen. Man will es im November in Riad noch einmal versuchen, aber der Außenminister von Oman, El-Alawi, hat wohl recht mit seiner Vermutung, daß die 21 Staaten der „Arabischen Liga" nun endgültig in regionale Allianzen auseinanderdriften und daß das Treffen in Marokko vermutlich der letzte arabische „Gipfel" gewesen sei.

Immerhin gab es Hinweise auf Husseins und Arafats Taktik. Der „Gipfel" hat die Vereinbarung Hussein/Arafat vom 11. Februar über eine gemeinsame Delegation zu Gesprächen mit Washington nur zur Kenntnis genommen und nicht ausdrücklich unterstützt. Einmal wollte man doch Rücksicht auf Syrien nehmen, das das Bündnis Hussein/Arafat scharf bekämpft, und zum anderen die Saudis nicht verärgern. Deren Fez-Plan von 1982 verspricht einen unabhängigen PLO-Staat, während Hussein und Arafat eine Konförderation ansteuern, natürlich nach der Gründung eines unabhängigen PLO-Staates in den seit achtzehn Jahren israelisch besetzten Gebieten.

Das ist alles Theorie und Pläneschmiederei, denn Israel und die USA werden keinen PLO-Staat zwischen Jordanien und Israel zulassen. Aber Hussein und Arafat verfolgen weiter ein Ziel, Israel und Amerika auseinanderzudividieren. Der kleine König forderte Washington geradezu ultimativ auf, die Liste für die jordanisch-palästinensische Delegation nun endlich anzunehmen. Israel aber lehnt die Liste aus guten Gründen ab. Drei der dort aufgeführten fünf PLO-Mitglieder zählen zum terroristischen Umfeld der El-Fatah. Khaled el Hassan ist Gründungsmitglied, Hatem Husseini war Planungschef und Sala ta' Mari war bis 1982 Fatah-Befehlshaber in Südlibanon, von wo die Dörfer im Norden Israels mit Raketen und Terrorkommandos überfallen wurden.

Zwar muß die jordanische Armee, die gerade mit US-Truppen gemeinsame Manöver in der Wüste abhält, auf königlichen Befehl die Augen zudrücken, wenn jetzt die Palästinenserlager in Amman und Irbid wieder mit Waffen vollgestopft werden. Aber es wäre völlig unverständlich, wenn die USA dem Terror weltweit den Kampf ansagen und dann mit PLO-Terroristen reden, die einst die Mörder der „Roten Armee-Fraktion" ausbilden ließen. Diese „Schulung" wurde sicher auch an die Attentäter auf der Air Base Frankfurt weitergegeben. Unsinnig ist zudem Washingtons Grund für Eile im „Friedensprozeß": daß der israelische Ministerpräsident Peres im Herbst nächsten Jahres sein Amt an den härteren Schamir abtreten muß. Denn nicht Peres' Labour-Partei schmiedete den Frieden mit Ägypten und räumte den Sinai, sondern der Likud mit Begin und Schamir. Aber die Politik „Frieden gegen Land" ist so nicht wiederholbar – es sei denn, Amerika wollte Meir Kahane zum Regierungschef Israels machen.

Immerhin gab es zweimal offene Worte in Casablanca. Scheich Abdel Hamid Es-Sayegh, Vorsitzender des PLO-Nationalrats (PNC), stellte fest, daß die gemeinsame Delegation Husseins und Arafats nicht mit Israel verhandeln wird, sondern nur mit den Amerikanern, um die Anerkennung der PLO zu erreichen. Und zweitens soll als Verhandlungsgrundlage nur der Fez-Plan von 1981/82 gelten, bekräftigte der „Gipfel".

Dieser Plan diente als „Friedensinitiative" zunächst dazu, umfangreiche Waffenlieferungen durch den US-Kongreß zu lotsen. Danach wurde für die PLO ein eigener Staat mit Jerusalem als Hauptstadt gefordert, der Abzug aller israelischen Truppen und Siedler, die Rückkehr oder Entschädigung aller Flüchtlinge sowie eine UNO-Überwachung und das Recht „aller Staaten" auf Sicherheit. Von einer Anerkennung Israels war und ist nicht die Rede (sie wurde von „Beobachtern" herausgelesen), und auch nicht von Verhandlungen.

Israel hat dies Diktat ohne Friedensschluß zurückgewiesen. Hussein und Arafat wollen es in Washington wieder vorlegen. Das ist die ganze „Friedensinitiative", hinter deren Rauch der Terror der PLO, der Schiiten oder pro-syrischen Gruppen von neuem angeheizt wird. Der ehemalige israelische Stabschef Mordechai Gur erklärte: „Wir können uns nicht mehr zurückziehen wie aus Südlibanon oder dem Sinai. Wir bleiben trotz unserer verschärften Terror-Bekämpfung eine Demokratie. Aber Selbstmord begehen wir nicht."

# Chile in einem Strudel der Gewalt

**In Chile scheinen linksextreme Terroristen und rechtsradikale Geheimdienstkreise ein gemeinsames Ziel zu verfolgen: die Herausforderung des Machtapparates zu schärferer Repression.**

Von WERNER THOMAS

Die „Demonstration für das Leben und gegen die Gewalt" wurde ihrem Namen nicht gerecht. Es gab drei Todesopfer und Dutzende Verletzte. 200 Personen wurden festgenommen. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas ein und feuerte über die Köpfe der Regime-Gegner. Autoreifen brannten. Am späten Freitag abend explodierten Bomben unter Strommasten. In Santiago gingen die Lichter aus.

Chile wird von einer neuen Welle der Gewalt erschüttert, die diesmal viele Bürger besorgt. Die Kluft zwischen der Pinochet-Regierung und der Opposition scheint unüberbrückbar. Am 11. September jährt sich der zwölfte Jahrestag des Militärputsches gegen die linke Volksfront Salvador Allendes. Dieses Datum veranlaßte den marxistischen Untergrund oft zu einer Serie explosiver Protestaktionen.

Die jüngsten Zwischenfälle folgten einem ungewöhnlichen Ereignis. Vorletzte Woche brachte der Untersuchungsrichter José Canovas 14 Beamte des polizeilichen Geheimdienstes „Dicomcar" (Kommunikationsdirektion der Carabineros) mit dem spektakulärsten Mordfall der letzten Jahre in Verbindung: Am 30. März entdeckte ein Bauer in der Nähe des Pudahuel-Flughafens drei Leichen von Männern, deren Kehlen aufgeschlitzt waren. Es handelte sich um entführte Vertreter der Kommunistischen Partei. General Cesar Mendoza, der Polizeichef, der auch der Junta angehörte, trat sofort zurück. Staatschef Pinochet ernannte den bisherigen Stellvertreter zum Nachfolger, den deutschstämmigen General Rodolfo Stange. Stange verkündete nun dieser Tage die Auflösung des diskreditierten „Dicomcar"-Apparates.

Durch die Canovas-Ermittlungen fiel ein Lichtstrahl auf die dunkle Welt der Sicherheitsorgane. Canovas berichtete, daß wichtige Hinweise vom „Nationalen Informationszentrum" (CNI) stammten, dem bestorganisierten Geheimdienst, der General Pinochet direkt untersteht. Seither sehen Oppositionskreise ihre Vermutungen bestätigt, daß die Sicherheitsorgane untereinander einen Kampf austragen. So macht der Christdemokrat Andres Zaldivar Geheimdienst-Vertreter für einige Bombenanschläge der letzten Monate verantwortlich.

Das Gerücht kursiert, daß rechtsextreme Kräfte das Klima der Gewalt schüren wollen, um Gegengewalt zu erzeugen und die Regierung auf einen Repressionskurs zu zwingen. Als die drei Kommunisten Ende März entführt und ermordet wurden, sollten die Zügel wieder gelockert werden. Der im November 1984 verhängte Belagerungszustand endete dann aber erst im Juni.

Die CNI-Behörde, von General Humberto Gordon geführt, demonstrierte ihre dominierende Stellung im Geheimdienst-Milieu des Landes. Sie existiert seit 1978 als Nachfolge-Organisation der berüchtigten „Nationalen Direktion" (Dina), die in den ersten Jahren nach dem Militärputsch von Menschenrechtsgruppen des Mordes, der Entführung und der Folter beschuldigt wurde. An diese Zeit erinnern noch 659 Vermißten-Fälle. Ein besonders aufsehenerregendes Verbrechen führte schließlich zur Reorganisation unter einem neuen Namen: Im September 1978 starb Allendes letzter Außenminister Orlando Letelier in Washington, als eine Bombe seinen Wagen zerfetzte.

Die amerikanischen Ermittlungsbehörden beschuldigten den damaligen „Dina"-Chef General Manuel Contreras sowie andere Geheimdienst-Beamte und forderten ihre Auslieferung. Die Pinochet-Regierung weigerte sich jedoch, den General auszuliefern. Contreras arbeitet heute als Vertreter einer privaten Sicherheitsfirma und Anlageberater in Santiago. Er stand nie vor Gericht.

Pinochet braucht die Geheimdienste mehr denn je, weil die marxistische Opposition ihren Untergrundkampf eskaliert. In den letzten zwei Jahren fielen 20 Carabinero-Polizisten Attentaten zum Opfer, die eine Revanche-Stimmung schürten. Fast täglich explodieren irgendwo im Land Bomben. Längst hat sich die Bevölkerung Santiagos an Stromausfälle gewöhnt. Abend für Abend verkündet ein von Moskau ferngesteuerter Geheimsender in seinem Programm „Ecucha Chile" (Hör zu, Chile) optimistische Prognosen über den „Befreiungskampf".

Die „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) und die „Patriotische Front Manuel Rodriguez", der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei, haben die Militärs in einen erbitterten Terrorkrieg verwickelt. Wie MIR-Chef Andres Pascal Allende, ein Neffe des Volksfront-Präsidenten, letzte Woche in Havana chilenischen Journalisten erklärte, gehen etwa die Hälfte der Aktionen auf das Konto der MIR, so auch verschiedene Attentate gegen Carabinero-Beamte. Pascal Allende, der sich nach eigenen Angaben öfter heimlich in Chile aufhält, beurteilte die Erfolgsaussichten des gewaltsamen Widerstandes hoffnungsvoll.

Die extreme Linke versucht die Oppositionsbewegung zu unterwandern und die Führung an sich zu reißen. Gemäßigte Politiker wie der Christdemokrat Juan Hamilton beschuldigen sie, die Protestwelle des Jahres 1983 durch provokative Gewaltaktionen diskreditiert und schließlich zum Scheitern gebracht zu haben. Mehr als 100 Menschen kamen 1983 bei blutigen Straßengefechten ums Leben. Weite Teile der Bevölkerung reagierten konsterniert.

Andres Zaldivar, der Präsident der Internationalen Christdemokratischen Bewegung, entdeckte eine „Interessenallianz" zwischen den Sicherheitsorganen und den Kommunisten: „Sie schaukeln sich gegenseitig hoch durch die Gewalt." Er befürchtet, daß am Ende die gemäßigten und besonnenen politischen Kräfte auf der Strecke bleiben. Besonders dann, wenn General Pinochet (69) tatsächlich die Absicht haben sollte, nach seiner gegenwärtigen Amtszeit, die 1989 endet, noch weitere acht Jahre zu regieren. Gerüchte kursieren, er beschäftige sich mit solchen Gedanken.

Der Geheimdienst-Skandal lieferte der Opposition neue Munition für Angriffe auf Pinochet und seine Umgebung. Vertreter fast aller Parteien, von den Kommunisten bis zu den Christdemokraten, bezeichneten das Verbrechen als symptomatisch für das System. Nicht nur die 14 Carabineros seien verantwortlich, auch die Herren weiter oben. „Cauce", eine Zeitschrift der Sozialisten, zeigte auf der Titelseite ein Bild des zurückgetretenen Polizeichefs Mendoza und stellte die Frage: „Er ist gegangen, wann geht der andere?" Gemeint war Pinochet. Auch Anhänger der Regierung äußerten Entsetzen. Der konservative „Mercurio" veröffentlichte kritische Kommentare. Und der Präsident appellierte Ende letzter Woche vor 1500 Polizisten, „Exzesse und Übergriffe" zu vermeiden.

Die belasteten Beamten sind entlassen, aber noch nicht formell wegen Mordes angeklagt. Erfolgt eine Anklage, kommt es zu einem öffentlichen Zivilgerichtsverfahren. Dann kann mehr bekannt werden über die Geheimdienstarbeit. Oppositionsanwälte wollen diese Gelegenheit nützen. (SAD)

# WIE WAR DAS? Der Siegeszug gegen die Bakterien

Von JOCHEN AUMILLER

Vor 50 Jahren veröffentlichte Gerhard Domagk eine der wichtigsten Entdeckungen der Medizin: Mit dem Sulfonamid Prontosil konnten erstmals lebensgefährliche Infektionen geheilt werden. Dafür erhielt er 1939 den Nobelpreis, den er freilich erst 1947 entgegennehmen durfte. Die Nazis, noch geschockt vom Friedensnobelpreis für Carl von Ossietzky, haben den Nobelpreis geächtet, und Domagk kam statt nach Stockholm einige Tage ins Elberfelder Gefängnis.

Daß sich innerhalb des letzten Jahrhunderts die Lebenserwartung der Menschen mehr als verdoppelt hat, ist den Fortschritten in der Seuchen- und Infektionsbekämpfung zuzuschreiben. Domagk, im Brandenburgschen Lagow geboren, hat den ersten großen Durchbruch gegen die Legion der Krankheitserreger geschaffen. Vor ihm, ebenfalls mit dem Nobelpreis geehrt, hatte Paul Ehrlich eine wirksame Chemikalie gegen die Syphilis-Erreger gefunden und eine Theorie entwickelt, die sich als Vision entpuppte: die „Therapia magna sterilans", die Ausrottung der Keime mit Chemikalien. Seither spricht man von Chemotherapie.

Domagk war ein außergewöhnlich scharfer Beobachter. Aus seinen wenigen Schriften geht hervor, daß er schon von geringsten Normabweichungen fasziniert war. Die Pathologie, die Lehre vom Krankhaften, war zunächst seine Berufung, bevor er 1927 zu den Bayer-Werken nach Elberfeld ging und dort ein Institut für experimentelle Pathologie und Bakteriologie einrichtete. Vorbedingung für seinen späteren Erfolg war sein experimentelles Geschick. Er erdachte Tiermodelle, die eindeutig die antibakterielle Wirkung der getesteten Substanzen belegten – oder aber auch verwarfen.

Um die Weihnachtstage 1932 hatte Domagk seine Sternstunde. Mit 26 Mäusen schaffte er Klarheit, daß Prontosil, eine neu synthetisierte chemische Verbindung, Bakterien abtötet. Er infizierte die Tiere mit einem bestimmten Streptokokken-Stamm; 12 erhielten dann Prontosil, die anderen 14 nicht. Die Unbehandelten lagen am nächsten Morgen tot in ihrem Käfig, während sich die Prontosil-Mäuse quicklebendig um das Futter balgten, als wäre nichts geschehen. Das Präparat hatte die Streptokokken in ihrem Körper getötet. Seine Entdeckung veröffentlichte Domagk 1935 in einem nüchternen, völlig emotionslosen Beitrag in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift". Sein unattraktiver Titel: „Ein Beitrag zur Chemotherapie der bakteriellen Infektion".

Wieder um die Weihnachtszeit, diesmal 1935, konnte Domagk erstmals von seiner Entdeckung persönlich profitieren. Er war Vater einer sechsjährigen Tochter, die mit einer lebensgefährlichen Blutvergiftung in den städtischen Krankenanstalten Wuppertal-Elberfeld lag. Sie hatte sich mit einer Nadel gestochen, es kam zu einem schlimmen Abszeß, der aufgeschnitten werden mußte. Die Infektion griff aber weiter um sich, bis die Keime schließlich die Blutbahn erreichten: Blutvergiftung, damals meistens ein Todesurteil. Am 8. Dezember spritzte ihr Domagk 10 Kubikzentimeter seines Prontosil S. Das Fieber fiel prompt, zu Weihnachten war alles überstanden.

Das Geheimnis der Wirkung von Prontosil lüftete Domagk nicht. Er glaubte, die Farbstoffkomponente im Prontosil-Molekül sei bakterientötend. Eine französische Forschergruppe wies jedoch eindeutig und rasch nach, daß es die Sulfonamid-Gruppe war, die den Krankheitserregern den Garaus machte. Die Ära der Sulfonamide begann. Nicht nur andere, stärker wirksame Antibiotika wurden entwickelt, aus der Sulfonamid-Grundstruktur entstand auch das erste Blutzucker-senkende Arzneimittel, eine neue Hoffnung für Diabetiker.

Domagks Entdeckung war ein Triumph der modernen, mit naturwissenschaftlichen Methoden forschenden Medizin. Er wurde weltweit gefeiert. Die Krönung: der Nobelpreis 1939. Er hörte von der großen Ehrung und schrieb sogleich einen Brief nach Stockholm, in dem er sich für die hohe Auszeichnung bedankte. Nur zu gerne wollte er den Preis entgegennehmen, übersah dabei allerdings, daß Hitler allen Deutschen untersagt hatte, Nobelpreise anzunehmen. Domagk machte mit der Gestapo und dem Gefängnis Bekanntschaft. Zwar wurde er schon nach wenigen Tagen wieder freigelassen, aus der ersehnten Reise nach Stockholm wurde jedoch nichts. Erst 1947 konnte er seinen Preis abholen.



Der Entdecker des Sulfonamids Prontosil: Professor Gerhard Domagk FOTO: DIE WELT

Als eine „Tragik der Weltgeschichte" beschreibt der Düsseldorfer Medizinhistoriker Professor H. Schadewaldt Domagks Tod. Er ist an einer Infektion der Gallenblase gestorben, einer nicht erkannten faustgroßen Eiteransammlung. Wahrscheinlich hätte man ihn mit Antibiotika, so klagt Schadewaldt, retten können, wenn die Diagnose früher gestellt worden wäre.

Domagks Tod im Jahre 1964 zeigte aber auch, daß der Kampf gegen die Infektionen trotz Penizillin und trotz der vielen neuen hochwirksamen Antibiotika noch keineswegs gewonnen ist. Zwar sind die großen Seuchenzüge dank Impfung und Antibiotika Vergangenheit. Aber auf den Intensivstationen stirbt noch etwa jeder zweite Patient mit einer schweren Bauchfellentzündung.



Ende einer „Butterfahrt": Mit vollen Taschen verlassen Gäste den schwimmenden Tante-Emma-Laden FOTO: DPA

# Für die kleinen Fahrten ist bald nichts mehr „in Butter"

**Manch ein Urlauber an der deutschen Küste wird sie in der nächsten Saison vermissen: Europäisches Recht macht den „Butterfahrten" nach drei Jahrzehnten den Garaus.**

Von GEORG BAUER

An den Tauen festgezurrt, dümpelt die „Lady von Büsum" sachte auf dem kaum bewegten Wasser des windgeschützten kleinen Fischerhafens. In dichten Staffeln ziehen die Wolken gemächlich dahin. Ab und an gewähren sie der Sonne einen Augenblick Zeit, um auf dem Erdboden den Eindruck vorzutäuschen, einen wirklichen Hochsommer zu erleben. Doch die Temperaturen in diesem August sind kühl, zu kühl für ein Bad in der Nordsee.

Was also bleibt? Eine Wattwanderung, eine Autofahrt ins Blaue oder eine Schiffstour, die wegen drohender Langeweile nicht allzu ausgedehnt sein sollte. Und spätestens in diesem Stadium der Überlegungen fällt das Stichwort „Butterfahrt". Sie verspricht das Angenehme, die kurze Entspannung, mit dem Nützlichen, dem zollfreien Einkauf, zu verbinden. Und so wartet die „Lady" um 10 Uhr, 11.45 Uhr, 13 Uhr, 14.30 Uhr, 16 Uhr und 17.30 Uhr.

Doch mit dem Ende dieser Saison ist Schluß damit. Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EGH) in Luxemburg, dem sich Bonn nach einigem Hinhalten nicht länger entziehen konnte, gibt es vom 1. Oktober an keine „Butterfahrten" mehr.

Ein weiterer Schlag für die an sich schon strukturschwache Region, deren Bewohner auf den Tourismus angewiesen sind wie auf die Luft zum Atmen. Betroffen sind vor allem die Reeder und das Personal der kleinen, nicht hochseetüchtigen Schiffe, die weder einen ausländischen Hafen ansteuern noch auf hohe See fahren dürfen und daher – im Gegensatz zu den großen – keine zollfreien Waren mehr an Bord verkaufen dürfen. Viele Küstenbewohner fürchten, daß mit dem Ende dieser Einkaufsfahrten die Landstriche entlang der Nord- und Ostseeküste für manchen Gast an Attraktivität verlieren werden.

Drastisch formuliert es Reeder Hans-Georg Rahder: „Das ist ein ganz schöner Schitt, was die mit uns vorhaben." Vor Jahren, als sich der Boom abzuzeichnen begann, tat er sich in Büsum mit einem zweiten Reeder zusammen, kaufte 1976 für eine Million Mark die „Wappen von Büsum", Ende 1977 für 1,8 Millionen Mark die „Ol Büsum" und vor zwei Jahren für 3,5 Millionen Mark die „Lady". 40 Einheimische standen schließlich in Brot und Arbeit. Im nächsten Jahr sollen es nur noch zwölf sein.

Zwei ältere Schiffe werden stillgelegt, und das mit einem Fahrgastaufkommen von 345 Personen größte Schiff in der Fünfer-Ausflugsflotte soll, sofern sich kein Käufer findet, ebenfalls aufs Altenteil abgeschoben werden. Auch die Tore des Lagers für Schiffsausrüstung, mit Zigaretten, Parfüm, Schnaps, Kaffee, Butter, Fleisch und Süßigkeiten ein Depot wie aus dem Schlaraffenland, werden geschlossen. Fischer und Angler dürfen auch künftig ihren Eigenbedarf mit zollfreier Ware decken, aber sie können nicht die Mengen konsumieren, die bisher Zehntausende Touristen abnahmen.

Der Verband Deutscher Seetouristik-Unternehmen spricht von rund 5000 durch das Verbot der kleinen Fahrten bedrohten Arbeitsplätzen. Auch Busunternehmen aus Norddeutschland und dem Ruhrgebiet, die die „Butterfahrer" Jahr für Jahr zu Tausenden an die Küste gebracht hatten, müssen mit Einbußen rechnen. Bei den Werften, Reparaturbetrieben, Maschinenherstellern und Elektronikfirmen für Radar- und Schiffstechnik ist ebenso mit Einbußen zu rechnen wie bei den Schiffsausstattern, die bisher für den Nachschub gesorgt hatten. Selbst Häfen an Nord- und Ostsee werden sich mit geringeren Einnahmen aus Liegegebühren zufriedengeben müssen.

In das Zahlenspiel schaltete sich auch der SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Günther Jansen ein, der einen Verlust von rund 1000 Arbeitsplätzen an Land und rund 2000 an Bord errechnete. Insgesamt, so Jansen, seien 91 Schiffe, die bisher zur kleinen Fahrt in See stießen, betroffen. Eine andere Angabe machte die Oberfinanzdirektion in Kiel. Sie sprach von rund 55 Kurzfahrtschiffen in Nord- und Ostsee.

Wer aber ist schuld an der Entwicklung, gegen die sich die Küstenbewohner vergeblich wandten? Ist es die Einzelhandelskette Rewe, die den Prozeß einst ins Rollen brachte? Hat Bonn geschlafen, weil es sich nicht genügend für die Küsten-Region einsetzte? Ist es die EG in Brüssel mit ihrer vertrackten Gesetzeslage, die die Bundesregierung dazu verpflichtete, auf einheitlichem EG-Kurs zu steuern? Oder sind es die Reeder selbst, die geschickt eine Gesetzeslücke für ihren Geldbeutel nutzten und – als die Fäden immer enger geknüpft wurden – nicht rechtzeitig erkannten, was die Stunde geschlagen hatte?

Daß die „Butterfahrten" sich im Laufe der Zeit zu einem einträglichen Geschäft mauserten, wird von kaum jemandem bestritten. Rund 25 Millionen Mark ließen die Touristen nach einer Schätzung des Seetouristik-Verbandes im vergangenen Jahr allein auf den kleinen schwimmenden Tante-Emma-Läden.

Die Geburtsstunde der Touren schlug zu Beginn der 50er Jahre, als eine Reederei Touristen zwischen Flensburg und dem dänischen Kollund hin und her schipperte. Um die Reise attraktiver zu gestalten, wurden an Bord zollfreie Waren feilgeboten. Das deutsche Recht machte es möglich, dank des Paragraphen 47 der Allgemeinen Zollordnung, der im Reiseverkehr über die Seezollgrenzen in gleicher Weise Zollfreiheit einräumte wie im übrigen Reiseverkehr.

Statt Proviant mit aufs Schiff zu nehmen, verließ man die Planken mit prallgefüllten Taschen. Schon damals hagelte es Proteste deutscher Einzelhändler. Eine im August 1963 von den Reedern vereinbarte Selbstbeschränkung, durch die der Umsatz an Spirituosen und Zigaretten gedrosselt werden sollte, blieb wirkungslos.

Ihren Boom erlebten die Verkaufsfahrten dann zu Beginn der 70er Jahre, als der Verkauf abgabenfreier Agrarprodukte dank der Brüsseler Landwirtschaftspolitik die Kassen klingen ließ. Die Liste der begehrten Produkte führte die hoch subventionierte Butter an. Die Fahrten wurden, von der Werbung geschickt vermarktet, zum „Renner", auch noch zu einem Zeitpunkt, als die Preise an Land, etwa für Allkohol und Lebensmittel, bereits unter den Bordpreisen lagen. Die Touristen merkten es nicht oder wollten es nicht merken.

Dann bahnte sich die Wende an: Zwei Lebensmittelhändler der Rewe-Kette, die an der Küste auf ihren Waren sitzenblieben, erhoben Klage vor dem Finanzgericht Hamburg, das seinerseits den Europäischen Gerichtshof um eine Entscheidung bat. Die Händler bekamen recht. Der EGH entschied, Waren, die im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr unverzollt und unversteuert erworben werden, dürfen nicht abgabenfrei eingeführt werden.

Nun schaltete sich die EG-Kommission ein. Sie forderte die Mitgliedsländer auf, die Zoll- und Abschöpfungsfreiheit, nicht aber die Steuerfreiheit im Flug- und Schiffsreiseverkehr der Gemeinschaft vom 1. April 1982 an abzuschaffen. Außerdem verlangte sie von Bonn, die Steuerfreiheit für die Einkäufe auf den kleinen Fahrten aufzuheben.

Zum letzten Punkt sagte Bonn nein und wurde verklagt. Im Februar 1984 stellte der EGH dann fest, die Bundesrepublik verstoße durch die bei den sogenannten Stichfahrten gewährte Steuerfreiheit gegen ihre Verpflichtungen aus dem EWG-Vertrag.

Bonn mußte zum Rückzug blasen, ohne darauf zu verzichten, in dem Dickicht nationaler und in der Gemeinschaft gültiger Gesetze nach einer Lücke zu schielen. Die Bundesregierung schaffte zwar zum 1. Juni dieses Jahres die Steuerfreiheit bei Stichfahrten ab – mit Rücksicht auf die Saison verschob der frühere Landesvater Schleswig-Holsteins, Bundesfinanzminister Stoltenberg, das Datum auf den 1. Oktober –, doch hielt sie an der Steuerfreiheit für Einkäufe auf Schiffen fest, die bei ihren Fahrten mindestens zwei Stunden auf hoher See tuckern. Das Argument Bonns: Diese Touren seien mit dem internationalen Fährverkehr vergleichbar.

Die hochseetüchtigen Schiffe können weiterfahren, zumindest vorerst. Doch die kleinen müssen stillgelegt, umgerüstet oder für andere Fahrten eingesetzt werden, beispielsweise zu den Seehundsbänken vor Büsum. Doch die Fahrt dauert mehrere Stunden, und solche Ziele gibt es nicht überall. Und nur so auf dem Wasser zu schippern bei höheren Fahrpreisen und einer verteuerten Restauration? „Das machen die Fahrgäste nicht mit", prophezeit Rahder.

# Für die Wohltätigkeit fallen die Briten notfalls vom Himmel

**Es ist beinahe eine Art britischer Nationalsport: Ständig veranstalten Hunderte von Organisationen Sammlungen für wohltätige Zwecke. „Charity" ist mit einem Umsatz von rund zehn Milliarden Pfund jährlich ein Wirtschaftsfaktor.**

Von REINER GATERMANN

Prinzessin Anne nahm erstmals an einem Galopprennen teil, die Krankenschwestern Denise Deegan und Audrey Keane ließen sich überreden, an einem Fallschirmspringerkurs teilzunehmen und auch den Jungfernsprung zu wagen, der Discjockey Jimmy Savile quälte sich beim Londoner Marathonlauf über die 42 Kilometer, der in London lebende deutsche Banker Jürgen Schuhmacher marschierte die gut 60 Kilometer von London nach Brighton, und das Ehepaar Sue und Paul Stewart begab sich am hellichten Tag splitternackt in ein Geschäft für Gartengeräte. Sie alle hatten eines gemeinsam: sie machten es für „Charity", für Wohltätigkeitszwecke.

„Charity" hat in Großbritannien magische Anziehungskraft auf das Portemonnaie und auf die Bereitschaft, etwas für andere zu tun. Kaum jemand kann – und will – sich ihr entziehen. „Charity gehört zum Volkscharakter", behauptet Denis Peach, der im Auftrag der Regierung darüber zu wachen hat, daß die zigtausend anerkannten Wohltätigkeits-Organisationen mit den Spenden kein Schindluder treiben. Auf dem Papier gibt es in England und Wales knapp 150 000 von ihnen, hinzu kommt eine fast gleich hohe Zahl nicht bei der Charity-Commission erfaßter Einrichtungen. Die Mehrheit von ihnen existiert tatsächlich nur noch auf dem Papier oder hat ein dermaßen geringes Kapital, daß sie die ihr ursprünglich zugedachte Aufgabe nicht mehr erfüllen kann. Dafür verfügen sie oft über ein respektables Alter.

Nicht wenige stammen noch aus den Entstehungsjahren der ersten Charities, das war, als Königin Elizabeth I. in England regierte (1558-1603). Gesetzlich anerkannt sind sie seit 1601, andererseits gibt es jedoch kein Gesetz, das genau festlegt, was eine Wohltätigkeits-Organisation zu tun hat, um als solche anerkannt zu werden. Seit 1891 gilt allerdings als grobe Richtlinie, daß sie sich mit der Bekämpfung der Armut befassen, Erziehung und Religion fördern und der Gemeinschaft dienen sollen. Ihr Wirkungskreis soll nicht allzu eng gezogen sein, und zu deutliches politisches Engagement wird auch nicht gewünscht. In diesen Grenzbereich geriet Amnesty International und fiel bei der Prüfung durch.

Daß ein Großteil der registrierten Verbände „eingeschlafen" ist oder im Laufe der Jahrhunderte „vergessen worden ist, sie abzumelden", belegt eine von Dr. John Posnett von der Universität York vorgenommene Analyse des britischen Charity-Wesens. Demnach hatten 1980/81 etwas mehr als die Hälfte aller Organisationen Einnahmen von weniger als 1000 Pfund, nach heutigem Wert etwa 3850 DM, was ungefähr 0,15 Prozent des Gesamtaufkommens ausmachte. Aber nur 1,7 Prozent der Organisationen vereinnahmten rund 74 Prozent aller Gelder. Heute setzen die Charities jährlich fast 10 Milliarden Pfund um, immerhin etwa vier Prozent des britischen Bruttosozialprodukts.

Und wo so viel Geld im Spiel ist, sind die professionellen Manager nicht weit. Nicht nur, um das Kapital zu verwalten und seinem Zweck zuzuführen, sondern auch, um es hereinzuholen. Am weitesten ist hier die Charities Aid Foundation (CAF) unter der Schirmherrschaft des Herzogs von Edinburgh. Sie übernimmt nicht nur die Verwaltung von Wohltätigkeits-Organisationen und beginnt demnächst mit der Veranstaltung von Managerkursen für Charity-Mitarbeiter, sie macht es auch Spendern leicht, ihren Obolus dem von ihnen gewünschten Zweck zuzuführen, vor allem, wenn es sich um regelmäßige Zuwendungen für verschiedene Organisationen handelt. Man zahlt den Beitrag auf sein CAF-Konto ein und teilt seine Wünsche mit. Für den Rest sorgt die Organisation, auch für den Steuervorteil.

Der kommt allerdings im Gegensatz zur Bundesrepublik nicht dem Spender zugute, zumindest nicht bei Leuten mit Durchschnittseinkommen, sondern dem Empfänger. Dieser geht zum Finanzamt und kassiert die entsprechende Steuerrückerstattung. Nur Personen, die einem übernormalen Steuersatz unterliegen, können die Differenz zwischen Durchschnitt und tatsächlich gezahlter Steuer in die eigene Tasche stecken. „Nicht gerade spenderfreundlich, aber einigermaßen sicher vor Mogeleien", hat der Gesetzgeber befunden.

Nun kommen drei Viertel der Einnahmen sowieso aus der Schatulle des Staates oder der Gemeinden – für Aufgaben, die die Charities in ihrem Auftrag übernommen haben oder die von ihnen aus anderen Gründen für förderungswürdig gehalten werden. Etwa 15 Prozent stammen aus Spenden und Schenkungen.

Insbesondere die derzeitige konservative Regierung ist bestrebt, Bürger und Unternehmen, deren Spendebereitschaft in den letzten Jahren stagnierte (wozu auch der wachsende Steuerdruck beigetragen haben dürfte), stärker für Wohltätigkeitszwecke zu gewinnen, natürlich mit dem Hintergedanken, die öffentlichen Kassen zu entlasten. Nicht selten lockt sie mit dem Versprechen: „Wir steuern zu dem Projekt soundsoviel bei, wenn ihr soundsoviel aufbringt." So war es auch bei der Rettungsaktion für das Londoner Garrett Anderson Hospital, das laut sozialdemokratischem Regierungsbeschluß geschlossen werden sollte. Es ist heute das einzige Krankenhaus Großbritanniens, das nur von Frauen betrieben wird.

Jedes legale Mittel, um an Geld zu kommen, ist den Charities recht, auch wenn sie von der Kriminalität profitieren. Die Erträge aus Versteigerungen der Polizei von Sachen, deren Besitzer nicht ausfindig zu machen waren, fallen ihnen zu. Anfang dieses Jahres verteilte alleine die Londoner Polizei 400 000 Pfund, die an etwas mehr als 600 Organisationen gingen.

Fast ständig finden im ganzen Land irgendwelche Veranstaltungen statt, bei denen gesammelt wird. Ins Auge stechen zwar die pompösen Gala-Abende, häufig unter der Schirmherrschaft eines Mitgliedes der königlichen Familie. Aber das ist viel Schau mit verhältnismäßig wenig Ertrag. Am erfolgreichsten waren bisher die englischen Popmusiker mit ihrer „Band-Aid"-Schallplatte „Do they know it's Christmas". Sie brachte rund sieben Millionen Pfund ein, die bei einem Minimum an Verwaltungskosten in die Äthiopien-Hilfe gingen.

# „Bonner Neuregelung wird durch Karlsruher Beschluß nicht berührt"

**Justizminister Engelhard zur Diskussion um das Demonstrationsstrafrecht**

Von HANS A. ENGELHARD

Das Recht der Bürger, sich friedlich zu versammeln und in Demonstrationen ihre Meinung zu äußern, ist eines der fundamentalsten Grundrechte unserer freiheitlichen demokratischen Verfassung. Dies hat das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngsten, vielbeachteten Entscheidung ausdrücklich klargestellt.

Alle freiheitlich denkenden Menschen in unserem Staat werden mir darin zustimmen: Mit dieser Entscheidung hat sich das Bundesverfassungsgericht einmal mehr als Hüter und Bewahrer des liberalen Geistes unserer Verfassung ausgewiesen. Gerade als liberaler Bundesminister der Justiz begrüße ich die Karlsruher Entscheidung, deren tragende Aussagen meinem Verständnis von einer lebendigen Demokratie voll und ganz entsprechen.

Das Bundesverfassungsgericht hat zu Recht herausgestellt, daß das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit zu den wesentlichsten Funktionselementen unserer freiheitlichen Grundordnung gehört. Und in der Tat: Eine Demokratie lebt davon, daß die Bürger nicht nur alle vier bis fünf Jahre ihren politischen Willen mit dem Stimmzettel an der Wahlurne kundtun und ihre Volksvertreter wählen. Das Lebenselixier einer freiheitlichen Demokratie ist es geradezu, daß die Bürger auch zwischen den Wahlen ständig auf den politischen Willensbildungsprozeß durch Versammlungen und kollektive Meinungsäußerungen in Demonstrationen Einfluß nehmen können.

### Falsche Schlüsse

Das heißt auch, daß der Staat diese Einflußnahmen nicht behindern darf. Er muß sich vielmehr versammlungs- und, wie es in der Gerichtsentscheidung heißt, demonstrationsfreundlich verhalten. Er muß mit den friedlichen Demonstranten kooperieren und darf nicht etwa, wie mancherorts versucht wird, die Demonstration zu einem gebührenpflichtigen Tatbestand erheben.

Nur: Aus dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die ich voll und ganz unterstütze, dürfen nicht die falschen Schlüsse gezogen werden.

Wenn man sich allerdings manche Interpretationen und Kommentare zu der Karlsruher Entscheidung ansieht, gewinnt man den Eindruck, als seien unsere höchsten Richter gründlich mißverstanden worden. Da wird vielfach so getan, als ob nach der jüngsten Entscheidung aus Karlsruhe künftig Versammlungen und Demonstrationen in einem staatsfreien Raum stattzufinden hätten und der Staat sich aus allem herauszuhalten habe.

Dies ist ein gewaltiger Irrtum.

### Gezielte Maßnahmen

Um es ganz klar zu sagen: Die jetzt in Kraft getretenen Änderungen des Demonstrationsstrafrechts werden durch die jüngste Karlsruher Entscheidung nicht berührt.

Das Bundesverfassungsgericht hat nicht etwa eine Lanze für unfriedliche Demonstranten gebrochen. Es hat vielmehr ausdrücklich dem Staat die Aufgabe zugewiesen, im Interesse der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit die friedlichen Demonstranten und unbeteiligten Bürger vor den Krawallmachern und Chaoten, also vor allem vor denen, die als Berufsdemonstranten durch die Lande reisen, zu schützen. Es hat ausdrücklich betont, daß die Vermeidung von Gewalttätigkeiten „Vorbedingung für die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit" und für eine freiheitliche Demokratie „unverzichtbar" sei. Deswegen müsse eine Rechtsordnung auch im Interesse schwächerer Minderheiten strikt auf der Friedlichkeit von Demonstrationen bestehen.

Es grenzt daher an eine Manipulation der Verfassungsgerichtsentscheidung, wenn von interessierter Seite dieser wesentliche Teil des Karlsruher Richterspruchs, der die Schutzfunktion des Staates in bezug auf friedliche Demonstrationen ausdrücklich betont, unterschlagen wird. Ganz unverständlich wird es dann, wenn manche die Karlsruher Richter gar zu Kronzeugen gegen die Politik dieser Bundesregierung zum Schutze der friedlichen Ausübung des Demonstrationsrechts machen wollen.

Wer glaubt, aus dieser Entscheidung verfassungsrechtliche Argumentationshilfe gegen das neue Demonstrationsstrafrecht finden zu können, wird enttäuscht werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat keineswegs den vermummten und passiv bewaffneten Randalierern das Wort geredet. Genau aber gegen diesen Kreis unfriedlicher Störer richtet sich das geänderte Demonstrationsstrafrecht. Die Neuregelung verfolgt ausschließlich die Zielrichtung, bei Gewalttätigkeiten einer Minderheit durch gezielte Maßnahmen gegen Störer die Auflösung einer Demonstration zu vermeiden und für die friedlichen Teilnehmer den ungestörten Fortgang der Veranstaltung weiter zu gewährleisten.

### Kein Freibrief

Genau dies entspricht der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, „alle sinnvoll anwendbaren Mittel" auszuschöpfen, „die eine Grundrechtsverwirklichung der friedlichen Demonstranten ermöglichen". Damit gibt es keinen Widerspruch zwischen der jüngsten Karlsruher Demonstrationsrechts-Entscheidung und der neuen strafrechtlichen Regelung.

Der Respekt vor unserem höchsten Gericht gebietet es, seine Entscheidungen in allen ihren Teilen genauestens zu lesen. Nur wer sich hierzu bereit findet, kann Anspruch erheben, in der Diskussion ernst genommen zu werden.

Vor Mißdeutungen, Fehlinterpretationen und Manipulationen des Verfassungsgerichts sei deshalb gewarnt. Seine Entscheidung zum Demonstrationsrecht ist kein Freibrief für Straftäter und Chaoten.

# Agentenführer aus der „DDR" wurde verhaftet

ms. Bonn

Ein „Reisekader" des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der „DDR" ist den deutschen Sicherheitsbehörden ins Netz gegangen. Nach Informationen der WELT wurde der Mann, ein Rentner, am Dienstag vergangener Woche in Remstal festgenommen, als er einen zuvor vom MfS zur Mitarbeit verpflichteten 35 Jahre alten Bewohner der Bundesrepublik Deutschland, einen Werkzeugmacher, mit Aufträgen versorgen wollte. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes (BGH) hat dann einen Tag später Haftbefehl gegen ihn erlassen. Die Ermittlungsbehörden wollen herausfinden, ob der Instrukteur des MfS Kontakte zu weiteren Personen hatte. Bei ihm war ein Notizbuch mit Namen gefunden worden.

Die Festnahme wurde durch den Tip des Mannes ausgelöst, der den Besuch aus Ost-Berlin erwartete. Er hatte während eines Ungarn-Urlaubs im Jahr 1982 eine junge Frau aus Thüringen kennengelernt, die er später in der „DDR" heiraten wollte. Zu diesem Zweck hatte er Originaldokumente an die zuständigen „DDR"-Behörden in Suhl geschickt. Der Antrag, der Frau nach der Heirat die Ausreiseerlaubnis zu erteilen, blieb erfolglos, und die Verbindung zerbrach. Als er daraufhin seine Papiere in der „DDR" abholen wollte, wurde die Rückgabe an die Bedingung einer Mitarbeit beim MfS geknüpft. Um heil aus der „DDR" herauszukommen, ging der Mann diese Verpflichtung ein, offenbarte sich aber nach der Rückkehr den Sicherheitsbehörden. Ihm war vom MfS erklärt worden, er solle sich zu weiteren Absprachen am 27. Dezember 1985 im Hotel Intercontinental in Prag einfinden. Die Reisekosten würden ersetzt. Aber zuvor werde er noch Besuch erhalten. Bei dieser Gelegenheit griff die Spionageabwehr zu.

# „Arbeitslosenproblem nicht rasch lösbar"

E.N. Bonn

„Ich glaube, daß niemand heute zusagen kann, die Massenarbeitslosigkeit schnell abzuschaffen." Dies erklärte der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau (SPD), am Sonntag in einem Interview der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven". Rau beschuldigte die Bundesregierung, daß sie den Eindruck erweckt habe, sie könne das. Der entscheidende Unterschied zwischen Koalition und Oppositionspartei SPD in dieser Frage sei es aber, „wie wir in einer Zeit von Massenarbeitslosigkeit die Lasten verteilen".

Rau meinte, es sei „nicht ehrverletzend", wenn man ihn ebenso wie Hans-Jochen Vogel zu den Kandidaten für das Kanzleramt rechne. Rau vermied aber eine definitive Aussage zur Kanzlerkandidatur: „Das ist jetzt nicht zu entscheiden." Er verwies auf das für Mitte September angesetzte Gespräch zwischen ihm, Willy Brandt und Vogel. Auf die Frage, ob er als Kanzlerkandidat die Siegeschancen der SPD erhöhen würde, erwiderte Rau: „Ich hoffe, daß ich nicht schaden würde." Zu den Chancen der SPD, 1987 eine absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl zu erreichen, meinte der Ministerpräsident: „Die SPD ist ohne Partner, und sie ist kräftig genug. Und wir haben es ja gesehen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen. Wenn man um Wähler wirbt und nicht um Koalitionen, dann kann man ein ganzes Stück vorankommen."

# Osteuropa und Dritte Welt – Kirche als Fluchtburg für die Verfolgten

**Mancher Gegenwind bei 35. Kongreß von Ostpriesterhilfe und Albertus-Magnus-Kolleg**

MICHAEL JACH, Königstein

Seit den Anfängen ihrer Geschichte hat die Kirche die Verschiedenheit der Völker und die Vielfalt ihrer Kulturen geachtet, unter ihren Schutz gestellt und damit sittliche Maßstäbe gesetzt für den Frieden der Nationen untereinander. Die Bedeutung dieses kirchenhistorischen Befundes für die inner- und außereuropäische Gegenwart, vor allem für verfolgte Gläubige und unterdrückte Nationalitäten, hat der 35. Internationale Kongreß „Kirche in Not" herausgearbeitet, der gestern in Königstein/Taunus zu Ende ging.

Seit jeher geht auf dem jährlichen Kongreß des katholischen „Liebeswerks Ostpriesterhilfe" und des Ostkirchen-Studienwerks „Albertus-Magnus-Kolleg" die aktuellen Länder- und Lageberichte Hand in Hand mit grundlegender theologisch-wissenschaftlicher Arbeit. Das Leitthema „Kirche – Nation – Frieden" dieses Wochenendes in Königstein mag den Veranstaltern um so dringlicher erschienen sein, als dieser kirchliche Arbeitszweig auch innerhalb der katholischen Kirche gegen „manchen Gegenwind" zu bestehen hat. Der aus dem Sudetenland gebürtige Limburger Weihbischof Gerhard Pieschl, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlinge und Vertriebene, verschwieg es nicht.

### Probleme mit Polen

Solcher „Gegenwind" hat einmal zu tun mit dem deutsch-polnischen Kirchenverhältnis, das seit dem berühmten Vergebungs-Briefwechsel der Bischöfe von 1965 schwankt zwischen hoffnungsträchtigen Versöhnungszeichen und enttäuschenden atmosphärischen Rückschlägen. Bei der Tagung eines kirchlichen Werkes, dessen Wurzeln im Vertreibungselend der Nachkriegszeit gründen, war dieses die Gemüter bewegende Problem zwangsläufig allgegenwärtig.

Die Leugnung der Bedrängnis des deutschen Restvolkstums jenseits von Oder und Neiße durch den polnischen Episkopat bringt deutsche Gläubige in Gewissensnot, die die Mahnung von Papst Johannes XXIII. in dessen Enzyklika „Pacem in Terris" nicht vergessen haben: „... daß jede Politik, die danach strebt, die Vitalität und die Entfaltung der Minoritäten unterbinden, ein schweres Vergehen gegen die Gerechtigkeit ist; das Vergehen ist noch weit schlimmer, wenn diese Machenschaften das Verschwinden einer Minderheit beabsichtigen ..."

### Zweifache Unterdrückung

Josef Stingl, früherer Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, auf kirchlicher Ebene intensiv um die Grundlegung eines europäischen Volksgruppenrechts bemüht, zitierte den päpstlichen Satz. Und Wolfgang Grycz, wissenschaftlicher Mitarbeiter und „Polen-Fachmann" des Albertus-Magnus-Kollegs, formulierte Fragen an die Bischöfe, die den Zuhörern im Kongreßsaal sichtlich aus den Herzen gesprochen waren: „Worüber spricht man eigentlich in der deutsch-polnischen bischöflichen Kommission? War es in jahrelanger Arbeit nicht möglich, mehr Rücksicht aufeinander einzuüben? Sind die heiklen Fragen ausgeklammert worden?"

Fragen, die um so mehr Nachdruck beanspruchen, als die Kirche bei anderen Nationalitätenproblemen ihrer Tradition und Verantwortung fraglos treu ist. Wiederholt verwiesen die Vortragenden in Königstein auf den unlösbaren Zusammenhang zwischen Volkssprachen und Verkündigung seit dem ersten Pfingsten. Oder auf die Geschichte der Christianisierung Europas: Seit dem Hochmittelalter war die Mission Träger und Motor bei der Ausbildung europäischer Nationalsprachen, insbesondere unter den slawischen Völkern durch die Heiligen Cyrill und Method. Papst Innozenz III. verfügte auf dem 4. Laterankonzil 1215 die Feier von Gottesdienst und Sakrament „in den verschiedenen Sprachen und Riten".

Vor diesem historischen Hintergrund ist die Kirche – nicht minder in anderen Konfessionen – geradezu zur Fluchtburg verfolgter Nationalitäten geworden. In Königstein wurde dies besonders deutlich am Beispiel der nichtrussischen Randvölker im Westen der Sowjetunion, im Baltikum und in der Ukraine. Professor Horst Glassl, Historiker am Münchner Osteuropa-Kolleg, spricht von „Sowjetbürgern dritter Klasse": sie unterlägen gleich zweifacher Unterdrückung – der Entnationalisierung durch großrussische Überfremdung wie der Glaubensverfolgung. Glassl stellte auch heraus, daß Teile der staatlich geduldeten Russisch-Orthodoxen Kirche sich als Werkzeug der Russifizierung mißbrauchen ließen, und zwar vor allem im Kampf des atheistischen Staates gegen die verbotene Ukrainisch-Katholische Kirche des byzantinischen Ritus. Ähnliche Erscheinungen seien auch in Lettland zu verzeichnen, wo das kleine baltische Volk im eigenen Lande systematisch zur Minderheit herabgedrückt wird.

Nach der Entstehungsgeschichte der Königsteiner Kongresse folgerichtig, wurde „Kirche in Not" über drei Jahrzehnte hinweg weitgehend mit den Kirchen und Völkern Ostmitteleuropas identifiziert. Jener „Gegenwind", von dem Weihbischof Pieschl sprach, greift auch hier an. Zu Zeiten, da in Folge der weltweiten Entwicklung der katholischen Kirche der alte Kontinent mehr und mehr aus dem Zentrum herausrücke, da sogar ein „schwarzer Papst" denkbar werde, gebe es wichtigere Aufgaben für den Dienst der Kirche ...

### Weites Blickfeld

Die Königsteiner trugen dem nicht erst mit dem diesjährigen Kongreß Rechnung. Längst schon wurde hier erkannt, daß verfolgte „Kirche in Not" in allen Weltteilen der brüderlichen Hilfe bedarf. Längst wurde hier bedacht, daß die Kirchen der Dritten Welt morgen schon den sich aushöhlenden Volkskirchen (West-)Europas den Weg zu geistlich wiedererweckten neuen Gemeinschaftsformen weisen könnten. Auf dem 35. Kongreß war die Weite des Blickfeldes nicht geringer: Vertreter der katholischen Missionswerke trugen vor, in welcher Weise die jungen Kirchen in den nichteuropäischen Kulturen der Dritten Welt das Gebot Innozenz' III. verwirklichen, Gottesdienst und Sakrament zu feiern „in den verschiedenen Sprachen und Riten".

# Beziehungen zu den USA nicht beeinträchtigt

Schü. Berlin

Wer in Berlin an den deutsch-amerikanischen Beziehungen rüttelt, der sägt an dem Ast, auf dem er sitzt. Das erklärte der Berliner Bürgermeister und Innensenator Heinrich Lummer zum Abschluß eines von der „Konrad-Adenauer-Stiftung" veranstalteten Symposiums über das Deutschland- und Amerikabild in Presse und Fernsehen der beiden Staaten.

Der Hinweis Lummers, daß es emotionale Höhepunkte, jedoch auch Herausforderungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gegeben habe, daß dadurch jedoch die insgesamt positive Bilanz in dem Verhältnis der beiden Staaten zueinander, das auf gemeinsamen Wertvorstellungen basiere, nicht beeinträchtigt worden sei, fand allgemeine Zustimmung sowohl bei den deutschen als auch den amerikanischen Teilnehmern des Symposiums.

Daß freilich, wie der Leiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Klaus Weigelt, in einer abschließenden Würdigung des Symposiums hervorhob, Flexibilität und die Fähigkeit zu gegenseitiger Kritik eine wichtige Voraussetzung für Stabilität und Solidarität in den Beziehungen der beiden Völker und Staaten zueinander sind, wurde im Verlaufe der Berliner Tagung mehrfach bestätigt.

Die von der Tübinger Anglistin Eva-Maria Warth vertretene Auffassung, daß in jüngerer Zeit Symptome eines gestörten Verhältnisses und der Beziehungsverschlechterung zwischen Deutschen und Amerikanern zu verzeichnen seien, wurde vom überwiegenden Teil des Auditoriums nicht bestätigt. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß es zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung zu unterscheiden gelte. Schließlich hätten etwa 80 Prozent der Bevölkerung in beiden Staaten eine positive Einstellung zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen geäußert.

Von amerikanischer Seite wurde hervorgehoben, daß Filme und Fernsehsendungen, die ein negatives Bild der Deutschen zeichneten, vor allem Kriegsfilme, sich nicht auf die Deutschen der Nachkriegszeit bezögen, sondern auf die Deutschen der Nazi-Zeit. Im übrigen solle man die Breitenwirkung solcher Filme nicht überschätzen. In Amerika, das so gut wie vollständig verkabelt sei, gäbe es eine Überfülle von Programmen rund um die Uhr. Man könne daher davon ausgehen, daß nur ein geringer Teil der Bevölkerung sich solche Filme anschaue. Wichtig war dabei auch der Hinweis von Amerika-Kennern, daß der Durchschnittsamerikaner sich in erster Linie für eigene lokale und regionale Themen interessiert.

# *SED wirft Studenten mangelndes Niveau vor*

hrk. Berlin

Erich Honeckers Schelte über fehlende Spitzenleistungen der „DDR", über Mittelmaß und schleppendes Tempo auf vielen Gebieten, die er jüngst vor dem SED-Zentralkomitee ausbreitete, wirft auch ein Licht auf die „DDR"-Jungakademiker. Dort scheinen „Laisser faire" und Schlendrian eingerissen zu sein. Jedenfalls können die „DDR"-Studiosi, wenn sie jetzt aus ihren „Ferien", dem sogenannten „Studenten-Sommer", von Feldern und Baustellen zurückkehren, eine geharnischte Abrechnung von Hochschulminister Hans-Joachim Böhme (SED) erwarten.

Die „Informationen" aus dem Hause des innerdeutschen Ministers Heinrich Windelen jedenfalls geben ein Referat Böhmes wieder, das er im Frühjahr in Dresden hielt und jetzt in der Zeitschrift „Hochschulwesen" abgedruckt wurde.

Böhmes Befund über die Geisteshaltung vieler Jung-Akademiker zeigt, daß die Ideologie selbst für die privilegierte Gruppe von mehrfach „abgeklopften" Forschungsstudenten, Aspiranten und Assistenten offenbar einem gewissen Hang zu sozialistischer (Nach-)Lässigkeit gewichen ist: „Erscheinungen von Bequemlichkeit, von Mangel an Initiative, Selbständigkeit und Eigenverantwortung" fand Böhme. Mancher müsse sich „offensichtlich erst daran gewöhnen, daß es für wissenschaftliche Tätigkeit keinen Achtstundentag geben kann".

Harte Arbeit im „DDR"-Alltag, wie sie überall gang und gäbe ist, scheint an den mitteldeutschen Hochschulen nicht durch die Bank üblich:

- Labors, Büchereien und andere Einrichtungen seien am Nachmittag und in den frühen Abendstunden nicht ausreichend genutzt: „Das Ergebnis einer Auslastungs-Prüfung war nicht erfreulich", monierte Böhme.
- Weil er auch weiß, daß die gewünschten Nobelpreisträger der neunziger Jahre sich nicht durch politische Zuverlässigkeit, sondern nur durch Leistung „backen" lassen, sollen nun künftig „politisch-moralische und charakterliche" Stärken bei Auswahl und Förderung von Studenten stärker berücksichtigt werden. Hier schließt die „DDR" zur Elite-Diskussion in der Bundesrepublik auf ...
- Die Leistungen von Jung-Wissenschaftlern seien „wirkungsvoller materiell und moralisch zu stimulieren". Bisweilen tue es auch schon eine ordentliche Wohnung: „In fast allen Fällen schlägt sich dies in höherer Leistungsbereitschaft nieder", berichtete Böhme.
- Erhebliche Schuld an dem beklagenswerten Zustand tragen, so sieht es der SED-Hochschulchef, die Professoren und Lehrer. Es gebe Professoren und Dozenten, „die seit ihrer Berufung, die schon zehn bis 15 Jahre zurückliegt, noch nicht einen einzigen Nachwuchswissenschaftler zum Abschluß geführt haben". – Als „völlig unbefriedigend" bewertete der Ressortchef die Situation in bezug auf den pünktlichen Abschluß des Forschungsstudiums und der Aspirantur. Zwischen Hochschulabschluß und Promotion vergingen in der „DDR" rund acht Jahre. „Diese Frist muß unbedingt verkürzt werden", fordete Böhme. Bis zur Habilitation verstrichen dann noch einmal acht bis zehn Jahre; bei Medizinern sogar zwölf bis 13 Jahre.

Akademischer Freiheit in Forschung und Lehre erteilte Böhme eine unüberhörbare, krasse Absage. „Die Einheit von hoher wissenschaftlicher Qualifikation und fester klassenmäßiger Haltung ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Heranbildung einer wissenschaftlichen Intelligenz", behauptete Böhme. Deshalb dürfe, mahnte der Hochschulminister, auch künftig „keinerlei Ansätzen und Tendenzen Raum gegeben werden, die politisch-ideologische Erziehung unserer Nachwuchskader zu unterschätzen und zu vernachlässigen".

Nahezu jeder fünfte „DDR"-Abiturient muß Anfang September, wenn an allen mitteldeutschen Hochschulen das Semester beginnt, zunächst die „falsche" akademische Richtung einschlagen. Vize-Hochschulminister Siegfried Schwanke teilte in Ost-Berlin mit, für die – in der Bundesrepublik nicht minder – favorisierten Fächer Biologie, Medizin, Veterinärmedizin, Pharmazie und Architektur lägen sechsmal mehr Bewerbungen vor als Studienplätze vorhanden seien. In Betriebswirtschaft und im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich dagegen läßt die Nachfrage zu wünschen übrig.

Wie Minister Böhme zeigte sich auch SED-Politbüromitglied Kurt Hager Anfang Juli auf einer Rektorenkonferenz in Weimar keineswegs zufrieden mit dem Stand der Dinge: Die notwendige „enge Verflechtung von Grundlagenforschung und Produktion" lasse zu wünschen übrig: „In diesem Prozeß sind Aufgaben und Tempo nicht beliebig wählbar, sondern entspringen den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution."

Die „DDR"-Hochschulen sollen nach Hagers Aussagen weiter politisiert werden. Hager forderte die Hochschulen auf, Kader auszubilden, „die das fachliche und politische Wissen und Können vereinen, um stets ihre ganze Kraft für die Stärkung des Sozialismus einzusetzen".

# 15 000 Frauen in die Bundeswehr?

rtr, Köln

Frauen in der Bundeswehr sind für den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Willi Weiskirch kein Tabu. Die Bundeswehr werde „in den nächsten Jahren kaum umhin kommen", 15 000 bis 20 000 Frauen zu verpflichten, und zwar auf freiwilliger Basis, sagte Weiskirch gestern im Kölner Deutschlandfunk. An eine Änderung des Grundgesetzes, das den Dienst von Frauen an der Waffe verbietet, denke er dabei nicht. Den Frauen dürfe aber nicht der Kombattantenstatus eingeräumt werden, sagte Weiskirch weiter.

Zur Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten und zum Abbau ihrer hohen Dienstzeitbelastung kann sich Weiskirch eine gesetzlich geregelte Dienstzeit mit entsprechenden Ausgleichszahlungen vorstellen: Wenn im zivilen Bereich über die 35-Stunden-Woche diskutiert werde, „ist sicherlich eine Dienstzeitbelastung von bis zu über 70 Wochenstunden eine Kuriosität". Dies gelte, obwohl man den Soldatendienst nicht ohne weiteres an der zivilen Arbeit messen könne.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# *Der Staat als Garant des privaten Rundfunks*

Lange Jahre hindurch wurde die medienpolitische Diskussion von theoretischen Auseinandersetzungen über Nutzen und Gefahren privaten Rundfunks geprägt. Hierüber ist die praktische Entwicklung nunmehr hinweggeschritten. Wir stehen heute in einer Übergangsphase zwischen Praxiserprobung und endgültiger Realisierung der „Neuen Medien". Die meisten Länder haben sich des Problems angenommen, privatem Rundfunk auf Dauer oder für ein Versuchsstadium eine Rahmenordnung zu geben. Mit Ausnahme von Bremen und Hessen bestehen zudem überall die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen für die Einspeisung von Satellitenprogrammen. Diese Programme sind seit der Jahreswende Wirklichkeit.

Von REINHART RICKER

Der Aufbruch in das Zeitalter des Kabel- und Satellitenrundfunks hat stattgefunden. Private Anbieter spielen in dem neuen Medienkonzert mit. Diese Entwicklung macht einen medienpolitischen und medienrechtlichen Umdenkungsprozeß notwendig, den die Verantwortlichen vorerst offenbar nur zögernd nachvollziehen: Es fragt sich nicht mehr in erster Linie, was der Staat tun kann, um privaten Rundfunk zu gestatten, sondern was er tun muß, um ihn zu fördern.

Dem Staat obliegt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine institutionelle Garantie für ein freies Rundfunkwesen. Das bedeutet, daß er sich nicht darauf beschränken kann, staatliche Übergriffe auf die Rundfunkfreiheit auszuschließen. Er muß vielmehr auch den Freiheitsraum positiv ausgestalten.

Was daraus im einzelnen folgt, ist Auslegungsfrage. Diese Auslegung soll im folgenden einmal vorwiegend aus dem Blickwinkel privater Rundfunkveranstalter vorgenommen werden. Dies ist auch erlaubt; denn wenn es um Leistungsaufgaben, um unterstützende Maßnahmen des Staates zugunsten des Rundfunks ging, so standen bislang stets die Sorgen der öffentlich-rechtlichen Anstalten im Vordergrund. Für den privaten Rundfunk ist aber nicht minder bedeutsam, welche Unterstützung er von staatlicher Seite erfährt.

Dies ist auch für Nordrhein-Westfalen von Interesse. Dort existiert zwar derzeit noch kein endgültiges Mediengesetz. Es gibt aber entsprechende Vorstellungen und „Grundlinien" der Landesregierung für ein Landesmediengesetz. Sollten sie Wirklichkeit werden, so fragt sich vor allem, ob der zukünftige private Veranstalter noch publizistisch-unternehmerisch nutzbares Terrain vorfindet, oder ob hier nicht längst der WDR alle „claims" für sich abgesteckt hat.

Wenn der Gesetzgeber das Medium der privaten Initiative öffnet, so muß das auch mit allen Konsequenzen geschehen, die das Individualgrundrecht mit sich bringt. Will er diese Konsequenzen vermeiden, so muß der Gesetzgeber es bei der öffentlich-rechtlichen Gestaltung belassen – und dann die Konsequenzen aus dieser Organisationsform ziehen. Er kann aber nicht beliebig privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Elemente vermischen. Der Gesetzgeber ist insoweit zur Modellkonsistenz verpflichtet: Hat er sich für ein System privatwirtschaftlicher Grundrechtswahrnehmung entschieden, so ist er an diese Grundentscheidung bei der weiteren Ausgestaltung der Medienordnung gebunden.

Wie der Gesetzgeber in anderen Bereichen meines Erachtens zutreffend gezeigt hat, sind unter der institutionellen Garantie auch positive Unterstützungen zu verstehen, die die Entwicklung und den Bestand privater Medienfreiheiten sichern und fördern. Die Garantenfunktion des Staates für privaten Rundfunk verdichtet sich also bei konsequenter Interpretation zu einer Bestands- und Entwicklungsgarantie auch für das private Medium.

Zum Stichwort „Kooperation mit der Presse": Die Kooperation führt dazu, daß Verlage und Rundfunkanstalt eine publizistische Allianz eingehen. Daß sie als Partner dabei eine gewisse Harmonie anstreben, ist selbstverständlich. Dabei wird aber vor allem die Presse versuchen, ihr publizistisches Erscheinungsbild demjenigen des mächtigeren Partners, das heißt des WDR, anzupassen. Dies gebietet schon das Interesse an der besseren Ausnutzung eigener Ressourcen. Man einigt sich am besten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, das heißt den Ausgewogenheitsmaßstab des mächtigen Partners WDR.

Die notwendige Folge der Zusammenarbeit ist also eine Assimilation der Meinungsäußerungen. Dadurch wird nicht nur der von Art. 5 Grundgesetz geforderte Meinungsmarkt um eine Facette ärmer. Dieses Vorgehen läuft vielmehr auch dem aus der Pressefreiheit abgeleiteten Grundsatz zuwider, daß die Printmedien im Rahmen der allgemeinen Gesetze ihren Standpunkt prinzipiell ohne Beschränkungen und damit pointiert und profiliert vertreten. Dieser Widerstreit der Meinungen ist die Eigenart der Presse, die der Gesetzgeber im Rahmen der objektiv-rechtlichen Garantie der Pressefreiheit zu gewährleisten hat.

Dr. Reinhart Ricker ist Professor für Publizistik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. – Den zweiten Teil des Aufsatzes veröffentlicht die WELT in ihrer morgigen Ausgabe.

# Bonn zahlt 54,8 Millionen für den Sport

R. v. WOIKOWSKY, Bonn

Die Bundesregierung will auch in Zukunft den Sport nicht unter der angespannten Haushaltslage leiden lassen. Für 1985 stehen im gesamten Bereich der Sportförderung für zentrale Maßnahmen mehr als 52 Millionen Mark zur Verfügung, 1986 sollen es nach dem Etatentwurf der Regierung 54,8 Millionen Mark sein. Insbesondere für die Arbeit der Spitzenverbände sei mit 24 Millionen Mark eine solide finanzielle Grundlage vorhanden, die 1986 noch um 700 000 Mark aufgestockt werden soll. Dies sind die Kernaussagen eines Referats, das Staatssekretär Horst Waffenschmidt aus dem für den Sport zuständigen Bonner Innenministerium am Wochenende auf einer Veranstaltung in Gummersbach hielt.

Der Politiker wies darauf hin, daß die Position, die der deutsche Sport zur Zeit in der Welt einnimmt, sicherlich in erster Linie auf die Leistungen der Sportler zurückzuführen sei. Diese Leistungen seien aber auch der beachtlichen Infrastruktur zu verdanken, die Sport und Staat inzwischen geschaffen hätten. So verfüge die Bundesrepublik Deutschland über ein „hervorragendes Netz von Sportstätten für den Leistungssport", zu denen 27 Bundesleistungszentren, 60 Landesleistungszentren mit Bundesnutzung und rund 180 Bundesstützpunkte zählen. Waffenschmidt: „Im Sportstättenbereich kommen wir einem optimalen Zustand am nächsten und brauchen wohl mit keinem Land der Welt den Vergleich zu scheuen".

Ein weiterer Schwerpunkt der Bundesregierung bleibe die Förderung des Behindertensports. Hier diene der Sport nicht nur der Ausfüllung der Freizeit, sondern im besonderen Maße auch der Rehabilitation sowie der Sozialisation und der Bewegungserziehung. Das jüngste Modellvorhaben in diesem Bereich ist die Schaffung eines überregionalen und für mehrere Sportarten geeigneten Sportzentrums für Blinde und Sehgeschädigte. Für dieses Zentrum hat das Ministerium in der vergangenen Woche der Deutschen Blindenstudienanstalt in Marburg einen Bewilligungsbescheid über 4,4 Millionen Mark übergeben und übernimmt damit 61 Prozent der Gesamtkosten.

Abschließend betonte der Staatssekretär, daß die Förderung des Sports Aufgabe des Staates sei, „wir aber kein Staatssportland" seien. Die Regierung respektiere die Unabhängigkeit und Selbstverantwortung des Sports. Angesichts der über 60 000 Vereine mit mehr als 19 Millionen Mitgliedern spreche Bundeskanzler Kohl mit Recht von „der größten Bürgerinitiative unseres Landes".

# Unterschiedliche Akzente zum 15. Jahrestag

● Fortsetzung von Seite 1

tes an Weizsäcker und Kohl sowie ein Schreiben des Außenministeriums an Genscher.

Bei dieser kollektiven Form mögen Gorbatschows staatsrechtlich „schwebende Rolle" als Parteichef und sein Wunsch mitgespielt haben, dem kürzlich aus dem Außenministerium „weggelobten" Gromyko nicht die Gelegenheit zu einer persönlichen außenpolitischen Äußerung zu geben. Dadurch erhielt der Bundespräsident keine eigene Botschaft.

In sämtlichen drei Bonner Briefen wird unterstrichen, daß der Moskauer Vertrag neue Perspektiven für das deutsch-sowjetische Verhältnis eröffnet und den KSZE-Prozeß gefördert habe. Eine Besonderheit in Kohls Schreiben ist der Hinweis auf eine wünschenswerte „dauerhafte friedliche Ordnung in Europa, in der sich die zwischenstaatliche Zusammenarbeit ungeachtet anhaltender Systemunterschiede voll entfalten kann und in der die Völker Europas ihr Schicksal selbst bestimmen können". Dies ist eine vorsichtige Umschreibung des Briefes zur deutschen Einheit.

Genscher hat ebenfalls einen neuralgischen Punkt in vorsichtiger Weise angesprochen, indem er dazu aufforderte, die Chancen einer wissenschaftlich-technischen und einer kulturellen Zusammenarbeit besser zu nutzen. Dem steht seit mehr als zehn Jahren der Widerstand Moskaus gegen eine befriedigende Einbeziehung Berlins in die entsprechenden Abkommen entgegen.

Demgegenüber wird in den sowjetischen Noten besonders auf die in Artikel 3 des Moskauer Vertrages niedergelegte Unverletzlichkeit der Grenzen aller Staaten in Europa hingewiesen. Im übrigen sieht der Kreml im Vertragstext „umfassende Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Beziehungen."

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe dagegen hat die Sowjets davor gewarnt, „mit der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland eine Neben-Außenpolitik, vorbei an der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien, zu betreiben. Es wird den deutsch-sowjetischen Beziehungen schaden, wenn diese mutwillig zum Gegenstand des innenpolitischen Streites gemacht werden."

# Für Leser der Sowjet-Presse herrscht in Bonn „schlimmes politisches Klima"

## Der deutsch-sowjetische Vertrag im Spiegel der Moskauer Medien / Freundliches für Brandt

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der deutsch-sowjetische Vertrag findet in den sowjetischen Zeitungen breiten Niederschlag. Er wird meist als Grundstein der Bonner Ostpolitik dargestellt – was nicht ganz korrekt ist. Denn natürlich gab es schon vorher unter Adenauer, Erhard und Kiesinger eine Ostpolitik. Adenauer war es, der 1955 diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion aufnahm, allerdings aufgrund der Hallstein-Doktrin auf offizielle Verbindungen mit all denjenigen Staaten verzichtete, die die „DDR" anerkannten. An diese Tatsachen muß erinnert werden, denn die sowjetischen Historiker und Deutschland-Experten übergehen sie nur zu gern und sprechen im Zusammenhang mit Adenauer nur vom „kalten Krieg".

Die vor 15 Jahren mit viel euphorischen Hoffnungen begonnene „Normalisierungspolitik", die der Kreml mit dem damaligen Bundeskanzler Brandt in Person des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin vereinbarte und durch die Unterschrift unter das nun gefeierte Abkommen besiegelte, hat zwar viel vom anfänglichen Glanz verloren. Auch wenn der Kreml heute in hoffnungsfrohen Botschaften Bonn einlädt, auf dem damals beschrittenen Weg wieder anzusetzen und die angeblich erfolgreiche Politik der Entspannung fortzusetzen. Die amtliche Agentur Tass feiert den Vertrag sogar als Anfangspunkt der Entspannungs-Periode.

Ganz anders lassen sich die mehr für den Inlandsgebrauch bestimmten Medien vernehmen. In „Nedelja", der Beilage zur „Iswestija", schreibt der zuständige Deutschlandexperte Grigorjanz zum Verhältnis Bonn–Moskau: „In erster Linie ist Bonn ein politisches Zentrum des führenden westeuropäischen Staates, der eine große Rolle in der internationalen Politik spielt. Von seiner Linie hängt in bedeutendem Maße die Lage auf dem Kontinent ab. Hier in Bonn", so heißt es weiter, „kam die ‚östliche Politik' zur Welt, ein wichtiger Bestandteil der internationalen Entspannung der siebziger Jahre."

Und dann schon werden die Schatten, die heute das deutsch-sowjetische Verhältnis trübten, beschrieben. Im Blick auf die immer wieder unterstellte Bevormundung Bonns durch die Vereinigten Staaten sieht der sowjetische Berichterstatter die Bundesrepublik vor allem als Opfer – wenn auch als willfähriges – der amerikanischen „Militaristen". Gleichzeitig wirft er der heutigen Bundesregierung anläßlich dieses Jahrestages vor, in der Ostpolitik wieder an die Adenauer-Ära anzuknüpfen. Grigorjanz: „Heute erwähnt man Bonn leider immer öfter in einem anderen Kontext. Man sagt, die Hauptstadt am Rhein liege in einem Gebiet mit schlechtem Klima ...", und damit die sowjetischen Leser auch wirklich verstehen, was dieses Wetterorakel zu



Aufmerksamer Leser: Parteichef Gorbatschow FOTO: POLY-PRESS

bedeuten habe, folgt die Konkretisierung: „Es geht in diesem Fall nicht um banales Wetter, sondern um politisches Klima. Das gerade ist wegen der Stationierung von Pershing 2 und den Marschflugkörpern auf dem Territorium der Bundesrepublik sehr schlimm geworden."

Von der Skulptur Adenauers in Bonn schlägt der Berichterstatter eine Volte zum heutigen Ost-West-Verhältnis. „Vor dem Kanzleramt steht ein eigentümliches Denkmal, das den Kopf Konrad Adenauers zeigt. Eigentümlich, weil es an einen Januskopf erinnert." Der Autor folgert: „Es scheint, als wenn sich der Ex-Kanzler im heutigen Bonn erneut um sein Vermächtnis kümmert."

Unterstellt wird fast allgemein, daß „heute in der Bundesrepublik die Innen- und Außenpolitik des Landes auf Schritt und Tritt restauriert" werde, mehrere Berichte suggerieren, daß „Millionen von Bundesbürgern mit diesem Verlauf der Ereignisse unzufrieden" seien. Wörtlich: „Die idyllische Stadt der Rentner und Angestellten lebt in stürmischen Zeiten, die Zahl der Teilnehmer an Demonstrationen gegen die Raketenstationierung ist weitaus größer als die Zahl der Bevölkerung in der Bundeshauptstadt." Die Erinnerung an die nahezu überlebte Friedensbewegung wird mit viel Mühe und auch mit Sagengestalten wachgehalten: „Im Schatten des Drachengebirges werden Schlachten gegen ‚Monster' geschlagen, die viel schrecklicher und mächtiger sind im Vergleich mit den von Siegfried bekämpften Drachen." Das Fazit der sowjetischen Deutschlandkenner ist bekannt. Es gehe Bonn heute um den Versuch, die sozialen und demokratischen Rechte des Volkes zu vernichten. Und deshalb sei die heutige Hauptstadt der Bundesrepublik „längst keine Idylle mehr".

Diese Negativ-Beurteilungen fügen sich nahtlos an die Beurteilung, die der Generalsekretär des ZK und Parteichef Michail Gorbatschow am 8. Mai dieses Jahres, anläßlich des „40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus" über die heutige Bundesrepublik zum besten gab. Er warnte in seiner Rede vor „der verstärkten Gefahr des westdeutschen Revanchismus", an dessen Wiederbelebung die heutige Führung der USA aktiv teilnehme. In den offiziellen Botschaften Moskaus an Bonn zum 15. Jahrestag ist freilich mal wieder das Zuckerbrot an der Reihe.

Freundlichere Worte zum 15. Jahrestag des Moskauer Vertrags werden auch dem „Vorwärts" in der „Prawda" gewidmet. Das sowjetische Blatt zitiert Willy Brandt. Dieser habe im „Vorwärts" geschrieben, „daß trotz der bedeutenden Verschlechterung der internationalen Lage, der Moskauer Vertrag die Zeitprobe überstanden hat, als Faktor der Stabilität und Zusammenarbeit gilt und dem Frieden dient". Deutlich wird der Satz Brandts herausgestrichen: „Wir brauchen eine neue Politik und keine tödlichen Waffen." Daß die „Prawda" nur US-Waffen im Blick hat, ist für ihre Leser selbstverständlich.

# *Südpazifik: Eine Region erkennt ihre Bedeutung*

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

Der Vertrag von Rarotonga (Cook-Inseln) hat den Südpazifik zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Der riesige Raum zwischen der Westküste Australiens und Polynesiens wird dadurch freilich nicht atomwaffenfrei. Frankreich wird seine laufende Versuchsserie auf dem Mururoa-Atoll nicht abbrechen – in diesem Jahr fanden bereits vier unterirdische Atomtests statt – und die Atommächte werden ihre Kriegsschiffe weiterhin in den Südpazifik entsenden.

Die australischen Reaktionen auf den Beschluß des südpazifischen Forums sind überwiegend negativ. Die liberale Opposition sieht die Verteidigungsinteressen Australiens gefährdet und bezeichnet den Vertrag als einen „weiteren Sargnagel" für den Anzus-Pakt – das regionale Verteidigungsabkommen mit den USA, das ohne aktive Beteiligung Neuseelands bilateral weitergeführt wird. Für den linken Flügel der regierenden Labour-Partei gehen die Beschlüsse von Rarotonga dagegen nicht weit genug, und die Atomwaffengegner bezeichnen den Beschluß des südpazifischen Forums als Farce.

Die entscheidende Frage des Besuchsrechts für atomar betriebene oder bewaffnete Schiffe, die zur Abkühlung des Verhältnisses zwischen Neuseeland und den USA führte, wird im Vertrag von Rarotonga nicht beantwortet. Jedes Mitgliedsland des südpazifischen Forums – insgesamt 13 Staaten – soll weiterhin für sich entscheiden, ob es solchen Besuchen zustimmt oder nicht. Die USA werden diesen Teil des Abkommens verärgert als Rückenstärkung für den neuseeländischen Ministerpräsidenten David Lange empfinden, weil damit ja auch das Recht der Mitgliedsstaaten, Besuche atomar betriebener oder bewaffneter Schiffe abzulehnen, legitimiert wird. Lange, dessen Popularität in Neuseeland ungebrochen ist, bemüht sich gerade im Parlament um eine gesetzliche Verankerung des Besuchsverbotes.

US-Außenminister Shultz hat sich bei seinem kürzlichen Besuch in Canberra vergeblich darum bemüht, Premierminister Bob Hawk für Sanktionen gegen Neuseeland und gegen die Erklärung der atomwaffenfreien Zone im Südpazifik zu gewinnen. Beides war für Hawk innenpolitisch unmöglich. Eine australische Labour-Regierung kann sich bei ihrem kleineren Bruder nicht zum Handlanger des mächtigen Bündnispartners machen lassen, und Hawk selbst war ja Initiator und Motor der atomwaffenfreien Zone im Südpazifik auf der Grundlage des Status quo. Der Vertrag von Rarotonga schreibt in der Tat nur den Status quo fest und bietet die Möglichkeit, das Gewicht der 13 südpazifischen Mitgliedsstaaten gegen die französischen Atomversuche auf die Waagschale der öffentlichen Meinung zu legen.

Vanuatu, das auf allen vor 1980 gedruckten Landkarten als britisch-französisches Kondomium „Neue Hebriden" zu finden ist, wird das Abkommen von Rarotonga nicht ratifizieren. Father Lini, Ministerpräsident und Presbyterianer, nannte es unpraktisch und unwirksam. Lini war der radikalste Atomwaffengegner des Forums, sein Land (Einwohnerzahl 120 000) unterhält als einziges der kleinen Inselstaaten des Südpazifiks Beziehungen zu einem kommunistischen Land – zu Kuba. Kein Wunder, daß unmittelbar nach dieser Absage Gerüchte über Verhandlungen zwischen Vanuatu und der Sowjetunion über Fischereirechte in Umlauf kamen. Sie sind noch unbestätigt.

Es gibt unter den Inselstaaten des südpazifischen Forums nur ein Land, das mit Moskau verhandelt hat: Kiribati, die ehemaligen Gilbert-Inseln. Kiribati umfaßt ein Seegebiet von fünf Millionen Quadratkilometern, auf dem 33 winzige Inseln verteilt sind. Da die Regierung Fischereirechte von 200 Seemeilen um diese Inseln beansprucht, die amerikanischen Fangflotten jedoch nur zwölf Seemeilen anerkennen, gibt es ständigen Streit zwischen Kiribati und den USA. Japan hat sich inzwischen Fischereirechte innerhalb der 200-Meilen-Zone erkauft, und die Sowjetunion bemüht sich ebenfalls darum.

Der Vertrag von Rarotonga ist eine einseitige Geste, die keine der Gefahren eines Atomkrieges verringerte. Er wäre sinnvoll, wenn sich alle Atommächte der Welt anschließen würden, was unvorstellbar ist. Gleichwohl wird das südpazifische Forum die USA, Frankreich, die Sowjetunion, Großbritannien und China auffordern, die Protokolle des Vertrages zu unterzeichnen. Das ist ein Signal. Eine Region wird sich ihrer Bedeutung bewußt. (SAD)

# Sondersitzung des Parlaments in Paris

lim., Paris

Frankreichs Staatspräsident Mitterrand hat das Parlament aus den Sommerferien zurückbeordert, um in einer heute abend beginnenden Sondersitzung über das vom französischen Verfassungsrat abgelehnte Gesetz zum Status des Überseegebiets Neukaledonien erneut zu beraten. Der Verfassungsrat hatte einen wichtigen Passus in dem von der sozialistischen Mehrheit verabschiedeten Gesetz für verfassungswidrig erklärt, so daß die für Anfang September geplante Wahl von vier Regionalparlamenten auf der französischen Südpazifik-Insel infrage gestellt ist.

Die Opposition wird versuchen, die Verabschiedung des Gesetzes hinauszuzögern. Hauptthema der Sondersitzung dürfte jedoch nicht der neue Gesetzestext, sondern die Untersuchung über den Fall des in Auckland (Neuseeland) versenkten Greenpeace-Schiffes sein, wenn nicht in öffentlicher Debatte so doch in den Gängen des Palais Bourbon. In diesem Zusammenhang gilt es mittlerweile als sicher, daß die zwei Geheimdienst-Beamten, die die Umweltschutzorganisation in Auckland observierten und nach dem Anschlag von den neuseeländischen Behörden festgenommen worden waren, mit dem Attentat nichts zu tun haben. Mitterrands rascher Entschluß, eine von dem angesehenen Gaullisten Bernard Tricot geleitete Untersuchung anzusetzen, wird allgemein als eines von mehreren deutlichen Indizien dafür gewertet, daß auch die französische Regierung mit dem Attentat nichts zu tun hat. Dagegen wird Publicity für Greenpeace und die Verwicklung westlicher Geheimdienste als ein mögliches Motiv für die Tat angesehen. Wenn aber die Aufmerksamkeit einer für pazifistische Themen ansprechbaren Öffentlichkeit erregt werden sollte, dann seien die Urheber des Attentats nicht in Paris zu suchen, heißt es in mit der Aufklärung befaßten Kreisen. Spekulationen gehen dahin, außer Rechtsextremisten in Neukaledonien auch östliche Geheimdienste hinter dem Anschlag zu vermuten. Sollten sich für die letztere These Anhaltspunkte ergeben, ist mit einem Abschluß der Untersuchung und einer Veröffentlichung ihrer Ergebnisse vor dem Gorbatschow-Besuch in Paris kaum zu rechnen.

## „Ein Drittel der RAF kommt aus Hamburg“

DW./rtr. Köln/Hamburg

Das Bundeskriminalamt (BKA) rechnet auch künftig mit Brand- und Sprengstoffanschlägen nach dem Muster des Attentats auf die amerikanische Luftwaffenbasis am Donnerstag in Frankfurt. Der dazu vorliegende Bekennerbrief spreche in Aufmachung, Inhalt und Diktion eindeutig für die Urheberschaft des Anschlages durch die Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF), sagte BKA-Chef Heinrich Boge in einem Interview der Kölner Tageszeitung „Express“.

Der Kernbereich der RAF umfasse nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden mindestens 15 bis 20 Personen, sagte Boge weiter. Der Bereich der militanten regionalen Anhänger der RAF, der vornehmlich durch Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Sachen in Erscheinung trete, werde auf rund 200 Personen geschätzt. Die RAF verstehe den Frankfurter Anschlag „als Fortführung der Offensive des bewaffneten illegalen Kampfes gegen imperialistische Einrichtungen, insbesondere gegen Einrichtungen der NATO“.

Nach Angaben des Leiters des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, verwendet die Rote Armee Fraktion neuerdings Bomben mit großer Splitterwirkung, damit es bei den Anschlägen möglichst viele Tote und Verletzte gibt. Früher hätten die RAF-Untergrundkommandos „Schaltzentralen“ und deren Symbolfiguren angegriffen. Heute dagegen nähmen die Terroristen keine Rücksicht mehr, erklärte Lochte in einem Interview des Hamburger Abendblattes. Ein Drittel der Mitglieder der RAF komme aus Hamburg, sagte Lochte.

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Frankfurter US-Flughafen ein Fahndungsfoto veröffentlicht. Die aufgrund von Zeugenaussagen zusammengesetzte Fotomontage ähnelt nach Angaben des BKA der Frau, die den beim Anschlag benutzten VW-Passat am 28. Juli auf einem Automarkt in Gravenbruch bei Frankfurt gekauft hatte.

Die Frau soll zwischen 30 und 35 Jahre alt, schlank, etwa 1,70 Meter groß und braunäugig sein. Sie sei als gepflegte Erscheinung beschrieben worden, hieß es. Zum Zeitpunkt des Autokaufs habe sie schulterlanges, dunkles Haar getragen.

## CIA: Sowjets entwickeln biologische Kampfstoffe

**Kaum Einfluß der B-Waffen auf Kräfteverhältnis der Supermächte**

rtr. Washington

Die Sowjetunion arbeitet nach Erkenntnissen des amerikanischen Geheimdienstes CIA an der Entwicklung hochgefährlicher biologischer Kampfstoffe. Das Forschungsprogramm umfaßt offenbar auch genetische Experimente, die die Entwicklung neuer Lebensformen mit tödlicher Wirkung zum Ziel hätten, hieß es in dem geheimen Bericht der CIA. Die UdSSR verstoße damit gegen eine 1972 unterzeichnete Konvention, in der sich die Sowjetunion, die USA und eine Reihe anderer Staaten verpflichtet hätten, keine biologischen Kampfstoffe herzustellen oder einzusetzen. Die UdSSR bestreitet allerdings, an der Entwicklung biologischer Kampfstoffe zu arbeiten.

Der Inhalt des Berichts wurde der Nachrichtenagentur Reuter in Gesprächen mit Vertretern der amerikanischen Regierung bekannt, die Zugang zu dem geheimen Dokument hatten. In dem Papier hieß es, sowjetische Wissenschaftler versuchten in ihren Experimenten, die Erbmasse lebender Organismen in einer Weise zu verändern, die es ermögliche, durch eine Kombination der Organismen neue Lebensformen zu entwickeln, die im Kriegsfall eingesetzt werden und den Feind töten könnten.

In dem CIA-Bericht wurden keine genauen Einzelheiten über den Stand der sowjetischen Experimente genannt. Die Erkenntnisse der CIA basieren auf Beobachtungen mit Satelliten und auf Informationen aus anderen Quellen des Geheimdienstes.

### Tödliche Bakterien

Experten des Internationalen Instituts für Friedensforschung (SIPRI) in Stockholm haben auf die Gefährlichkeit biologischer Kampfstoffe hingewiesen. So bestehe zum Beispiel die Möglichkeit, Bakterien zu züchten, die nur bestimmte Teile des menschlichen Körpers, beispielsweise die Augen, angreifen. Ebenso könnten biologische Kampfstoffe entwickelt werden, die nur Mitglieder bestimmter Rassen töten, während sie auf andere keinen Einfluß haben. Zudem wäre es denkbar, im Kriegsfall die Bevölkerung eines feindlichen Landes mit Hilfe biologischer Kampfstoffe außer Gefecht zu setzen und so den Weg für eine Invasion freizumachen.

Das US-Verteidigungsministerium, das 1969 seine biologischen Waffenbestände zerstört hat, finanziert gegenwärtig ebenfalls genetische Experimente, die aber nach Angaben der Regierung ausschließlich der Gegenwehr dienen: Nach Angaben des Ministeriums zielen mehrere der amerikanischen Forschungsprojekte darauf ab, ein Gegenmittel gegen Nervengas zu entwickeln.

Experten des US-Verteidigungsministeriums gehen allerdings davon aus, daß biologische Waffen gegenwärtig keinen wesentlichen Einfluß auf das Kräfteverhältnis zwischen den Supermächten haben. Die Wirkung herkömmlicher biologischer Kampfstoffe, wie beispielsweise des Milzbrand-Bazillus, sei zumeist schwer unter Kontrolle zu halten, und es bestehe deshalb die Gefahr, daß im Kriegsfall auch die eigenen Soldaten infiziert werden könnten.

### Option im Kriegsfall

Die Experten wiesen aber auch darauf hin, daß durch intensive Forschung äußerst wirksame biologische Waffen entwickelt werden könnten, die insbesondere im Besitz kleiner Staaten wie Libyen gefährlich sein könnten. „In den Händen einer Regierung, die über Zehntausende von Nuklearwaffen verfügt, sind biologische Kampfstoffe weniger beängstigend“, erklärte der Experte für chemische Waffen im Washingtoner Institut für Strategische und Internationale Forschung, Robert Kuppermann, mit Hinweis auf die UdSSR. Biologische Waffen dienten der Sowjetunion lediglich als zusätzliche Option im Kriegsfall.

DW. Washington

Die Sowjetunion ist den Vereinigten Staaten nach Erkenntnissen einer privaten amerikanischen Studiengruppe auf dem Gebiet der atomaren Waffen nicht überlegen. Das Zentrum für Verteidigungsinformation (CDI) beruft sich in seiner jetzt veröffentlichten Studie auf einen Bericht des Geheimdienstes CIA. In der Studie heißt es, die UdSSR werde in den nächsten zehn Jahren nicht in der Lage sein, sich im Kriegsfall vor massiven Zerstörungen durch amerikanische Atomwaffen zu schützen. Die Studie widerlegt damit Warnungen konservativer amerikanischer Politiker, wonach die Sowjetunion bereits in Kürze in der Lage sein wird, amerikanische Atombomber und Raketen zu zerstören, bevor diese das Gebiet der UdSSR angreifen können.

## *Spion Walker ließ seinen Verteidigern keine Chance*

FRITZ WIRTH, Washington

Richter Calvitt Clarke brauchte knappe 15 Minuten, um schließlich das Wort „schuldig“ zu formulieren. Arthur Walker, dem der Spruch galt, nickte kurz und bestätigend mit dem Kopf und ließ sich dann in Handschellen abführen. Es war das undramatische Ende eines Spionageprozesses, ein dezentes Kammerspiel, das hier aufgeführt wurde. Arthur Walker, der Hauptdarsteller selbst, hatte es so gewünscht und inszeniert.

Er hatte darauf verzichtet, daß zwölf Geschworene über seine Schuld befinden, und überließ diese Aufgabe dem Richter selbst. Er sah ebenfalls davon ab, irgendeinen Zeugen für seine Sache aufzubieten, die Verteidiger für ihn sprechen zu lassen oder selbst ein Wort zur Selbstrechtfertigung zu sagen. Walker wollte diesen Prozeß so beenden, wie er sein bisheriges 50jähriges Leben eingerichtet hatte: unauffällig und lautlos.

Walker war in sieben Punkten der Verschwörung und der Spionage angeklagt. Der Richter befand ihn in allen sieben Punkten für schuldig. Das Strafmaß wird am 15. Oktober bekanntgegeben. Wenn ihn die volle Härte des Gesetzes trifft, muß er mit einem dreifachen „lebenslänglich“ plus weiteren 40 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 40 000 Dollar rechnen.

Der ehemalige Marineleutnant wurde überführt, von seiner Firma „VSE Corp.“ Dokumente gestohlen zu haben, die Aufschluß über die Schadenskontrolle auf zwei hochmodernen amerikanischen Nachrichtenschiffen geben. Die Dokumente waren mit der niedrigsten Geheimhaltungsstufe „vertraulich“ versehen. Ein Offizier der amerikanischen Kriegsmarine, der als einer der 35 Zeugen in diesem Prozeß aussagte, die die Anklage aufgeboten hatte, nannte sie jedoch ein „Handbuch der Sabotage“ für jeden möglichen Gegner.

Die Verteidigung Walkers verfolgte diesen Prozeß schulterzuckend und in deutlicher Resignation. „Es bleibt uns hier nicht mehr viel zu sagen“, erklärten die beiden Anwälte, „unser Mandant hat selbst schon alles gesagt.“ Sie bezogen sich damit auf die Verhöre Walkers durch das FBI, in denen er voll geständig war und seine Spionagetätigkeit bis ins letzte Detail enthüllt hatte. Verteidigung und Anklage stimmten darin überein, daß die für Walker belastendsten Beweise von ihm selbst geliefert worden seien. Die Verteidiger glauben, daß ohne diese Aussagen Walkers das Beweismaterial der Anklage nicht zum Schuldspruch gereicht hätte. Es sei nicht einmal sicher, ob die gestohlenen Dokumente jemals in den Besitz der Sowjets gelangt seien.

Die Verteidigung begnügte sich damit, Walker als einen überaus naiven Amateurspion darzustellen. „Sieht so ein Spion aus?“ fragte Walkers Verteidiger Brian Donelly wiederholt. „Ich glaube, wenn er nicht Walker hieße und wenn dies nicht der Sommer 1985 wäre, unser Mandant wäre bestimmt nicht in allen sieben Punkten schuldig gesprochen worden“, mutmaßte der Verteidiger.

Stephen S. Trott, Leiter der Kriminalabteilung im amerikanischen Justizministerium, bemühte sich nicht, den unterschwelligen Vorwurf, daß mit diesem Spruch gegen Arthur Walker ein Exempel statuiert werden solle, zu entkräften: „Wir senden ein Signal an alle Spione aus: Wenn ihr gefaßt werdet, müßt ihr den vollen Preis zahlen“, erklärte er. „Ob das ein harter Kurs ist? Natürlich.“

Arthur Walker ist der „kleinste Fisch“ eines Spionagerings, von dem Geheimdienstexperten behaupten, daß er der gefährlichste gewesen sei, der in den letzten 30 Jahren gegen die amerikanische Kriegsmarine gearbeitet habe. Chef dieses Rings ist angeblich Arthur Walkers jüngerer Bruder John Walker gewesen, der die Sowjets seit 20 Jahren mit hochgeheimen Informationen über Nachrichtencodes der amerikanischen U-Boot-Flotte versorgt haben soll und am 20. Mai dieses Jahres auf frischer Tat in der Nähe von Washington erwischt wurde.

Der Prozeß gegen John Walker und dessen Sohn Michael beginnt am 28. Oktober. Beide haben sich bisher für nicht schuldig erklärt. John Walker, der einst auf amerikanischen Atom-U-Booten als Nachrichtenoffizier diente, soll in seinen bisherigen Verhören jede Aussage verweigert haben.

## Haft für Kontakt zu „Solidarität“

AFP, Warschau

Der ehemalige polnische Oberst Adam Rajski und sieben weitere Offiziere sind – wie erst jetzt bekannt wurde – Anfang Juli wegen angeblicher Kontakte zu einer antipolnischen ausländischen Organisation und wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ in Gdingen und Warschau festgenommen worden.

Rajski hatte Kontakte zu unterdessen inhaftierten Funktionären der Untergrundgewerkschaft Solidarität unterhalten. Er hielt auch Verbindung zu dem Schweizer Lehrer und Gewerkschafter Clive Lörtscher, der nach seiner Festnahme am 13. April in Warschau inzwischen gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt wurde.

## Berri besteht auf Rücktritt Gemayels

AP, Beirut

Der libanesische Justizminister und Führer der schiitischen Amal-Miliz, Nabih Berri, hat den Rücktritt des christlichen Staatspräsidenten Amin Gemayel gefordert. Dessen Herrschaft, so Berri, säe Uneinigkeit unter der Bevölkerung Libanons. Gemayel hat bislang alle Forderungen nach Rücktritt vor dem Ende seiner Amtszeit 1988 zurückgewiesen.

In Beirut sind am Wochenende bei heftigen Artillerieduellen, die sich christliche und moslemische Milizen über die Demarkationslinie hinweg lieferten, elf Menschen getötet und 58 verletzt worden. Auch außerhalb Beiruts wurde wieder gekämpft, der Präsidentenpalast wurde zweimal getroffen.

## Regimekritiker verhaftet

AFP, Prag

Drei führende Regimekritiker aus der Tschechoslowakei befinden sich seit dem Wochenende in Polizeigewahrsam. Nach dem Schriftsteller Vaclav Havel und dem früheren Parteifunktionär Ladislav Lis wurde auch Jiri Dienstbier, einer der drei Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“, festgenommen.

Die Polizei suchte in der Wohnung von Jiri Dienstbier nach einem Entwurf für eine Erklärung, die die Bürgerrechtsbewegung zum 17. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in die CSSR am 21. August veröffentlichen will. Wie aus Dissidentenkreisen verlautete, waren die Sicherheitsbehörden bei ihrer Suche erfolgreich.

## Papst verurteilt die Unruhen in Südafrika

DW. Jaunda

Die „blutige Konfrontation“ in Südafrika hat Papst Johannes Paul II. gestern verurteilt und zugleich die Abschaffung des Systems der Rassentrennung gefordert. In einer von Vatikansprecher Navarro Valls verlesenen Botschaft hieß es, der Heilige Vater sei sehr besorgt über die tragischen Ereignisse in Südafrika. Er bedaure aus tiefem Herzen, daß die ungerechte Lage der verschiedenen Volksgruppen fast täglich zu blutigen Auseinandersetzungen führe. In dem Appell hieß es weiter, der Papst fordere alle auf, „jede Art von Diskriminierung der politischen Freiheit, der Gedankenfreiheit und der Gewissensfreiheit zu beenden“.

Papst Johannes Paul II., der gestern in Kamerun eintraf, hatte zuvor in der Republik Elfenbeinküste eine neue Kathedrale eingeweiht – nach dem Petersdom der größte Sakralbau der Welt. In seiner Ansprache bei dem Einweihungsgottesdienst sagte der Papst, diese Kirche sei ein Zeichen „des ständigen Rufes nach dem Lob Gottes“. Unter Hinweis auf die fortschreitende Säkularisierung in dem hochindustrialisierten Staat Elfenbeinküste forderte er eine „zweite Evanglisierung“. Wahrer Fortschritt setze voraus, daß alle Menschen gemeinsam dem Gemeinwohl dienten und „in brüderlicher Solidarität mit den Armen leben“. Alle Christen in Afrika seien dazu aufgerufen, in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mitzuarbeiten, Respekt vor dem Leben zu zeigen und das Gefühl der Gerechtigkeit und die Suche nach Einheit voranzutreiben.

Der Papst hatte bei seinem Eintreffen in Abidjan zugleich unterstrichen, daß die katholische Kirche die brüderliche Zusammenarbeit und die Einheit mit den anderen christlichen Kirchen suchen wolle. Er drückte gleichzeitig „Respekt“ vor den nichtchristlichen Glaubensrichtungen aus und verwandte sich für „vertrauensvolle Beziehungen“ mit diesen Religionen.

Die Kathedrale in Abidjan, die umgerechnet rund 36 Millionen Mark gekostet hat, ist auf Drängen des katholischen Präsidenten der Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Roigny, geschaffen worden. Der futuristische Bau wurde von dem italienischen Architekten Aldo Spirto entworfen.

## Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### *Völlige Unkenntnis*

„Aktiv auf die DDR zugehen“ – so ummäntelt der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Büchler, verbal die zweite Phase der Ost-Politik seiner Partei. Kernpunkt dieser zweiten Phase ist die Forderung, den langgehegten Wunsch der SED-Führung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als regulärer Staatsgrenze zur DDR zu entsprechen.

Der SPD-Politiker Büchler bescheinigt sich dabei selbst in peinlicher Weise völlige Unkenntnis über die Historie sowie den völkerrechtlichen Status beider Teile Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine rechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch beide Teile Deutschlands wäre ein eklatanter Verstoß gegen unser Verfassungsrecht und gegen völkerrechtliche Verträge.

Mit dem Potsdamer Abkommen haben sich die vier Siegermächte zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für Deutschland als Ganzes bekannt, wenn auch die Sowjetunion dieses Bekenntnis einschließlich der sich daraus für sie ergebenden Verantwortlichkeit bestreitet. Insoweit liegt auf der Hand, daß eine Gesamtdeutschland betreffende Grenzfragenregelung nur nach übereinstimmender Absprache der vier Siegermächte im Rahmen eines Friedensvertrages unter gesamtdeutscher Beteiligung zustandekommen kann.

Folgerichtig hat das Bundesverfassungsgericht alle Verfassungsorgane darauf festgelegt, nichts zu unternehmen, was einer Wiedervereinigung entgegensteht. Die Vorschläge des SPD-Bundestagsabgeordneten Büchler zeigen nur zu deutlich, daß sich die SPD in gefährlicher Weise von verfassungsrechtlichen Vorschriften entfernt, welche die Bundesrepublik Deutschland über alle Parteigrenzen hinweg zwingend binden.

Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR sind aufgrund bestehender völkerrechtlicher sowie grundsätzlicher Verträge und Normen gar nicht berechtigt, ohne Beteiligung der vier Siegermächte über Gesamtdeutschland betreffende Grenzregelungsfragen im völkerrechtlichen Sinn zu verhandeln.

Zudem setzt Herr Büchler den erst kürzlich erfolgten Vorschlag seines Parteifreundes Schmude zur Änderung der Präambel des Grundgesetzes mittels einer noch weitergehenden unrühmlichen Variante fort. Er scheint nicht verstanden zu haben, daß das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Recht freier Selbstbestimmung aller Deutschen einer der Pfeiler unserer freiheitlichen Vefassung ist.

Die SPD beschreitet unter Verleugnung ihrer bisherigen deutschlandpolitischen Gemeinsamkeit weiter einen Irrweg, welcher den langen Grundkonsens zu Fragen der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Einheit zu zerstören droht.

*Gerhard Schulze, MdB*
*Obmann für Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

### *Böse Simplizifierung*

**„Strauß und Genscher uneins über die Außenpolitik“; WELT vom 5. August**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

mit Recht fordert Strauß den Bundesaußenminister auf, den Begriff „neue Entspannungspolitik“ zu erläutern. Diese Politik ist bisher von der Sowjetunion zur Ausweitung ihres Machtbereichs und zu einer gigantischen Aufrüstung mißbraucht worden, was nicht zum Abbau, sondern zu einer ungeheuren Verstärkung der „Spannung“ geführt hat.

Genscher behauptet, man könne eine erfolgreiche Politik nur mit den östlichen Diktaturen und nicht gegen sie betreiben. Die Reduzierung der Politik auf eine solche Alternative ist eine Simplifizierung zur Verdummung der Bürger und zur Rechtfertigung seiner Anbiederungspolitik gegenüber den Diktatoren, denen er attestiert, daß „die Richtung (ihrer Politik) stimmt“, eine Verhöhnung der Geknechteten, deren Fesseln nicht gelockert, sondern noch angezogen werden; man denke nur an die Verschärfung des Kontaktsperregesetzes.

Daß Genscher sich angesichts solcher Anerkennung östlicher Gewaltherrschaft in seiner Südafrikapolitik bestätigt sieht, spricht jeder Vernunft hohn. Denn die bedrückende Situation dort ist ja gerade von jenen westlichen Politikern mitverschuldet worden, die die weitgehend von den Kommunisten gelenkte Hetzpropaganda unterstützt und die Reformen Bothas nie anerkannt haben und die für die untereinander zerstrittenen Schwarzen die unverzügliche Verwirklichung jener Rechte fordern, deren Verweigerung gegenüber den Mittel- und Osteuropäern sie offensichtlich nie belastet hat. Sollte es dem Minister entgangen sein, daß kommunistischer Terror überall dort massiv eingesetzt wird, wo lebenswichtige Interessen des Westens auf dem Spiel stehen? Wenn aber – wie überall, wo die Kommunisten ihr Ziel erreicht haben – die Region in Elend, Blut und Tränen erstickt, wird sich kein Politiker mehr um sie kümmern.

Die Deutschen, die auf eine Wende gehofft haben, fühlen sich betrogen, getäuscht vor allem durch die zwar mit dem Mantel der Moral umhüllte, in Wirklichkeit aber zutiefst inhumane Politik des Bundesaußenministers.

*Mit freundlichen Grüßen*
*I. Schumann,*
*Berlin 37*

### *Voraussetzung*

Sehr geehrte Damen und Herren,

das blutige Schreckensregime des nunmehr gestürzten Diktators Obote in Uganda ist von der Bundesregierung im Jahre 1984 mit 46 Millionen Mark unterstützt worden. Den Staatsbürger beschleicht bei einer solchen Verwendung von Steuergeldern Unbehagen.

Dieses Unbehagen vermindert sich, wenn er nunmehr vernimmt, daß es für die Gewährung von Entwicklungshilfe nicht gleichgültig ist, ob ein Land die Menschenrechte mißachtet (Minister Warnke im Fernsehen, „Tagesthemen“ vom 2. 8.). Kann man hieraus vielleicht entnehmen, daß der bequeme Pfad des Hinwegsehens über Greuel und Untaten nunmehr verlassen und Zahlungen an den Nachfolger Obotes nur dann geleistet werden sollen, wenn dieser bereit ist, wenigstens gewisse Garantien hinsichtlich einer besseren Wahrung der Menschenrechte zu geben?

Wenn auf diesem Gebiete, nämlich dem der Wahrung der Menschenrechte und der Sicherung des Rechtsfriedens, ein Fortschritt erreicht werden könnte, so wäre dies für die Menschen in Uganda sicherlich wichtiger als viele Entwicklungsprojekte.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. F. Herbst,*
*Bonn*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

### *Reihenfolge*

**„Fusionspläne in NRW grenzen an Wahnsinn“; WELT vom 7. August**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

nach der deprimierenden Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hätte der Wähler eigentlich eine intensive Sachdebatte über die geringe Attraktivität der CDU im größten Bundesland erwarten können. Doch anstelle einer Programmdiskussion über zukünftige Inhalte einer CDU-Politik an Rhein und Ruhr wurde die Organisationsfrage gestellt, allerdings nicht von den Mitgliedern der Partei. Als ob die Wahlschlappe darauf zurückzuführen sei.

Was den Mitgliedern und Wählern als angebliches Zaubermittel gereicht wird, nämlich die Fusion der beiden Verbände, ist nichts anderes als ein Betäubungsmittel für parteiinterne Kritik an Personen und Programmatik. Die NRW-CDU ist gut beraten, bei der Klärung ihrer Probleme die richtige Reihenfolge zu wählen: Erst ein neues politisches Profil erstellen, dann die Organisationsfrage entscheiden.

*Mit freundlichen Grüßen*
*K. A. Eßer,*
*Düren*

### *Unbekannte Hilfe*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

zu der Bemerkung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, er sei in schlesischen Städten mit Menschen ins Gespräch gekommen, die Deutsch (ich ergänze: als ihre Muttersprache) sprachen, möchte ich etwas beisteuern: Das Versorgungsamt hatte mir als Kriegsversehrtem im vergangenen Oktober eine Kur genehmigt.

In dem Kurheim sind 76 Plätze vorhanden, davon waren ca. 25 mit ehemaligen deutschen Soldaten aus Oberschlesien besetzt. Mein Tischnachbar war aus Gleiwitz. Ihm und seinen Landsleuten gewährt die Versorgungsverwaltung alle drei Jahre eine Kur in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat mir viel aus seiner Heimat erzählt, Informationen, die offenbar dem Kardinal Glemp vorenthalten werden.

Daß ehemalige deutsche kriegsversehrte Soldaten aus den unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten von den Versorgungsämtern in der Bundesrepublik Deutschland Erholungskuren gewährt werden, ist nicht allgemein bekannt.

*Mit freundlichem Gruß*
*W. Keyl,*
*Düsseldorf 30*

### *Konsequenz*

**„Das Lockmittel des Fidel Castro – ein Bumerang“: WELT vom 2. August**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Ihre Mitarbeiterin Karen Söhler hat sicher recht, wenn sie schreibt, Fidel Castro zeige wenig Phantasie, wenn er die Südamerikaner auffordert, ihre Schulden gegenüber dem „kapitalistischen Westen“ nicht zurückzuzahlen. Castro sollte den Mut aufbringen (oder zeigen, daß er noch Herr im Hause, sprich Kuba, ist) und alle Warenlieferungen an die Sowjetunion stoppen. Die Sowjets investieren Millionen in die Insel Kuba. Dafür muß Castro seine Ernte den Sowjets überlassen, die auch noch die Preise bestimmen.

Nie ist ein lateinamerikanisches Volk erbärmlicher um die Früchte seiner Arbeit betrogen worden wie die Kubaner. Vergleichen mit den Nachbarn können sich die Kubaner nicht, weil sie nicht ins Ausland reisen dürfen. Wann befreit sich Castro vom „russischen Kapitalismus“?

*Mit freundlichem Gruß*
*A. Beckmann,*
*Hamburg 36*

### *Maß der Dinge*

**„Für Hochbegabte nur ein ‚Taschengeld‘“; WELT vom 7. August**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

seit Kanzler Brandts Proklamation des „Bildungs-Notstands“ und der „Chancen-Gleichheit“ mußten sich die Pädagogen landauf, landab mit Gymnasiasten-Schwemme, Teilungs-, Differenzierungs-, Ausfall-, Vertretungs- und weiteren üblen Stunden, besonders in den Beobachtungsstufen, abmühen. Der Idiot wurde zum einzigen Maßstab aller Dinge! Für Unterbelichtete wurden ungeheure Summen investiert.

Wie wär's denn, auch der Intelligenz einmal ein kleines Stück von der reich gedeckten Tafel der Bildungsförderung-Privilegien zu geben?

*Mit freundlichen Grüßen*
*G. Merz,*
*Hamburg 65*

### Wort des Tages

„Es gibt keine Geschichte der Menschheit. Es gibt lediglich viele Geschichten von Teilaspekten des menschlichen Lebens. Ein solcher Aspekt ist die Geschichte der politischen Macht. Man gibt sie fälschlich als Weltgeschichte aus.“

Karl Popper; österr. Philosoph (geb. 1902)

## Personalien

### GEBURTSTAG

Der Kölner Chirurg und Urologe Professor Dr. **Horst Bourmer**, feiert am Freitag seinen 65. Geburtstag. Bourmer ist seit 1972 Vorsitzender des Hartmann-Bundes, Präsident der Ärztekammer Nordrhein und Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Ärzteverbände. Nach dem Gründer und Namensgeber Dr. **Hermann Hartmann** ist Professor Bourmer der am längsten mit diesem Mandat beauftragte Vorsitzende des Hartmann-Bundes. Durch ihn ist der Hartmann-Bund nicht nur bei gesundheitspolitischen Themen ein gefragter und geachteter Gesprächspartner geworden, sondern nimmt auch im sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich wichtige Aufgaben wahr. Professor Bourmer, gebürtiger Koblenzer, ging nach dem Medizinstudium als Sanitätsoffizier zur Marine. Seine ersten Berufserfahrungen sammelte er als Marine-Arzt auf Vorpostenboten und bei der U-Boot-Flotte. In seiner über 20jährigen Tätigkeit als Chefarzt eines Krankenhauses erwarb er sich hohes fachliches und menschliches Ansehen. Auf seine Initiative gehen erstmals in der Geschichte der Deutschen Ärzteschaft jährlich stattfindende Fortbildungskongresse zur Krebsnachsorge in Zusammenarbeit mit Patienten und Ärzten zurück. Sein erstes berufspolitisches Mandat erhielt er 1951 als Landesvorsitzender des Marburger Bundes in Niedersachsen. Von 1973 bis 1978 war er Vizepräsident des Vorstandes der Bundesärztekammer. Wiederholt wurde er vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in den Bundesgesundheitsrat berufen, dem er bis heute angehört. Mit großem Engagement arbeitet Professor Bourmer im Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik der CDU und im Kuratorium der Deutschen Krebshilfe.

### AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde Dipl.-Volksw. **Walter Schlenkenbrock**, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Apotheker- und Ärztebank, ausgezeichnet. Schlenkenbrock hat durch sein nahezu 30jähriges Wirken das heutige Ansehen des Instituts im Heilberufssektor wie im Bankbereich wesentlich geprägt. Mit einem hohen Maß an persönlicher Initiative widmete er sich nicht nur den wirtschaftlichen Problemen der Heilberufe, sondern stellte sein starkes Engagement in sozialen und karitativen Belangen durch die Mitwirkung in zahlreichen Gremien spezieller Förderungs- und Unterstützungseinrichtungen immer wieder erneut unter Beweis.

*

Dr. **Bernd Petermann**, Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Köln, wurde anläßlich des Inkrafttretens der nordrhein-westfälischen Landesverfassung vor 35 Jahren von Ministerpräsident **Johannes Rau** in Düsseldorf das Bundesverdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Petermann gehörte von 1970 bis 1980 dem Landtag an. In dieser Zeit war er ordentliches Mitglied des Hauptausschusses und seit 1976 dessen stellvertretender Vorsitzender. Von 1973 bis 1980 war er Mitglied des Kulturausschusses und von 1970 bis 1975 im Justizausschuß.

*

Professor **Emil Leihner**, ehemaliger Lehrbeauftragter an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, ist mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Leihner hat sich besonders um die Entwicklung des deutschen Einzelhandels verdient gemacht.

*

Dem 89jährigen Pianisten und Komponisten Professor **Wilhelm Kempff** ist an seinem Wohnsitz im Ammerland am Starnberger See der Bayerische Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst überreicht worden. Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** hatte Kempff die Ehrung 1984 zuerkannt.

### KIRCHE

Deutschlands jüngster Generalvikar, Dr. **Eugen Kleindienst**, wurde von Augsburgs Bischof Dr. **Josef Stimpfle** zum Domkapitular ernannt. Zum Domdekan ernannte der Bischof den Dompfarrer Prälat **Georg Beis**. Er tritt damit die Nachfolge des in den Ruhestand getretenen apostolischen Protonotars und ehemaligen Generalvikars **Otto Weckbach** an.

### UNIVERSITÄT

Der Freiburger Professor Dr. **Dieter Friedrich** hat vom Senator für Wissenschaft und Forschung in Berlin einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet Ökonometrie und Statistik im Fachbereich 20 Informatik der Technischen Universität Berlin erhalten.

## Nach Art der Zünfte

hg – Es war fast abzusehen, daß aus der Schiedsstelle zur Bereinigung von Streitigkeiten über wettbewerbliches Fehlverhalten im Handel nichts werden konnte. Die Selbstbedienungswarenhäuser sträuben sich, im Zweifelsfall ihre Rabatte und ihre Kostenrechnung vor dieser Schiedsstelle offenlegen zu müssen. Das ist verständlich. Aber ist es sinnvoll?

Natürlich treffen die Bedenken des Bundesverbandes der Selbstbedienungswarenhäuser zu: Dies ist eine „Reglementierung" des Wettbewerbs, aber immerhin eine freiwillige, die nur den bindet, der gutwillig ist. Wissen denn diese Unternehmen, welche Art von „Reglementierung" ihnen jetzt blüht? Sie haben den Mittelstandspolitikern, die den Wettbewerb im Handel am liebsten nach Art der Zünfte gesetzlich regeln möchten, das Stichwort geliefert: Selbsthilfe-Bemühungen der Wirtschaft gescheitert. Die werden nun laut nach dem Gesetzgeber rufen.

Und dann werden eines Tages Beamte und Richter die Kalkulationen von Handelsunternehmen durchforsten, auch die von Selbstbedienungswarenhäusern. Kaum anzunehmen, daß sie das wollen: Preiswettbewerb muß Geheimsache des Unternehmers bleiben, sonst ist es kein Wettbewerb mehr.

Deshalb wollen die SB-Warenhäuser die Schiedsstelle nicht haben, zumal sie zu einem Zeitpunkt angekündigt wurde, als einem dieser Unternehmen massive Unterpreis-Verkäufe vorgeworfen wurden. Dafür haben sie vielleicht bald etwas viel Schlimmeres.

GESETZ ZUR BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG / Kompromiß vorgelegt

## CDU: Programm zur Qualifizierung mit einer Beitragssenkung koppeln

PETER JENTSCH, Bonn

In der Diskussion um die in der Koalition umstrittene Novellierung des Gesetzes zur Förderung der Beschäftigung hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Haimo George jetzt eine Lösung aufgezeigt, die zwischen den Fraktionen als konsensfähig erscheint. Der Vorschlag Georges läuft darauf hinaus, ordnungspolitischen Bedenken der FDP zu begegnen, und mit den Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit nicht nur „nackte Arbeitslosigkeit zu finanzieren".

Um das „arbeitsmarktpolitische Instrumentarium treffsicherer" zu machen, erarbeitet das Bundesarbeitsministerium auf der Basis eines Grundlagenpapiers zur Zeit einen Gesetzentwurf, den das Bundeskabinett in seiner Sitzung am 27. August als Regierungsentwurf verabschieden will. Der Entwurf sieht unter anderem vor, die in den Jahren 1984 und 1985 entstandenen Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit von rund vier Milliarden Mark unter anderem vornehmlich für die Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld auf zwei Jahre für ältere Arbeitnehmer sowie für die Finanzierung beruflicher Weiterbildung Arbeitsloser zu verwenden.

Nach Berechnungen des Blüm-Ressorts werden rund 200 000 Arbeitslose verlängertes Arbeitslosengeld beziehen können. Für den Haushalt der Bundesanstalt ergeben sich daraus Mehrausgaben in Höhe von rund 1,3 Milliarden Mark. Der Bundeshaushalt wird durch die Umschichtung um etwa 520 Millionen Mark entlastet. Für Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifizierung Arbeitsloser will Blüm rund 410 Millionen Mark aus den Mitteln der Bundesanstalt aufwenden.

Die FDP plädiert zwar auch für Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung, lehnt aber eine Finanzierung der Verlängerung der Arbeitslosengeldzahlungen aus den Mitteln der Bundesanstalt ab. Sie fordert statt dessen eine weitere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Diese waren zu Beginn dieses Jahres im Zuge der Beitragserhöhung zur Rentenversicherung von 4,4 auf 4,1 Prozent befristet bis 1986 gesenkt worden.

Gegenüber der WELT machte Haimo George deutlich, daß das Kabinett den Gesetzentwurf aus dem Hause Blüm wohl verabschieden werde, daß aber die FDP wie auch Unionsabgeordnete Vorbehaltserklärungen abgeben würden, um den Entwurf in einzelnen Punkten ändern zu können. Seine Kompromißlösung geht davon aus, nicht die „nackte Arbeitslosigkeit" zu finanzieren, sondern die Erwerbslosen „aus den Arbeitsämtern herauszuholen" und gleichzeitig durch eine Beitragssenkung auch der FDP entgegenzukommen.

Im einzelnen schlägt George vor, die Mittel für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen von den geplanten 410 Millionen auf eine Milliarde Mark aufzustocken. 500 bis 600 Millionen Mark sollen statt der im Blüm-Entwurf vorgesehenen 1,3 Milliarden für eine Staffelung des Arbeitslosengeldes (Verlängerung des Arbeitslosengeldes bei Langzeitarbeitslosigkeit) aufgewandt werden. Damit soll die Funktion der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld gestärkt werden. Schließlich soll der Beitrag der Erwerbstätigen zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozent auf vier Prozent gesenkt werden. Dadurch werden die Beitragszahler um rund 700 Millionen Mark entlastet.

George sieht in dieser Linie „einen Schritt hin auf die FDP" und damit eine Einigungsmöglichkeit. Die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Irmgard Adam-Schwaetzer, ist denn auch zuversichtlich: „Wir werden uns einigen."

Das Programm zur beruflichen Qualifizierung soll nach George dahingehend modifiziert werden, daß Betriebe selbst Arbeitslose umschulen oder fortbilden und nicht vornehmlich teurere Umschulungsinstitute. Die Arbeitgeber erhalten einen Zuschuß, der mindestens die vollen Lohnkosten deckt. Um Mitnahmeeffekte auszuschließen, sollen sie aber 70 bis 80 Prozent dieses Zuschusses zurückzahlen, wenn sie die Betroffenen nach der Umschulung nicht unbefristet übernehmen.

US-AKTIENMÄRKTE

## Bisher hat der August die Hoffnungen nicht erfüllt

H.-A. SIEBERT, Washington

Für die US-Aktienmärkte ist dies ein ungewöhnlicher August. Vor drei Jahren begann in der schwülen Sommerhitze die mächtige Hausse, die den populären Dow-Jones-Industrie-Index um 75 Prozent in die Höhe schießen ließ. Eine längere Schwächeperiode endete im August 1984. Jetzt sieht es so aus, als hätten die Anleger die Orientierung verloren. Über die Woche fiel der „Dow" um 32,26 (Freitag: 9,07) auf 1320,79, der umfassende Nyse-Index um 1,79 (0,34) auf 109,06 Punkte.

Ausgelöst worden ist der Rückmarsch auf breiter Front durch eine Fülle negativer Signale, wozu auch der Dollar gehörte, der am New Yorker Platz am Freitag um nahezu drei Pfennig auf 2,8050 Mark fiel, verglichen mit 2,8375 in Europa. Den Anstoß gab Henry Kaufman von Salomon Brothers, der steigende Zinsen zunächst abgeschrieben hat. Nach seiner Ansicht hält in den USA die flaue Konjunktur auch im dritten Quartal an, so daß „die Federal Reserve weiterhin einen großzügigen monetären Kurs bei ohnehin schon stark ausgeweiteter Geldmenge steuern muß".

Kaufman bestätigte nur, was der Verband der Einkäufer und ernstzunehmende Forschungsinstitute vorausgesagt haben. Aber seine Stimme findet Gehör. Wenn kein Wunder geschieht, ist damit die Prognose des Weißen Hauses, wonach sich Amerikas Wirtschaftswachstum im zweiten Halbjahr 1985 von ein auf real fünf Prozent (Jahresraten) beschleunigen soll, endgültig tot. In dieser Woche fällige neue Statistiken über Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze werden das vermutlich bestätigen. Auf dem Tisch liegen bereits die mageren Umsatzergebnisse der Warenhauskonzerne. Gleichzeitig sank der Autoabsatz in den USA um elf Prozent.

Verstärkt worden ist die Unsicherheit noch durch die gedrückte Stimmung an den Kreditmärkten. Die Treasury hat zwar in der vergangenen Woche alle Papiere über 21,75 Mrd. Dollar ohne große Mühe untergebracht. Aber nicht erfüllt haben sich die Erwartungen hinsichtlich ausländischer Käufe, wobei sich sogar die Japaner zurückhielten. Deutlich festzustellen ist eine Klima-Änderung, die auch der Dollar reflektiert. Große Sorgen bereiten vor diesem Hintergrund die nach oben revidierten US-Haushaltsdefizite.

Das Schatzamt versteigerte 6,76 Mrd. Dollar zehnjährige Notes für durchschnittlich 10,60 (Mai-Aktion: 11,30), 8,52 Mrd. Dollar dreijährige Notes für 9,53 (10) und 6,5 Mrd. Dollar 30jährige, Bonds für 10,66 (11,38) Prozent per annum. Im Freitag-Handel fielen alle Treasury-Papiere weiter zurück, weil viele Händler auf ihren ersteigerten Beständen sitzengeblieben sind. Alte Notierungen zogen an. Konjunkturschwäche und nun zögernde ausländische Investoren verheißen nichts Gutes.

## Schwerfällige Hilfe

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Als beispielhaft für eine moderne Entwicklungspolitik haben die EG-Regierungen das neue Lomé-Abkommen gerühmt, das dem Bundestag in der vergangenen Woche zur Ratifizierung vorgelegt worden ist. Gleichzeitig gibt es aber kritische Stimmen, die befürchten, daß die komplizierten Auswahlverfahren für die von der Gemeinschaft finanzierten Projekte den Hang zur Bürokratisierung der technischen und finanziellen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt weiter verstärken werden.

Die im Dezember unterzeichnete Konvention mit inzwischen 66 Staaten in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP-Staaten) versucht erstmals zu einer wirklichen Konzertierung der Entwicklungspolitik zwischen Gebern und Empfängern zu kommen. An die Stelle mehr oder weniger willkürlich festgelegter Schwerpunkte sollen künftig Projekte treten, die sich in die von den begünstigten Ländern selbstgewählten Entwicklungsprogramme einfügen und im Rahmen eines regelmäßigen Dialogs mit Vertretern der betroffenen Regierungen und der EG-Kommission gemeinsam festgelegt werden.

So sehr sich freilich die Väter des neuen Abkommens bemühen, die Effizienz der Entscheidungsverfahren zu verbessern (zum Beispiel durch verbindliche Fristen für Finanzierungsbeschlüsse oder für Ausschreibungen) so sehr ist die Gefahr gegeben, daß die Beschlüsse künftig erst recht verschleppt oder blockiert werden. Nicht jedes Entwicklungsland verfügt nämlich über geeignete interne Voraussetzungen für eine vernünftige Wirtschaftsplanung, nicht jede EG-Regierung läßt sich jederzeit von dem Wunsch leiten, dem begünstigten Land wirklich auf die wirksamste Art zu helfen.

Schon in der Vergangenheit hat es jedenfalls nicht allein Kritik an der mangelhaften Koordinierung der nationalen und europäischen Entwicklungshilfe gegeben, sondern auch an der Schwerfälligkeit der Kontroll- und Entscheidungsabläufe innerhalb der Gemeinschaft. So rügt der Europäische Rechnungshof regelmäßig Fehlplanungen und andere Schwachstellen „vor Ort und am Sitz der EG". Sein letzter Bericht moniert unter anderem, daß in mehr als der Hälfte der untersuchten Fälle zwischen Ausstellung einer Zahlungsanordnung in einem AKP-Staat und ihrer Ausführung in Brüssel mehr als 60 Tage vergangen waren.

In der Kommission leugnet niemand, daß mancherlei Fehler begangen wurden und vieles verbesserungswürdig ist. Keineswegs gelten lassen will man indes den Vorwurf, in Brüssel bestehe eine Art Wasserkopf, der die Arbeit der örtlichen Delegierten in den AKP-Staaten behindere statt unterstütze.

Kaum eine Mitgliedsregierung oder internationale Organisation, so heißt es, könne mit einem so günstigen Zahlenverhältnis zwischen Beamten im Außen- und Innendienst aufwarten wie die Kommission. Bisher habe sich auch kein AKP-Staat darüber beschwert, daß die Zusammenarbeit mit der EG-Zentrale nicht klappe.

Vieles von dem, was die Schwerfälligkeit der europäischen Entwicklungshilfe ausmacht, hat denn auch wohl vornehmlich darin seinen Grund, daß Entscheidungen in einer multinationalen Organisation notgedrungen zeitraubender und mühsamer sind als in einer nationalen Verwaltung. Griechenland oder Italien können in Brüssel zum Beispiel die Entscheidung eines Expertenausschusses jedesmal so lange hinauszögern, bis die Verhandlungsunterlagen auch in der eigenen Sprache vorliegen. Effizienter wäre die Arbeit, könnte man sich bei diesen Beratungen mit Englisch und Französisch behelfen. Die meisten Regierungen wollen davon jedoch nichts wissen.

Berücksichtigt man, daß sich die Zahl der AKP-Länder im Laufe der Zeit fast verdreifacht hat, kann der langsame Abfluß der Mittel des Entwicklungsfonds auch seine guten Gründe haben. Die Brüsseler Beamten jedenfall geben zu bedenken, daß sie schließlich mit Geld der europäischen Steuerzahler umgehen. Wer will da entscheiden, wo der Amtsschimmel wiehert und wo schneller gehandelt werden könnte? Das neue Lomé-Abkommen hat jedoch die Voraussetzungen für zügigere Entscheidungen wohl eher verschlechtert.

## AUF EIN WORT

„Unseren Sozialstaat werden wir uns dann nicht länger leisten können, wenn der Bürger unentwegt mit ständig steigenden Steuern und Abgaben belastet wird, so daß er – selbstverständlich, möchte man sagen – versucht, sich soviel wie möglich aus dem großen Tropf zurückzuholen."

Hans Graf von der Goltz, Aufsichtsratsvorsitzender der Altana AG, Bad Homburg. FOTO: DIE WELT

TARIFPARTNER

## „Dreiergespräch kein Palaver"

dpa, Bonn

Regierungssprecher Friedhelm Ost hofft auf positive Ergebnisse bei dem für den 5. September geplanten Gespräch von Bundeskanzler Helmut Kohl mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern in Bonn. In einem Interview mit Radio Bremen sagte Ost, das Dreiergespräch solle nicht ein Palaver nach Vorbild der Konzertierten Aktion werden, „sondern soll sehr konkret gemeinsame Probleme ansprechen und möglichst hier auch gemeinsame Lösungen anpeilen".

Arbeitgeberpräsident Otto Esser hat sich dagegen zurückhaltend zu den Erfolgsaussichten geäußert. Der „Berliner Morgenpost" sagte Esser: „Ich hoffe, niemand rechnet am Ende mit fixierten Vereinbarungen oder damit, daß nach dieser Runde alle Probleme gelöst sind." Es komme darauf an, daß solche Gespräche zur Normalität werden. Nach Auffassung der Arbeitgeberverbände sollten die Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit vorrangig für Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hält es für verfrüht, im Verhältnis der Bundesregierung zu den Gewerkschaften von einem „Ende der Eiszeit" zu sprechen. Voraussetzung für einen dauerhaften Dialog sei, daß die Pläne zur Novellierung des Betriebsverfassungs- und des Arbeitsförderungsgesetzes „in der Versenkung verschwinden", meinte der HBV-Vorsitzende Günter Volkmar in Düsseldorf.

DEUTSCHE MESSEN

## Trend zu mehr Spezialisierung

dpa/VWD, Hamburg

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit derzeit rund 100 internationalen Messen pro Jahr das größte Messezentrum der Welt. Führend unter den insgesamt 17 Messeplätzen in der Bundesrepublik sind Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln und München. Auf sie, so geht aus einer Untersuchung der Commerzbank hervor, entfallen mehr als 80 Prozent der internationalen Messen und fast drei Viertel der Hallenkapazitäten.

Das deutsche Messewesen habe sich der Spezialisierung in der Wirtschaft angepaßt: der Trend ging weg von Universal- und hin zu Fachmessen. Dies erkläre auch das in den letzten zehn Jahren beobachtete Ansteigen der Zahl der internationalen Messen in der Bundesrepublik von rund 50 auf etwa 100. Die Zahl der Aussteller sei von 1980 bis 1984 um rund 13 Prozent auf insgesamt 86 000 gestiegen, davon knapp 40 Prozent aus dem Ausland. Im gleichen Zeitraum habe sich die Besucherzahl um 4,9 Prozent auf gut sieben Millionen erhöht, wobei allerdings die Entwicklung durch den Zweijahresturnus einiger publikumswirksamer Messen deutliche Sprünge aufweise.

Nach Ansicht der Commerzbank verändert sich auch der Charakter der Messen. Die reine Ordermesse habe sich zu einer Informations- und Kommunikationveranstaltung entwickelt, was sich auch an der steigenden Nachfrage nach begleitenden Kongressen und Seminaren zeige.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Konzentrationsprozeß

**Bonn** (dpa/VWD) – Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) will im Herbst mit Vertretern des Einzelhandels die Frage erörtern, ob und wie die seit langem anhaltende Konzentrationsbewegung im Handel gestoppt werden kann. In einem Beitrag für die „Allgemeine Zeitung Mainz" sagte Bangemann, daß der Konzentrationsprozeß bisher noch nicht zu Marktstrukturen geführt habe, die den Wettbewerb beeinträchtigen. Wenn aber die Konzentration so weitergehe, könnte es eines Tages so weit sein, daß überhaupt nur noch wenige Einzelhandelsgruppen und -ketten überlebten, die es dann vergleichsweise leichter hätten, zu Lasten der Verbraucher ihre Preise abzusprechen. Bangemann betonte, neue Gesetze könnten nur der allerletzte Schritt sein.

### Argentinien-Kredite

**Washington** (Sbt.) – Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat dem von Buenos Aires vorgelegten wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramm zugestimmt. Argentinien kann damit auf den Bereitschaftskredit des Fonds über 1,2 Mrd. sowie auf die von den Privatbanken zugesagten 4,2 Mrd. Dollar zurückgreifen. Aus dem IWF darf das südamerikanische Land im August, September, November, Februar und Mai jeweils 243 Mill. Dollar ziehen. Die Zustimmung der „Weltnotenbank" ist politisch wichtig, weil Länder wie Peru damit drohen, eigene Schuldendienst-Bedingungen aufzustellen.

### Erste Fibor-Anleihe

**Frankfurt** (dpa/VWD) – Die DG-Bank Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt, hat als erstes deutsches Kreditinstitut eine D-Mark-Anleihe mit variablem Zinssatz angekündigt. Das Spitzeninstitut der Genossenschaftsbanken begibt heute eine sogenannte Fibor-Anleihe im Betrag von 300 Mill. DM. Die Verzinsung liegt für die gesamte Laufzeit von sieben Jahren um 0,10 Prozent unter Fibor und wird vierteljährlich angepaßt. Der Ausgabekurs beträgt 100 Prozent. Es ist vorgesehen, die Anleihe an der Frankfurter Wertpapierbörse zum Handel und zur amtlichen Notierung einzuführen. Die Mindeststückelung beträgt 100 000 DM.

### Verkauf voller Erfolg

**London** (fu.) – Der Verkauf des restlichen Regierungsanteils an der Erdöl-Explorations- und Produktionsgesellschaft Britoil ist ein voller Erfolg geworden. Zum Kauf standen rund 242,6 Mill. Britoil-Aktien zum Preis von 185 Pence je Aktie, wobei zunächst nur 100 Pence zu zahlen waren, während die zweite Tranche über 85 Pence Anfang November fällig wird. Ersten Angaben zufolge wurde das Britoil-Angebot vielfach überzeichnet. Dabei sollen vor allem Klein- und Erstaktionäre Anträge gestellt haben. Dies liegt ganz im Interesse der Regierung Thatcher, die den privaten Aktienbesitz in Großbritannien mit möglichst breiter Streuung fördern will.

### Chemiewerk gefährdet

**Köln** (dpa/VWD) – Die 450 Arbeitsplätze des petrochemischen Werks „Esso Chemie" in Köln-Niehl sind gefährdet: Geschäftsführer Erich Werner berichtete, die endgültige Entscheidung, ob das 1958/59 in Betrieb genommene und 1977 erweiterte Werk stillgelegt oder weitergeführt werde, sei noch nicht gefallen, aber in „absehbarer Zeit" zu erwarten. Er habe aber die Belegschaft informieren lassen, daß die „Situation ernst" sei. Nach Darstellung Werners besteht die Möglichkeit, daß die Äthylen-Produktion auf das konzerneigene Werk im schottischen Mossmoran verlagert werde.

### Reale Absatzeinbußen

**Wiesbaden** (dpa/VWD) – Der Einzelhandel in der Bundesrepublik hat seinen Umsatz im ersten Halbjahr um nominal 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesteigert. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate binnen Jahresfrist mußten die Händler jedoch Absatzeinbußen von einem Prozent hinnehmen. Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Allein im Juni, so die Statistiker, ging das Geschäft des deutschen Einzelhandels um 0,2 Prozent zurück, real betrug das Minus 1,8 Prozent. Dabei werde die Juni-Bilanz noch durch den glänzenden Verkauf von Autos und Zubehör „geschönt". Der Handel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen allein habe 18 Prozent mehr umgesetzt als im Juni 1984. Bei Einrichtungsgegenständen sei der Umsatz um sechs Prozent, bei Textilien, Schuhen, Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren um fünf Prozent gesunken.

### Londoner Kassapreise

| | 9.8.85 | 2.8.85 |
|---|---|---|
| Kupfer(£/t) | 1043,5 | 1084 |
| Blei(£/t) | 297 | 294,5 |
| Zink(£/t) | 541 | 535 |
| Zinn(£/t) | 9247,5 | 9175,5 |
| Gold($/Unze) | 321,75 | 320,75 |
| Silber(p/Unze) | 452,05 | 448,6 |
| Kakao[1](£/t) | 1739 | 1690,5 |
| Kaffee[2](£/t) | 1727,5 | 1714,5 |
| Zucker(£/t) | 120,5 | 125 |
| Kautschuk(p/kg) | 63 | 63,5 |
| Wolle(p/kg) | 435 | 428 |
| Baumwolle[3](cts/lb) | nn | 57,90 |

[1])Abladung Dezember; [2])Abladung November;
[3])A-Index-Preis Liverpool

VEREINIGTE STAATEN

## Auch Weißes Haus revidiert Haushaltsdefizite nach oben

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit schwerem fiskalpolitischen Gepäck ist Ronald Reagan gestern in die Sommerferien nach Kalifornien geflogen. Mit auf dem Weg gegeben hat ihm der amtierende Budgetdirektor Joseph Wright die Erkenntnis, daß das Haushaltsdefizit bis zum Finanzjahr 1988 nicht von 210 (1985) auf 100 Mrd. Dollar zu drücken ist. Denn wie es jetzt aussieht, wird die Einnahmenlücke nicht um 55, sondern nur um 37 Mrd. Dollar verkleinert. Über drei Jahre sind das statt 276 nur 203 Mrd. Dollar.

Das Weiße Haus hat schon selbst die Defizitprognosen nach oben korrigiert. So sollen die Fehlbeträge 1986 rund 185 und in den beiden folgenden Jahren 155 und 125 Mrd. Dollar ausmachen. Noch pessimistischer ist indes das Congressional Budget Office. Diese Zahlen lauten: 1986: 175; 1987: 163 und 1988: 143 Mrd. Dollar. Hinzu kommen die Defizite aus den außerordentlichen Etats.

Das Kongreßbüro setzte für die vierten Quartale 1984 und 1985 nur ein wirtschaftliches Realwachstum von 2,6 Prozent voraus. Kommt es Mitte 1986 zu einer Rezession, was nach dem bisherigen Zyklus normal wäre, übersteigt das US-Haushaltsdefizit 1986 wieder 200, 1988 erreicht es 272 Mrd. Dollar. Überdies liegen bereits die Ausgaben durch zusätzliche Farm- und andere Hilfen um 15 bis 19 Mrd. Dollar über dem beschlossenen Rahmen. Reagan kehrt am 2. September zurück. Dann wird er feststellen, daß seine angekündigte Offensive für Haushalts- und Steuerreform ins Leere läuft. Der Kongreß hat eigene Vorstellungen. Im Wahljahr 1986 sind tiefgreifende Korrekturen kaum möglich.

SOMMERSCHLUSSVERKAUF / Durchschnittliches Plus zwischen vier und fünf Prozent

## Zweck erfüllt: Läger sind geräumt

HANNA GIESKES, Bonn

Der Sommerschlußverkauf hat seinen Zweck erfüllt: Die Läger im Handel sind weitgehend geräumt. Diese frohe Kunde verbreiten übereinstimmend die Warenhaus-Unternehmen und der Facheinzelhandel. „Die Verbraucher haben die Chance erkannt, Qualitätsware zu Niedrigstpreisen zu kaufen", heißt es dazu bei der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Köln.

„Billiger Ramsch ist passé", betont der Sprecher des Kaufhof-Konzerns, die Kunden seien noch kritischer gewesen als in den Vorjahren. Angesichts voller Läger nach dem verregneten Saisonstart habe man viel hochwertige Markenware mit drastischen Preisnachlässen angeboten, „und die Rechnung ist aufgegangen".

Zufrieden ist man auch bei Hertie: „Wir haben kaum noch Ware am Lager", heißt es. Besondere „Renner" waren Sportbekleidung und Schuhe. Der Schlußverkauf habe sich damit als „sinnvolles Absatzinstrument für modisch auslaufende Ware bewährt".

Einen ähnlich erfreulichen Verlauf melden auch die Warenhaus-Unternehmen Karstadt und Horten. Besondere „Renner" habe es allerdings nicht gegeben, sondern gute Umsätze „querbeet". Das Angebot sei jedoch auch noch nie so preiswert gewesen wie diesmal, betonte die Horten-Sprecherin.

Das durchschnittliche Plus im Sommerschlußverkauf 1985 gegenüber derselben Veranstaltung im Vorjahr liegt nach Auskunft der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zwischen vier und fünf Prozent. „Zum Teil mußten beim Verbraucher Einkäufe durch sehr hohe Preisnachlässe motiviert werden", betont Hubertus Tessar, Sprecher der Hauptgemeinschaft.

Darunter hat allerdings, wie Textilhändler einräumen, „die Rendite ziemlich gelitten". Dies treffe vor allem auf den Handel mit Heimtextilien zu: Überdurchschnittlich gefüllte Läger drückten massiv auf die Preise. Mit Erfolg, wie es heißt, denn nach dem Einbruch im ersten Halbjahr seien auch hier die Umsätze wieder in Gang gekommen.

„Die Leute sind bereit zu kaufen, wenn Mode, Preise und Qualität stimmen", meint ein Textileinzelhändler. Allerdings stimmte in diesem Jahr zufällig auch einmal das Wetter: Es war nicht so heiß, daß die Kunden lieber ins Strandbad gingen als in die Geschäfte, aber die Lust an sommerlicher Garderobe ist auch nicht erfroren.

Teilweise erwachte allerdings schon die Lust auf die neue Herbst/Wintermode. Der Geschäftsführer eines feinen Bekleidungshauses in Düsseldorf berichtet, „daß wir den meisten Umsatz schon mit neuer Ware gemacht haben".

CHILE / Neue Chance für einen stabilen Kurs

# Gegen „Schuldnerstreik“

FLORIAN NEHM, Bonn

Zu den Ländern, die von Fidel Castros Aufruf zum „Schuldnerstreik" gewiß nichts wissen wollen, gehört Chile. Die jüngsten Vereinbarungen mit seinen internationalen Gläubigern geben dem Land am Pazifik eine neue Gelegenheit, seiner hoch verschuldeten und bedrängten Wirtschaft einen stabilen Kurs zu geben.

Die Banken sind bereit, 5,7 Mrd. Dollar, was etwa einem Viertel der chilenischen Auslandsschulden entspricht, zu stunden. Dazu erhält Chile knapp 1,1 Mrd. Dollar neue Mittel. Hernan Büchi, schon der achte Finanzminister seit Machtübernahme der Militärs vor zwölf Jahren, gilt als sparsamer Mann. Ihm ist eine gebändigte Inflation wichtiger als politische Zugeständnisse mit ökonomischen Nachwehen.

Auch Wirtschaftsminister Modesto Collados steht für „austeridad". Aber wird es ihnen gelingen, gedrosselte Staatsausgaben und bescheidene Lohnabschlüsse trotz der angeheizten innenpolitischen Lage ihres Landes durchzusetzen? Von ihrem Erfolg hängt ab, ob Chile die schon 1988 fällig werdenden 2,4 Mrd. Dollar pünktlich wird aufbringen können. Und nur ein Jahr später müssen wieder 2 Mrd. Dollar zurückgezahlt werden.

Für die Chilenen sind Appelle, den Gürtel „enger zu schnallen", nichts Neues. Denn die Wirtschaftspolitik von General Augusto Pinochet begann 1973 mit einer Roßkur zur Schrumpfung des öffentlichen Sektors und zur Senkung der Inflation. Es gelang den Militärs, den Anteil des Haushaltsdefizits am Bruttosozialprodukt in nur einem Jahr von 16 auf 7 Prozent zu senken, was der Bevölkerung große Opfer abverlangte.

Der Sparerfolg, den man vor allem den beim Monetaristen Milton Friedman in Chicago ausgebildeten Regierungstechnokraten zuschrieb, blieb nicht aus. Nach Jahren des Defizits konnte der chilenische Staat 1976 erstmals einen Überschuß verzeichnen und die Inflation auf unter 20 Prozent senken.

Für die Bevölkerung wurden durch den überwerteten Peso und leicht zugängliche Kredite mehr Konsumgüter erschwinglich als je zuvor. So verdreifachte sich beispielsweise die Zahl importierter Autos. Auch die internationalen Banken zeigten großes Vertrauen und vergaben bereitwillig Kredite. Das reichlich deponierte Geld der Ölländer und der Mangel an attraktiven Investitionsmöglichkeiten in den von Rezession gebeutelten Industrieländern lockerte die Vergabekriterien. Kein Wunder also, daß die durch keine nennenswerten Zölle geschützte Wirtschaft des südamerikanischen Landes in einen dramatischen Strudel der Konkurse geriet.

Um gegenzusteuern ohne die Zölle zu erhöhen, wurde der Peso Mitte 1982 stark abgewertet. Dies wiederum war das „Todesurteil" für Gläubiger, die ihre Verschuldung im Vertrauen auf ihren Präsidenten mit 39 Peso je Dollar kalkuliert hatten. So schrumpfte 1982 das Bruttosozialprodukt um 14,3 Prozent. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 15, die Minimalbeschäftigung auf 20 Prozent.

1981 mußte die öffentliche Hand wieder ausländisches Kapital zur Deckung ihres Haushaltsdefizits aufnehmen. Und heute stehen, gemessen an der Pro-Kopf-Verschuldung, die 12 Mill. Chilenen mit etwa 21 Mrd. staatlicher und privater Auslandsschulden an der Spitze der lateinamerikanischen Schuldner.

TOURISMUS / Der Spartrend der Franzosen setzt sich dieses Jahr fort

# Ausländer sorgen für gute Saison

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Zahl der Franzosen, die im Urlaub verreisen, nimmt weiter zu. Aber sie reisen weniger weit, weniger lange und weniger teuer. Dieser Spartrend hat sich angesichts der anhaltenden stagnierenden Realeinkommen fortgesetzt. Dagegen steigen die Gesamtausgaben der ausländischen Touristen, wenn auch wohl nicht so stark wie im letzten Jahr. Per saldo erwartet Tourismusminister Michel Crépeau eine „gute Saison".

Aus den einzelnen französischen Feriengebieten werden allerdings sehr unterschiedliche Zwischenergebnisse gemeldet. Am günstigsten begann die Sommersaison am Mittelmeer mit einem Übernachtungszuwachs von drei Prozent in der ersten und sechs Prozent in der zweiten Juni-Hälfte, der sich bei 5,5 Prozent im Juli – jeweils im Jahresvergleich – stabilisierte. Weil die Urlaubsreise immer kürzer wird, schätzt der Tourist die „Sonnengarantie" immer höher ein.

Unter dem Mangel daran leiden dieses Jahr vor allem die Bretagne und die Bergregionen, die auch von Ausländern gemieden werden. Das liege auch daran, daß dort insbesondere in der Hotelausstattung geringere Anstrengungen unternommen worden sind, als etwa in Österreich und der Schweiz, heißt es. In Chamonix beispielsweise, einst mit die berühmteste „Sommerfrische" der Alpen bezeichnet man das Juni-Geschäft als „katastrophal".

Allgemein ist der Tourist beweglicher geworden. Da bisher überall noch freie Zimmer zu bekommen waren, reservierte er – wenn überhaupt – erst wenige Tage vor seiner Abreise. Das gilt nicht zuletzt für die deutschen Frankreich-Urlauber. Sie haben in diesem Sommer noch stärker von ihrem eigenen Auto Gebrauch gemacht. Beim Deutschen Reisebüro (DER) beispielsweise stellt diese Touristengruppe inzwischen zwei Drittel des französischen Feriengeschäfts.

Von den Deutschen bevorzugt wird in diesem Jahr das Gebiet der Rhône-Mündung, stellt der Pariser DER-Chef Günter Weber fest. Auch stünde bei ihnen die etwas von den Engländern vernachlässigte Bretagne noch hoch im Kurs. Wer es sich leisten kann, reise aber nach wie vor an die Côte d'Azur. Immerhin sind die Deutschen dort aber inzwischen von den Amerikanern auf den zweiten Platz unter den ausländischen Gästen gedrängt worden. Insgesamt werden 2,5 Millionen Amerikaner in Frankreich erwartet oder 25 Prozent mehr als letztes Jahr. Tatsächlich hat in den letzten Jahren dank der Dollarhausse der Zustrom von US-Touristen gewaltig zugenommen. Der jüngste Kursrückgang scheint dieser Entwicklung noch keinen Abbruch getan zu haben.

Für deutsche Touristen hat sich Frankreich wegen der unterschiedlichen Inflationsraten bei stabiler Franc-DM-Relation etwas verteuert. Aber seine Preis-Qualitäts-Relation ist nach wie vor gegenüber anderen Ferienländern konkurrenzfähig, meint Weber. Immerhin hatte die Regierung die im Frühjahr verfügte Freigabe der Hotelpreise wieder rückgängig gemacht, nachdem es zu Erhöhungen um bis zu 30 Prozent gekommen war. Nur die Luxushotels dürfen weiter ihre Preise frei festsetzen.

So verspricht die französische Zahlungsbilanz für den Reiseverkehr auch in diesem Jahr einen hohen Überschuß zu erbringen, zumal weniger Franzosen ins Ausland gereist sind. Bereits im ersten Halbjahr erreichte der Überschuß 14,5 Mrd. Franc gegenüber 12 Mrd. F in der gleichen Vorjahreszeit.

OECD-LÄNDERBERICHT / Australien

# Günstige Perspektiven

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Australien kann auch für dieses Jahr mit einer stärkeren wirtschaftlichen Expansion rechnen als die meisten anderen westlichen Industriestaaten. Nachdem sich sein Bruttosozialprodukt 1984 um 6,1 Prozent erhöht hatte, erwartet die OECD plus 3,9 Prozent für 1985 und plus 4,1 Prozent für 1986. Demzufolge dürfte die Arbeitslosenquote von 8,2 auf 7,9 Prozent zurückgehen, während sich die Inflation von 6,2 auf 6,8 Prozent zu verstärken droht. Sie hatte Ende letzten Jahres erst 5,5 Prozent erreicht.

Seitdem aber zogen die Importpreise auf Grund des starken Währungsverfalls kräftig an. Der Kurs des US-Dollar stieg bis Juni von 1,14 auf 1,50 australische Dollar und gegenüber den wichtigsten Handelspartnern entwertete sich dieser um durchschnittlich 18 Prozent. Die nach wie vor starke Binnennachfrage dürfte deshalb zunehmend der nationalen Produktion zugute kommen, heißt es in dem Bericht.

Das Leistungsbilanzdefizit Australiens wird in diesem Jahr aber immer noch 4,7 Prozent des Sozialprodukts erreichen (für 1986 werden 4,1 Prozent erwartet). Denn die an sich durch die Abwertung begünstigten Exporte dürften wegen der schwachen Weltnachfrage nach Rohstoffen nicht wesentlich zunehmen. So könnte die Auslandsverschuldung Australiens von erst 18 Prozent des Sozialprodukts in 1983/84 auf 25 Prozent im nächsten Jahr anwachsen, zumal der Schuldendienst inzwischen ein Viertel der gesamten Exporterlöse verschlingt.

Noch für lange Zeit werde Australien ein bedeutender Nettokreditnehmer an den ausländischen Kapitalmärkten sein, um seine gewaltigen natürlichen Ressourcen (darunter Kohle, Uran) zu erschließen. Leider aber hätten die Auslandskredite der letzten Zeit diesen notwendigen Zwecken nicht gedient. Auch ist die öffentliche Verschuldung im Inland stark gestiegen. Der Anleihebedarf des staatlichen Sektors erreicht 6,5 Prozent des Sozialprodukts.

Die OECD empfiehlt der australischen Regierung vor allem den Abbau des Budgetdefizits durch die Komprimierung der öffentlichen Ausgaben. Außerdem müsse der starke Lohnanstieg bekämpft werden. Nur unter dieser Bedingung könne Australien sein starkes Wirtschaftswachstum auch mittelfristig fortsetzen.

# UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Henkel-Kauf in Indien

**Düsseldorf** (J. G.) – Die Henkel KGaA, Düsseldorf, hat von der US-Firma Diamond Shamrock Chemicals Co., deren 40prozentigen Anteil an der Diamond Shamrock (India) Ltd. gekauft. Die in „Henkel Chemicals (India)" umbenannte Firma (400 Beschäftigte, 50 Mill. DM Umsatz), die vor allem organische Spezialchemikalien für Textil- und Lederindustrie sowie Ionenaustausch-Harze produziert, erhält durch Kooperationsabkommen Henkels Know-how zur Spezialproduktefertigung für industrielle Anwendungen.

## Umschlag wird eingestellt

**Hamburg** (dpa/VWD) – Die Hamburger Getreide-Lagerhaus AG (HGL) will ihre Siloanlage im Hamburger Hafen, die eine Kapazität von 80 000 Tonnen hat, zum 31. Dezember 1985 an den Hauptgesellschafter, die Getreideheber-Gesellschaft mbH, Hamburg, übertragen und die eigene Umschlagstätigkeit einstellen. Die HGL, die 1984 einen Bilanzverlust von 1,1 Mill. DM hatte und erstmals keine Dividende zahlte, soll dann nur noch als Holding die Verwaltung ihrer Beteiligung an der Neuhof-Hafengesellschaft bmH wahrnehmen. Ende September soll eine außerordentliche HV der HGL stattfinden.

## Auf Wachstumskurs

**München** (sz.) – Obwohl es in letzter Zeit in gewissen Teilbereichen der Mikrocomputer-und Elektronikindustrie zu Wachstumseinbrüchen gekommen ist, rechnet die Markt & Technik Verlag AG, Haar, auch für die Zukunft mit einer überdurchschnittlichen Entwicklung im Informationsgeschäft. Im ersten Halbjahr 1985 verzeichnete das Unternehmen, dessen Aktien seit Mitte 1984 an der Börse gehandelt werden, im Vergleich zur Vorjahreszeit in der AG ein Umsatzplus von 31,5 Prozent auf 39,7 Mill. DM. Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich auf 4,0 (1,4) Mill. DM. Mit einer ähnlich günstigen Entwicklung rechnet der Vorstand für das zweite Halbjahr.

## Feldmühle investiert

**Bielefeld** (hdt.) – Von dem 650-Mill.-DM-Investitionsprogramm der Feldmühle AG, Düsseldorf, stehen bereits 300 Mill. DM für das laufende Jahr zur Verfügung. Ein Großteil davon fließt dem Werk Bielefeld-Hillegossen zu, wo neben Erweiterungen und Rationalisierungen der Papierausrüstung u. a. eine Papiermaschine mit einer Jahreskapazität von 100 00 Tonnen Durchschreibepapier installiert wird. Anlaß dazu ist der steigende westeuropäische Bedarf für Formulare im Rahmen der Büroorganisation. Der Gesamtumsatz wuchs hier 1984 um 12 Prozent auf mehr als 400 000 Tonnen und läßt ein weiteres Plus erwarten. Das Bielefelder Feldmühle-Werk beschäftigt derzeit mehr als 650 Mitarbeiter.

RENTENMARKT / Optimistische Stimmung

# Diskontsenkung erwartet

Der deutsche Rentenmarkt befand sich während der vergangenen Woche in einer optimistischen Stimmung. Je näher der Termin einer möglichen Diskont- und Lombardsenkung durch Bundesbankbeschlüsse – die nächste Sitzung findet am 15. August statt – rückte, desto zuversichtlicher wurde die Haltung des Marktes. Die Renditen gaben in allen Laufzeitbereichen nach. Am „kurzen Ende" herrschte Materialmangel, da kaum noch Bereitschaft bestand, vor einer Leitzinssenkung Papiere zu verkaufen. Die Durchschnittsrendite sank auf 6,44 Prozent und damit erstmals seit sieben Jahren unter 6,50 Prozent. (DW.)

| Emissionen | 9.8. 85 | 2.8. 85 | 28.12. 84 | 30.12. 83 | 30.12. 82 |
|---|---|---|---|---|---|
| Anleihen von Bund, Bahn und Post | 6,03 | 6,17 | 6,58 | 7,88 | 7,45 |
| Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände | 6,33 | 6,34 | 6,72 | 7,72 | 7,04 |
| Schuldverschreibungen von Sonderinstituten | 6,08 | 6,20 | 6,56 | 7,83 | 7,61 |
| Schuldverschreibungen der Industrie | 6,69 | 6,66 | 6,94 | 8,29 | 8,24 |
| Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften | 6,16 | 6,24 | 6,65 | 7,90 | 7,65 |
| Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit | 5,82 | 5,93 | 6,34 | 7,64 | 7,43 |
| Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit | 6,78 | 6,83 | 7,14 | 8,30 | 7,94 |
| Inländische Emittenten insgesamt | 6,16 | 6,24 | 6,64 | 7,89 | 7,63 |
| DM-Auslandsanleihen | 6,92 | 6,96 | 7,20 | 8,08 | 8,45 |

# NAMEN

**Herbert Schmuck**, seit 1964 Mitglied des Vorstandes der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG (DG Hyp), Hamburg/Berlin, begeht am 15. August seinen 60. Geburtstag.

Prof. Dr. **Bruno Werdelmann**, bis 1984 Forschungschef und seitdem Mitglied des Gesellschafterausschusses der Henkel KGaA, Düsseldorf, feiert am 14. August seinen 65. Geburtstag.

**Konrad Müller**, Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse, München, vollendet am 15. August sein 65. Lebensjahr. Am 31. August wird **Müller** in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger wurde **Gerhard Dittler**, der seit elf Jahren der LBS-Geschäftsleitung angehört, bestellt.

**Friedrich Wilhelm Krose**, persönlich haftender Gesellschafter der Bremer Assekuranzfirma Gebr. Krose, Bremen, wird am 15. August 60 Jahre alt.

Am 8. August 1985 verstarb im 81. Lebensjahr in seiner zweiten Heimat Köln

Rechtsanwalt

Dr. Heinrich Vigano

Ehrenpräsident der Bundesrechtsanwaltskammer
Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Die deutsche Rechtsanwaltschaft trauert um ihren großen alten Mann. Fünfzig Jahre hat er in Berlin und Köln erfolgreich als Anwalt gewirkt. Seine Persönlichkeit war geprägt von einer umfassenden humanistischen Bildung und tiefer Religiosität. Er war ein glänzender Jurist und Rhetor, voll Charme und Esprit, unermüdlich und unerschrocken in der Durchsetzung der ihm anvertrauten Interessen, stets ritterlich im Kampf. Seine hervorragenden Fähigkeiten und Talente hat er in überreichem Maße in zahlreichen Ehrenämtern dem Berufsstand und dem Gemeinwohl gewidmet, insbesondere 22 Jahre als Präsident der Rechtsanwaltskammer Köln und als Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer von 1974 bis 1983. Sein besonderes Bemühen galt der Einführung von Fachgebietsbezeichnungen und einer weltweiten Betätigung der deutschen Rechtsanwälte. Sein Name wird als der eines unnachgiebigen Verfechters der anwaltlichen Unabhängigkeit und der beruflichen Selbstverwaltung in der deutschen Rechtsanwaltschaft fortleben.

Bonn, den 10. August 1985

Das Präsidium der Bundesrechtsanwaltskammer
Dr. Klaus Schmalz











DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger
Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 810, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

ZANKER

## Gericht untersagt weitere Demontage

dpa, Reutlingen

Das Arbeitsgericht Reutlingen hat der Geschäftsleitung des zum schwedischen Electrolux-Konzern gehörenden Tübinger Waschgeräteunternehmens Zanker GmbH untersagt, weitere Teile der Waschvollautomatenfertigung demontieren zu lassen. Für den Fall einer Zuwiderhandlung ordnete das Gericht ein Bußgeld bis zu 500 000 DM an. Mit diesem Beschluß folgte die Kammer weitgehend einem Antrag des Zanker-Betriebsrats auf einstweilige Verfügung.

Der Beschluß gilt so lange, bis zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsführung von Zanker ein förmlicher Interessenausgleich über die vorgesehene Kündigung von 105 Arbeitnehmern und über die weitere Produktion ausgehandelt ist oder bis das Scheitern eines Einigungsversuchs festgestellt ist.

Der schwedische Electrolux-Konzern hatte Zanker Anfang 1985 zusammen mit dem italienischen Hausgerätehersteller Industrie Zanussi SpA (Pordenone) übernommen. Er will zwar den Produktionsstandort Tübingen erhalten, kündigte aber bereits im April 1985 „Personalstraffungen" an. Die Produktion von Waschvollautomaten soll von Zanker-Tübingen zu Zanussi nach Pordenone verlagert werden. Nach dem geplanten Abbau der Belegschaft soll Zanker in Tübingen noch 348 Mitarbeiter beschäftigen. 1984 erzielte Zanker einen Umsatz von 126 Mill. DM.

DEUTSCHE SOLVAY / Kostensenkung wirkt jetzt voll

## Aufwärts im Chemiegeschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Ebenso stattlich wie die Brüsseler Mutter Solvay & Cie. S. A., die ihren Gruppenumsatz aus weltweitem Chemiegeschäft mit 43 500 Mitarbeitern um 12,9 (11,7) Prozent auf 224 Mrd. bfr (11,1 Mrd. DM) erhöhte, hat die deutsche Solvay-Werke GmbH, Solingen, 1984 mit 2671 (2750) Beschäftigten ihren Umsatz um 12,8 (16,5) Prozent auf 888 Mill. DM gesteigert. Ähnlich wie die Mutter, die aus 4,9 (3,4) Mrd. bfr Gewinn die Bruttodividende auf den bisherigen Spitzensatz von 360 (313) bfrs brachte, besserte die deutsche Tochter ihren Jahresüberschuß auf 2,4 (5,6) Mill. DM und kehrte ihn mit 13 (3) Prozent Dividende komplett an die Mutter aus.

In 1985, so heißt es in Solingen, wachse der Umsatz bislang weiter, beflügelt auch durch den im harten Winter guten Absatz von Auftausalz. Das biete, zumal nun die mehrjährigen Maßnahmen zur Kostensenkung erstmals voll wirken, die Aussicht auf weitere Gewinnbesserung. Die hat der Solvay-Konzern bei seinem auch hierzulande dominierenden (von Salz und Soda ausgehenden) Grundchemikaliengeschäft in seinen Deutschland-Aktivitäten nötig.

Denn nebst Töchtern und Beteiligungen (darunter vor allem 70 Prozent Anteil an der Kali-Chemie AG) repräsentiert die Solinger Firma einen deutschen Solvay-Gruppenumsatz von nun 3,19 (2,97) Mrd. DM mit 11 963 (12 007) Beschäftigten. In Relation dazu ist die GmbH-Dividende für die Brüsseler Mutter noch mager.

Ihre 1984er Gewinnbesserung führt die Deutsche Solvay GmbH auf höhere Absatzmengen und bessere Preise zurück. Hervorgehoben wird dabei unter anderem, daß sich, zumal dank größerer Exporte, das PVC-Geschäft (bei diesem Massenkunststoff ist Solvay größter deutscher Produzent) in Menge und Preis erholte. In der Petrochemie-Sparte habe sich auch der Polyethylen-Absatz gebessert, wenngleich man da noch immer mit „Überangebot" konfrontiert sei und „bestimmte Einsatzgebiete" wegen der „völlig unzureichenden" Erlöse nicht mehr bediene.

Ihre in den letzten Jahren auf Energiesparen konzentrierten Sachinvestitionen hat die GmbH 1984 auf 16 (66,7) Mill. bei 65,1 (58,8) Mill. DM Abschreibungen gedrosselt. Fortschritt zu den nach jeweiligem Technikstand günstigsten Produktionskosten für Grundchemikalien („die Märkte wachsen da kaum noch") nennt auch die Mutter in ihrem 1984er Geschäftsbericht als eines der beiden Hauptziele der künftigen Konzernstrategie.

Das andere Hauptziel: Ausbau des Angebots durch Spezialprodukte (zumal bei Kunststoffen) und durch weiteren Vormarsch in Sektoren wie Human-/Tiermedizin bis hin zur Positionsstärkung in den Biotechnologien. Was von solchen Plänen auf die Deutschlandaktivitäten des Konzerns abfärben wird, ist dem Geschäftsbericht der Deutschen Solvay GmbH noch nicht zu entnehmen.

GERLING SPEZIALE KREDIT / Konsequente Kontrolle

## Wachsende Nachfrage

HARALD POSNY, Düsseldorf

„In der Kreditversicherung weist vor allem das Ausfuhrgeschäft anhaltend hohe Zuwachsraten auf." Mit diesem Hinweis erklärt die Gerling-Konzern Speziale Kreditversicherungs-AG (GKS), Köln, ihre Erwartungen in ein zufriedenstellendes Geschäftsergebnis im laufenden Jahr. Auch in der Warenkreditversicherung, dem Bereich mit dem größten Prämienanteil (reichlich 50 Prozent) sei eine verstärkte Nachfrage zu verzeichnen, während das Geschäft in Bürgschaften und Garantien wegen der kritischen Situation im Baubereich stagniere. Resümee der Gesellschaft: „Wir sehen eine weiterhin steigende Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen."

In den ersten 5 Monaten des Jahres 1985 sind in der Bundesrepublik 5500 Unternehmen insolvent geworden, 11 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr werden 17 000 Konkurse erwartet, womit ein neuer Rekord erreicht wäre. Für den Gerling-Spezialversicherer bedeutet das, daß eine weitere Verbesserung des Schadenverlaufs nicht erwartet werden kann. Steigenden Prämieneinnahmen stehe ein höherer Schadenaufwand, insbesondere im Inland, gegenüber.

Im Geschäftsjahr 1984 war es Gerling bereits gelungen, die Bruttoschadenquote von 84,5 auf 64,5 Prozent der auf 206 (183) Mill. DM gestiegenen Bruttoprämie (Selbstbehalt 31 nach 36 Prozent) zu senken. Dieses positive Ergebnis schlägt sich nach erheblichen Prämienanpassungen und einer von Jahr zu Jahr konsequenteren Risikoprüfung erstmals wieder im Ausweis eines versicherungstechnischen Gewinns von 8,5 Mill. DM (nach 0,4 Mill. DM Verlust) nieder.

Zuvor waren 11,7 (4,9) Mill. DM der Schwankungsrückstellung zugeführt worden. Zusammen mit dem Ergebnis aus dem allgemeinen Geschäft wurde ein Jahresüberschuß von 1,6 (0,7) Mill. DM erzielt. Die Dividende wurde von 12 auf 18 Prozent aufgestockt. Dank eines besonders lebhaften Neugeschäfts und angesichts notwendiger Prämienanpassungen im Bestand wuchsen die Prämien im Warenkreditgeschäft um 13,3 Prozent auf 112 Mill. DM. Hier ging sogar die Schadenquote von 78,8 auf 50,8 Prozent zurück.

Der weiter außerordentlich lebhafte Export führte zu einem Anstieg der Prämieneinnahmen um 20,3 Prozent auf 64 Mill. DM, wobei der Zuwachs im wesentlichen aus der Absicherung von Lieferungen in die wichtigsten Industrieländer resultiert. Trotz erhöhter Insolvenzquote in vielen Ländern konnte auch hier die Schadenquote von 87,2 auf 70,2 Prozent der Bruttoprämie aber gesenkt werden. Neben der Prämiensteigerung machte sich ein Rückgang der Großschäden positiv bemerkbar. Der Verwaltungsaufwand stieg wesentlich geringer als die Bruttobeiträge, so daß der Bruttokostensatz von 30,2 auf 28 Prozent reduziert werden konnte.

GOLDBECKBAU

## Roboter-Einsatz wird getestet

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die Rezession in der Bauwirtschaft hat längst auch Zulieferer und Spezialunternehmen erfaßt. Vor diesem Hintergrund ist das Plus von 4 Prozent, mit dem die Goldbeckbau GmbH, Bielefeld, ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) auf knapp über 50 Mill. DM erhöhen konnte, durchaus bemerkenswert. Das mittelständische Unternehmen stellt Stahlbauelemente her und montiert sie zu Produktions- und Lagerhallen. Auf diesen Bereich entfallen rund 70 Prozent des Umsatzes, weitere 30 Prozent steuert der Geschoßbau und 10 Prozent die Transport- und Lagertechnik bei.

Als weitere Diversifikation wird jetzt ein Selbstbau-Hallensystem auf den Markt gebracht, das vor allem für die Landwirtschaft und für kleinere Unternehmen von Interesse sein sollte, da es sich hierbei um kurzfristig abschreibbare Investitionen handelt. Außerdem laufen derzeit Versuche mit dem Einsatz von Robotern in der Stahlbaufertigung. Eine entsprechende Pilotanlage wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert.

Ortwin Goldbeck, geschäftsführender Gesellschafter, bezeichnet die verbesserte Rendite insgesamt als nicht zufriedenstellend, doch habe das Unternehmen in der Bilanz stets schwarze Zahlen aufgewiesen. Für das laufende Jahr wird mit einem Umsatzplus von sieben bis acht Prozent gerechnet.

DOORNKAAT

## Den Umsatz nicht gehalten

dpa/VWD, Norden

Die Doornkaat AG, Norden, verzeichnete 1984 einen Umsatzrückgang auf 189,7 Mill. DM nach 196,4 Mill. DM 1983. Nach Angaben im Geschäftsbericht betrug der Jahresüberschuß des Getränke- und Spirituosenunternehmens knapp 541 000 (540 000) DM. Bei den alkoholhaltigen Getränken konnte Doornkaat den Vorjahresabsatz nicht erreichen. Im Handelswaren- und Importsortiment stieg der Absatz um rund elf Prozent. Der Spirituosenexport ging vor allem aufgrund von Absatzproblemen im europäischen Raum um 5,1 Prozent zurück.

Der Absatz der Importweine der Tochterfirma Horstkotte GmbH, Bremen, wuchs um 19 Prozent. Französische Weine stellten mit 69 Prozent den größten Anteil, während italienische, österreichische und spanische Weine bei 19, sieben und fünf Prozent lagen. Die alkoholfreien Getränke hatten einen Absatzrückgang von 6,8 Prozent. Der gesamte Getränkeausstoß in diesem Bereich lag 1984 bei 777 000 (832 000) Hektolitern. Im Teehandelsgeschäft sowie im Versandwarenhandel ergab sich ein Umsatzplus von 5,8 Prozent.

Das Unternehmen zahlt auf die Vorzugsaktien eine unveränderte Dividende von sechs Prozent. Die Vorzugsaktien machen 9 Mill. DM des Grundkapitals von unverändert 21 Mill. DM aus. Dieses liegt zu über 75 Prozent in den Händen der Familie ten Doornkaat Koolman.

# BÜCHER DER WIRTSCHAFT

**M. Eppenstein-Bankhage: Das Computerbuch für Schüler und Lehrer. Heyne Verlag, München 1985, 234 S., 12,80 Mark.**

Seit die Bund-Länder-Kommission für Bildungsfragen Ende 1984 ein Rahmenkonzept für die „informationstechnische Bildung" vorgelegt hat, bahnt sich eine umwälzende Entwicklung des bundesdeutschen Schulwesens an. Nach dem Willen der Kultusminister sollen sich in Zukunft alle Schüler während ihrer Pflichtschulzeit mit Computern als einer der wesentlichen Verkörperungen der neuen Informationstechniken auseinandersetzen. Das Buch für Schüler und Lehrer enthält Informatik-Lehrpläne, schildert Computer-unterstützten Unterricht und gibt Auskunft über praktische Computer-Anwendungen.

**Neue Juristische Wochenschrift. C. H. Beck Verlag, München**

Ob Student, Wissenschaftler oder Praktiker, die Neue Juristische Wochenschrift kennt jeder Jurist. Kurz NJW genannt, hat sie als juristische Fachzeitschrift eine bemerkenswerte Wegmarke überschritten: Weit über 50 000 Exemplare verschickt der Münchener C. H. Beck Verlag allwöchentlich an seine Abonnenten. Mann der ersten Stunde, konzeptioneller Vater, Schriftleiter und Herausgeber ist der Rechtsanwalt Alfred Flemming, der 28 Jahre die NJW mitgestaltete. Seine Idee resultierte aus einer zutreffenden Markteinschätzung. Zwar existierten 1946 schon eine Reihe juristischer Fachblätter, doch hatten diese Zeitschriften zum Teil nur regionale Bedeutung, zum Teil erfüllten sie nicht die Anforderung der anwaltschaftlichen Praxis. Es bestand ein Bedürfnis nach einer überregionalen juristischen Zeitschrift allgemeinen Zuschnitts mit starker Ausrichtung auf die Praxis der Anwaltschaft. Im Oktober 1947 kam in einer Auflage von knapp 12 000 die erste NJW-Ausgabe auf den Markt. Der Erfolg zeigte sich schon zu Beginn: „Die Hefte wurden uns aus den Händen gerissen", erinnert sich Flemming. In der Anfangsphase erschien die NJW, auch wegen Papiermangels, nicht wöchentlich. Zeitweise war die Bezeichnung „Wochenschrift" gerichtlich untersagt. Statt dessen ließ Flemming drei Sternchen auf das Titelblatt drucken, bis 1953 die NJW ihrem Namen entsprechend wöchentlich herausgegeben wurde. Der Erfolg spiegelt sich in der kontinuierlichen Auflagensteigerung der NJW: 1954 waren es schon über 20 000, 1964 über 30 000 und 1977 über 40 000 Abonnenten. Als Flemming 1974 in den Ruhestand trat, konnte er eine erfolgreiche und vielbeachtete Fachzeitschrift übergeben. Ebenso wie die Zahl der Abonnenten nahm auch der Umfang der NJW jährlich zu. Umfaßte der NJW-Jahrgang 1961 noch 2376 Seiten, so schloß der Jahresband 1984 mit insgesamt 2968 Seiten ab.

**A. Söllner/H. J. Reinert: Personalvertretungsrecht. Nomos Verlag, Baden-Baden 1985, 251 S., 29 Mark.**

Das Lehrbuch enthält eine systematische Darstellung des Personalvertretungsrechts im Bund und in den Ländern. Die Autoren verfolgen dabei das Ziel, die Stellung des Personalvertretungsrechts im Gefüge der gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen zu verdeutlichen und dem Leser eine Hilfe für die Anwendung der personalvertretungsrechtlichen Vorschriften an die Hand zu geben.

## Michelin mit 1984 zufrieden

os, Bonn

Die Michelin Reifenwerke KGaA, Karlsruhe, blickt zufrieden auf das Geschäftsjahr 1984 zurück. Der Umsatz konnte um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 2,05 Mrd. DM gesteigert werden, teilte die Geschäftsleitung in Karlsruhe mit. Unter dem Strich weist das Unternehmen einen Jahresüberschuß von 27,2 Mill. DM aus. Da sich Rohstoffe erheblich verteuerten, wurde die Ertragsentwicklung nachhaltig belastet. Der weiter zurückgehende Zinsaufwand konnte die steigenden Rohstoffkosten nur teilweiseauffangen.

Michelin Deutschland erzielte dieses Ergebnis trotz eines wochenlangen Streiks in der Automobilindustrie. Die Basis für das erfreuliche Geschäftsjahr bildete die neue Pkw-Reifengeneration sowohl in der Erstausstattung als auch im Ersatzgeschäft. Der gute Umsatz dieser Modelle konnte den weiterhin rückgängigen Pkw-Reifenexport ausgleichen. Ende 1984 beschäftigte Michelin 9385 Mitarbeiter und baute somit sein Personal gegenüber dem Vorjahr geringfügig ab. Das Investitionsvolumen betrug 68 Mill. DM. Im laufenden Geschäftsjahr verzeichnet Michelin eine weiterhin positive Entwicklung.

# Wochenschlußkurse

## New York

| | 9.8. | 2.8. |
|---|---|---|
| Adv. Micro Dev. | 28,75 | 30,5 |
| Aetna Life | 46,375 | 47,25 |
| Alcan Aluminium | 27,125 | 28,125 |
| Alcoa | 34,125 | 35,625 |
| Allied Chemical | 45,25 | 45,125 |
| ANR Corp. | 49,5 | 50 |
| Amax | 15,625 | 15,75 |
| Am. Cyanamid | 54,5 | 53,875 |
| Am. Express | 43,375 | 44,5 |
| Am. Motors | 3,25 | 3,125 |
| Am. Tel. & Telegr. | 21,125 | 21,25 |
| Amoco Corp. | 63,25 | 62,25 |
| Asarco | 21,75 | 22,5 |
| Atlantic Richfield | 58,75 | 58,375 |
| Avon Products | 21,5 | 22,875 |
| Bally | 17,375 | 17,5 |
| Bk. of America | 15,875 | 17 |
| Bethlehem Steel | 17,5 | 18,125 |
| Black & Decker | 19,125 | 19,5 |
| Boeing | 49,875 | 49,75 |
| Brunswick | 37 | 37,625 |
| Burroughs | 62,125 | 64,875 |
| Caterpillar | 35,875 | 37,25 |
| Celanese | 121,75 | 124,5 |
| Chase Manhattan | 55,5 | 57 |
| Chrysler | 36,5 | 36,25 |
| Citicorp | 46,625 | 47,5 |
| City Investing | 28,5 | 28,75 |
| Clorox | 38,375 | 36,625 |
| Coca-Cola | 71,375 | 72,75 |
| Colgate | 27,125 | 28 |
| Commodore | 10,875 | 11,5 |
| Comwlh. Edison | 29,625 | 29,75 |
| Comm. Satellite | 33,125 | 36,375 |
| Control Data | 26 | 27,25 |
| CPC Int. | 43,125 | 42,125 |
| Curtiss Wright | 36,5 | 36,625 |
| Deere | 29,375 | 29,875 |
| Delta Airlines | 49,375 | 50,375 |
| Digital Equipm. | 102,5 | 103,125 |
| Dow Chemical | 35,625 | 36,25 |
| Du Pont | 58 | 59,875 |
| Eastern Gas-Fuel | 22,875 | 23 |
| Eastman Kodak | 44,25 | 45,5 |
| Exxon | 51,25 | 51,875 |
| Firestone | 20,25 | 20,625 |
| Fluor | 17,125 | 17,875 |
| Ford | 44,25 | 44,375 |
| Foster Wheeler | 13,625 | 13,625 |
| Fruehauf | 15,125 | 26,25 |
| GAF Corp. | 29,875 | 32 |
| General Dynamics | 76,25 | 75,75 |
| General Electric | 61,625 | 64,125 |
| General Foods | 75,75 | 77,5 |
| General Motors | 68,875 | 71,375 |
| Gen. T. & E. | 39,625 | 40,75 |
| Goodrich | 30,5 | 32,5 |
| Goodyeartire | 28 | 29,25 |
| Grace | 43,625 | 42,75 |
| Halliburton | 28,125 | 29,5 |
| Heinz | 53,875 | 53,25 |
| Hewlett Packard | 36,375 | 38,5 |
| Homestake | 27,125 | 26,75 |
| Honeywell | 64,375 | 65,375 |
| IBM | 127,5 | 131,75 |
| Int. Tel. & Tel. | 32,75 | 33,375 |
| Int. Harvester | 9,375 | 9,875 |
| Int. Paper | 49 | 51,125 |
| Int. North. Inc. | 40,625 | 40,75 |
| Jim Walter | 35 | 35,75 |
| Litton Industries | 76,5 | 78,875 |
| Lockheed Corp. | 52 | 53,5 |
| Loew's Corp. | 49,625 | 50,25 |
| Lone Star | 27 | 26 |
| Louisiana Land | 32,625 | 32,75 |
| LTV Corp. | 8,625 | 8,75 |
| Mc Dermott | 26,5 | 26,625 |
| Mc Donnel Doug. | 78,375 | 80,875 |
| Merck & Co | 111,75 | 112,25 |
| Merrill Lynch | 31,75 | 33,25 |
| Mesa Petroleum | 14,125 | 14 |
| MGM (Film) | 24,75 | 18 |
| Minnesota M. | 79,625 | 79,875 |
| Mobil Oil | 29,5 | 29,375 |
| Monsanto | 51,5 | 53,5 |
| Morgan J.P. | 47,75 | 49 |
| Nat. Semiconductor | 13,875 | 14,875 |
| National Steel | 29,75 | 29,25 |
| NCR | 32,875 | 34,25 |
| Newmont | 44,125 | 43,5 |
| PanAm World | 8,25 | 7 |
| Pfizer | 48,75 | 49,25 |
| Phibro | 41,25 | 43,625 |
| Philip Morris | 84 | 84,75 |
| Philips Petroleum | 12,125 | – |
| Pittston | 12,125 | 12,375 |
| Polaroid | 31,5 | 32,625 |
| Prime Computer | 19,25 | 20 |
| Procter & Gamble | 57,375 | 57,875 |
| RCA | 42,75 | 44,25 |
| Revlon | 41,875 | 43 |
| Reynolds Ind. | 28,25 | 29 |
| Rockwell Int. | 40,75 | 41,625 |
| Rorer Group | 34 | 35,875 |
| Schlumberger | 37,125 | 37,875 |
| Sears, Roebuck | 35,25 | 34,375 |
| Shell Oil | – | – |
| Singer | 36 | 36,625 |
| Sperry Corp. | 49,625 | 50,75 |
| Stand. Oil Calif. | 36,875 | 37,125 |
| Storage Techn. | 2,375 | 2,375 |
| Tandy | 33 | 31,875 |
| Teledyne | 251,875 | 252,75 |
| Telex Corp. | 40,625 | 42,125 |
| Tesoro | 9,75 | 10 |
| Texaco | 35,875 | 35,625 |
| Texas Instrum. | 99 | 103 |
| Tosco | 4 | 3,75 |
| Trans World Corp. | 38,875 | 37,375 |
| Transamerica | 28,5 | 29,625 |
| Travelers | 43,875 | 45 |
| UAL | 56,375 | 58 |
| Ucal Corp. | 15 | 16 |
| Union Carbide | 50,75 | 52 |
| Union Oil of Calif. | 29,375 | 29,625 |
| US Gypsum | 38,375 | 38,875 |
| US Steel | 30 | 31,125 |
| United Technologies | 42 | 42 |
| Walt Disney | 89,125 | 90,375 |
| Warner Comm. | 38 | 50,75 |
| Westinghouse El. | 34 | 35,875 |
| Weyerhaeuser | 28 | 29,25 |
| Whittaker | 24,375 | 25,125 |
| Woolworth | 44,25 | 45,375 |
| Xerox | 52,375 | 53,625 |
| Zenith Radio | 19,5 | 20,625 |
| Dow Jones Index | 1320,79 | 1353,05 |
| Stand. & Poors | 188,32 | 191,48 |

## Toronto

| | 9.8. | 2.8. |
|---|---|---|
| Abitibi-Price | 20,625 | – |
| Alcan Alu. | 36,75 | 38 |
| Bk. of Montreal | 30,125 | 30 |
| Bk. of Nova Scotia | 13,625 | 13,625 |
| Bell Cda Enterprises | 42,75 | 43 |
| Bluesky Oil | 3,5 | 3,5 |
| Bow Valley Ind. | 14,875 | 15,125 |
| Brenda Mines | 9 | – |
| Brunswick M & Sm. | 15,25 | 15,125 |
| Cdn. Imperial Bk. | 36 | 36,125 |
| Cdn. Pacif. Enterpr. | 27,25 | 27,875 |
| Cdn. Pacific Ltd. | 18,75 | 19,375 |
| Cominco | 13,75 | 14,125 |
| Cosaka Res. | 2,9 | 2,9 |
| Denison Mines | 14,375 | 14 |
| Dome Petroleum | 2,8 | 2,82 |
| Dofasco | 20,25 | 20 |
| Falconbridge Ltd. | 21 | 21,375 |
| Great Lakes Forest | 20,75 | 21,125 |
| Gulf Canada | 20 | 19 |
| Gulfstream Res. | 1,15 | 1,15 |
| Hiram Walker Res. | 32,5 | 31,875 |
| Hudson Bay Mng. Sp. | 7,25 | 7,5 |
| Husky Oil | 9,5 | 9,375 |
| Imperial Oil -A- | 48,875 | 49,125 |
| Inco | 70 | 70 |
| Inter City Gas Ltd. | 16,375 | 16,125 |
| Interprov. Pipeline | 43 | 42,75 |
| Kerr Addison | 16,5 | 16,5 |
| Lac Minerals | 32 | 33,5 |
| Massey Ferguson | 3,25 | 3,35 |
| Moore Corp. | 25,625 | 27,5 |
| Noranda Mines | 16,75 | 16,5 |
| Norcen Energy Res. | 15,125 | 13,25 |
| Northgate Expl. | 5,5 | 5,625 |
| Northern Telecom. | 51,125 | 51,75 |
| Nova An Alberta 'A' | 6,5 | 6,625 |
| Nu West Group | 0,42 | 0,42 |
| Oakwood Petrol | 7,5 | 7,25 |
| Provigo Inc. | 24,875 | 24,75 |
| Ranger Oil | 4,9 | 4,5 |
| Revenue Properties | 1,81 | 1,8 |
| Rio Algom | 23,75 | 22,875 |
| Royal Bk. of Can. | 30,75 | 31,25 |
| Seagram | 56,25 | 57,25 |
| Shell Canada | 25,125 | 25,375 |
| Sherritt Gordon | 6,75 | 7,75 |
| Stelco -A- | 22,375 | 22,75 |
| TransCdn. PipeLines | 25,75 | 26,125 |
| Westcoast Transm. | 17,75 | 18,375 |
| Index: TSE 300 | 2778,40 | 2798,20 |

## Tokio

| | 9.8. | 3.8. |
|---|---|---|
| Alps. | 1390 | 1380 |
| Bank of Tokyo | 800 | 848 |
| Banyu Pharma | 704 | 720 |
| Bridgestone Tire | 540 | 541 |
| Canon | 970 | 949 |
| Daikin Kogyo | 585 | 615 |
| Daiwa House | 770 | 748 |
| Daiwa Sec. | 910 | 956 |
| Eisai | 1310 | 1400 |
| Fuji Bank | 1570 | 1600 |
| Fuji Photo | 1950 | 1900 |
| Fuji Radio | 1840 | 1700 |
| Hitachi | 718 | 725 |
| Honda | 1360 | 1400 |
| Ikegai Iron | 355 | 360 |
| Isetan | 667 | 673 |
| Ito Yokado | 2750 | 2780 |
| Japan Air | 7610 | 7600 |
| Japan Met. | 358 | 357 |
| Japan Syn. Rubber | 344 | 345 |
| Kajima | 432 | 415 |
| Kansai Elec.P. | 1740 | 1790 |
| Kao Soap | 848 | 871 |
| Kawasaki H | 198 | 194 |
| Kawasaki S | 150 | 155 |
| Kirin Brewery | 675 | 710 |
| Komatsu | 498 | 510 |
| Kubota Iron | 344 | 348 |
| Kyocera | 3840 | 3830 |
| Makita El. | 955 | 945 |
| Marui | 1320 | 1350 |
| Matsushita El. Ind. | 1290 | 1290 |
| Matsushita El. Wks. | 820 | 810 |
| Mitsubishi CP | 608 | 630 |
| Mitsubishi El. | 362 | 365 |
| Mitsubishi Estate | 885 | 855 |
| Mitsubishi Heavy I. | 319 | 329 |
| Mitsui Co. Ltd | 420 | 443 |
| Mitsukoshi | 618 | 607 |
| Mitsumi El. | 775 | 747 |
| Nichicon | – | 720 |
| Nihon Cement | 320 | 330 |
| Nikko Sec. | 783 | 811 |
| Nippon El. | 955 | 940 |
| Nippon Kokan | 147 | 150 |
| Nippon Oil | 845 | 857 |
| Nippon St. | 167 | 173 |
| Nippon Yusen | 299 | 310 |
| Nissan Motor | 619 | 622 |
| Nomura Sec. | 1200 | 1210 |
| Olympus | 1010 | 1020 |
| Penta-Ocean | 404 | 409 |
| Pioneer | 1850 | 1800 |
| Renown | 765 | 784 |
| Ricoh | 880 | 850 |
| Sankyo | 1130 | 1170 |
| Seiyu Stores | 742 | 749 |
| Sekisui Pref. | 789 | 751 |
| Sharp | 801 | 800 |
| Shiseido | 1060 | 1120 |
| Sony | 3750 | 3640 |
| Sumitomo Bank | 1820 | 1880 |
| Taisei Corp. | 327 | 318 |
| Taisho Marine | 546 | 565 |
| Takeda Chem. | 795 | 825 |
| Teijin | 466 | 480 |
| Tokyo Elec. | 910 | 900 |
| Tokyo Gas | 214 | 219 |
| Tokio Marine | 858 | 870 |
| Tokyo El. Power | 1980 | 2050 |
| Toray Ind. | 499 | 513 |
| Toshiba Elec. | 354 | 352 |
| Toto | 755 | 770 |
| Toyo Kogyo | 425 | 417 |
| Toyota Motor | 1160 | 1160 |
| Yamaichi | 833 | 821 |
| Yamanouchi | 3150 | 3150 |
| Yamaha | 661 | 658 |
| Yamazaki | 775 | 815 |
| Index | 1001,20 | 1013,86 |

# BUNDESLIGA / 1. Spieltag, zwei ungewohnte Spitzenreiter, München gleich gestoppt

● Warnung oder Hoffnung? 216 113 Zuschauer sahen die ersten neun Spiele der Saison 1985/86. Das ist der schlechteste Premieren-Besuch seit 1973, als nur 207 000 Besucher kamen. Aber: Der Schnitt pro Spiel (24 012) liegt deutlich über dem der gesamten letzten Saison (18 961).

● Zurück zur Defensive? 19 Tore in neun Spielen – nur vor genau 20 Jahren gab es weniger Treffer zum Saison-Auftakt (18). In Köln kam es schon zur Kollegenschelte. Hannes Löhr warf Dietrich Weise vor, er würde mit seiner Frankfurter Mannschaft eine destrukive Spielweise betreiben.

● Noch mehr Härte? Ein Platzverweis und 25 gelbe Karten sind trauriger Rekord. Bereits drei Spieler sind so stark verletzt, daß sie mindestens zehn Wochen lang ausfallen: Möhlmann und Hermann von Werder Bremen, Bernd Förster wurde gestern am Knie operiert (alles Bänderrisse).

## ERGEBNISSE

| | | |
|---|---|---|
| Uerdingen – München | 1:0 | (1:0) |
| Stuttgart – M'gladbach | 0:0 | : |
| Hamburg – K'lautern | 4:1 | (1:1) |
| Hannover – Leverkusen | 1:1 | (1:0) |
| Saarbrücken – Dortmund | 1:1 | (1:1) |
| Köln – Frankfurt | 1:1 | (0:0) |
| Nürnberg – Bochum | 0:1 | (0:0) |
| Düsseldorf – Mannheim | 4:1 | (2:1) |
| Schalke – Bremen | 0:1 | (0:1) |

## DIE SPIELE

**Uerdingen – München 1:0 (1:0)**

**Uerdingen:** Vollack – Herget – Wöhrlin, Brinkmann – Feilzer (75. Dämgen), W. Funkel, Klinger, F. Funkel, Buttgereit – Bommer, Gudmundsson (70. Edvaldsson). – **München:** Pfaff – Augenthaler – Pflügler, Eder – Dremmler, Winklhofer (46. Wohlfahrt), Matthäus, Lerby, Nachtweih (75. Rummenigge) – Hoeneß, Kögl. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tor:** Winklhofer (33., Eigentor). – **Zuschauer:** 26 000. – **Gelbe Karten:** Herget, Lerby.

**Schalke – Bremen 0:1 (0:1)**

**Schalke:** Junghans – Dietz – Kleppinger, Roth (73. Marquardt) – Kruse (46. Schipper), Hartmann, Thon, Dierßen – Regenbogen, Schatzschneider, Täuber. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Okudera, Kutzop, Schaaf – Möhlmann (4. Hermann/59. Wolter), Sidka, Votava, Neubarth – Völler, Meier. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tor:** Völler (32.). – **Zuschauer:** 31 000. – **Gelbe Karten:** Thon (2), Neubarth (2).

**Düsseldorf – Mannheim 4:1 (2:1)**

**Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bunte, Fach – Bockenfeld, Del'Haye, Keim, Dusend (86. Demandt), Weikl – Thiele, Holmquist. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Kohler, Tsionanis – Scholz, Quaisser, Schön (54. Remark), Dickgießer, Klotz – Bührer (60. Schlindwein), Walter. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Klotz (4.), 1:1 Holmquist (28.), 2:1 Keim (42.), 3:1 Thiele (60.), 4:1 Thiele (87.). – **Zuschauer:** 11 000. – **Gelbe Karten:** Dusend, Del'Haye, Quaisser, Sebert.

**Nürnberg – Bochum 0:1 (0:0)**

**Nürnberg:** Heider – Lieberwirth – Reuter, Grahammer – Neun, Geyer, Güttler, Dorfner, Wagner (46. Klaus) – Philipkowski (66. Stenzel), Eckstein. – **Bochum:** Croonen (25. Drescher) – Tenhagen – Kree, Knüwe – Wielert (48. Oswald), Woelk, Lameck, Schulz, Kempe – Fischer, Kuntz (26. Drescher). – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tor:** Kree (83.). – **Zuschauer:** 26 500. – **Gelbe Karten:** Wagner, Güttler, Grahammer, Kempe, Tenhagen. – **Rote Karte:** Croonen.

**Köln – Frankfurt 1:1 (0:0)**

**Köln:** Schumacher – van de Korput – Prestin, Steiner – Geilenkirchen (58. Lehnhoff), Hönerbach, Bein, Pisanti, Engels – Littbarski, Allofs. – **Frankfurt:** Gundelach – Theiss – Körbel, Kraaz – Sievers, Sarocca, Berthold, Svensson, Kwiencien – Krämer, Müller. – **Schiedsrichter:** Matheis (Rodalben). – **Tore:** 1:0 Allofs (64., Foulelfmeter), 1:1 Theiss (73., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karten:** Steiner, Sievers.

**Hamburg – K'lautern 4:1 (1:1)**

**Hamburg:** Stein – Jakobs – Schröder, Wehmeyer – Kaltz, Rolff, Lux (76. Bressem), Kroth (60. von Heesen), Magath – Wuttke, Gründel. – **K'lautern:** Ehrmann – Bold – Wolf, Majewski – Melzer, Geye (71. Trunk), Moser, Brehme, Schupp (67. Kitzmann) – Eilenfeldt, Allofs. – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 0:1 Brehme (24.), 1:1 Jakobs (30.), 2:1 Kaltz (48., Handelfmeter), 3:1 Magath (68.), 4:1 Wuttke (88.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Wuttke, Majewski, Brehme.

**Saarbrücken – Dortmund 1:1 (1:1)**

**Saarbrücken:** Hallmann – Schlegel – Schnier (46. Kruszynski), Müller – Berge, Muntubila, Blättel, Jambo, Jusufi – Seel, Hönnscheidt. – **Dortmund:** Immel – Zorc – Storck, Kutowski – Hupe, Loose, Schüler, Bittcher, Anderbrügge – Simmes (46. Raducanu), Hrubesch. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Hönnscheidt (29.), 1:1 Kutowski (33.). – **Zuschauer:** 27 000. – **Gelbe Karte:** Storck.

**Hannover – Leverkusen 1:1 (1:0)**

**Hannover:** Raps – Hellberg – Surmann, Thomas – Baier, Giesel, Heidenreich, Gue, Thiele (70. Gerber) – Reich, Schaub. – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Schlegel, Reinhardt – Götz, Röber, Patzke (72. Schreier), Geschlecht, Bast – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Thomas (43.), 1:1 Hörster (53.). – **Zuschauer:** 29 613. – **Gelbe Karten:** Thiele, Hörster.

**Stuttgart – M'gladbach 0:0**

**Stuttgart:** Roleder – B. Förster (46. Zietsch) – Schäfer, K.-H. Förster, Nushöhr – Allgöwer, Müller, Buchwald, Sigurvinsson – Reichert (69. Claesen), Klinsmann. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Hannes, Frontzeck – Herlovsen, Rahn, Borowka, Hochstätter (75. Drehsen) – Mill, Lienen. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Zuschauer:** 31 000. – **Gelbe Karten:** Müller, Mill, Herlovsen, Hannes.



## VORSCHAU

| | |
|---|---|
| **Freitag, 16. 8., 20.00 Uhr** | |
| Mannheim – Uerdingen | (2:1) |
| Dortmund – Hamburg | (1:2) |
| Bremen – Hannover | (–:–) |
| **Samstag, 17. 8., 15.30 Uhr:** | |
| München – Stuttgart | (3:2) |
| Leverkusen – Saarbrücken | (–:–) |
| K'lautern – Köln | (6:0) |
| Frankfurt – Nürnberg | (–:–) |
| Bochum – Düsseldorf | (1:0) |
| M'gladbach – Schalke | (3:1) |

In Klammern die Ergebnisse des Vorjahres.

### Kniefall nach dem Torschuß

Günter Thiele, der einzige, der am ersten Spieltag zwei Treffer erzielte, fällt auf die Knie, Hasse Holmquist steht zum gemeinsamen Jubel bereit. Ein seltenes Bild für Fortuna Düsseldorf. Trainer Dieter Brei hatte immer wieder gesagt: „Nur nicht wieder um den Klassenerhalt zittern." Jetzt kommen seine Spieler zum ersten Mal in den Genuß der Höchstprämie, die nach neuer Regelung vom Tabellenplatz abhängig ist. Für den überraschenden 4:1-Sieg über Mannheim und die Tabellenführung erhält jeder immerhin 4400 Mark. FOTO: MÜLLER

# Nach „Jahrhunderttor" ins eigene Netz ging Winklhofer Bier trinken und konnte trotzdem nicht schlafen

BERND WEBER, Uerdingen

Eigentlich muß man dem Helmut Winklhofer dankbar sein. Ohne ihn hätte das mit soviel Spannung erwartete Schlagerspiel zum Auftakt der 23. Bundesliga-Saison zwischen Pokalsieger Bayer Uerdingen und Meister Bayern München wohl kaum über den Tag hinaus für Gesprächsstoff gesorgt. Den aber lieferte der für 600 000 Mark von Bayer Leverkusen zurückgekaufte Münchner Verteidiger mit einem ungewöhnlichen Fehlschuß: Bei dem vehementen Versuch, den Ball vor dem anstürmenden Lars Gudmundsson aus der Gefahrenzone zu befördern, hatte Winklhofer offensichtlich Orientierungsschwierigkeiten. Aus gut 30 Metern Entfernung schoß er den Ball über den etwa sechs Meter vor der Linie postierten und völlig überraschten Münchner Torwart Jean-Marie Pfaff ins eigene Netz.

Das war in der 32. Minute und besiegelte bereits die 0:1-Niederlage der Gäste, es war auch der einzig echte Höhepunkt in einem Spiel, das seinen Glanz ansonsten nur aus dem äußeren Rahmen bezog. Eine mit 26 000 Zuschauern ausverkaufte Krefelder Grotenburg-Kampfbahn hatte es seit 1979 (damals gegen Borussia Mönchengladbach) nicht mehr gegeben. So viel Prominenz auf der Ehrentribüne, wo Nationalmannschafts-Teamchef Franz Beckenbauer neben Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau Platz genommen hatte, gab es noch nie zu sehen.

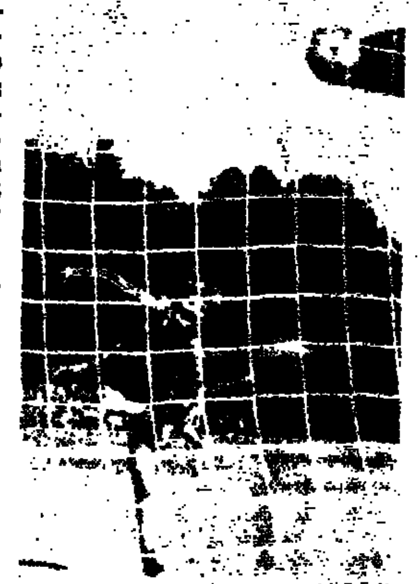
Doch zurück zu Winklhofer. Der flüchtete sich später und nachdem er in den ersten Stunden nach dem Spiel vor lauter Schreck überhaupt kein Wort herausgebracht hatte, in Ironie. „Zumindest ich habe die Zuschauer extrem unterhalten", sagte er, „denn ganz bestimmt habe ich eines der ungewöhnlichsten Eigentore der bisherigen Bundesliga-Geschichte geschossen." Der kecke Spruch läßt freilich nur vordergründig den Schluß zu, daß der Verteidiger sein Fehlverhalten verarbeitet hat, daß seine Psyche schon wieder intakt ist. „Ich habe überhaupt keine Erklärung für das, was da auf dem Platz abgelaufen ist", gestand Winklhofer gestern in einem Gespräch mit der WELT. Und: „Ich bin immer noch total niedergeschlagen."

Nach der Rückkehr in München sei er mit seiner Frau sofort in die nächste Gaststätte gegangen, weil ihm zu Hause wohl sonst die Decke auf den Kopf gefallen wäre. Aber: „Die zwei, drei Bier, die ich zur Beruhigung meiner Nerven heruntergekippt habe, hatten überhaupt keine Langzeitwirkung. So grauenvoll, so wirklich grauenvoll wie Samstag nacht habe ich noch nie geschlafen."

Dabei mag sicherlich mitgespielt haben, daß der Bayern-Profi sich sehr wohl darüber im klaren ist, wo der Unterschied zu seinem alten Verein Bayer Leverkusen liegt. In München ist die Leistungsanforderung ungleich größer, dort wird der Trennungsstrich zwischen Top und Flop wesentlich schneller gezogen. Und es wäre nicht das erstemal, daß ein Neuling in diesem Umfeld gleich an seinem ersten Versagen zerbricht. Ein Blick zurück in die Vergangenheit kann da durchaus lehrreich sein. Vor Jahren, noch zu den Zeiten von Franz Beckenbauer, verpflichtete Bayern den damals hochgelobten Dieter Danzberg vom MSV Duisburg. Der flog gleich bei seiner Bundesliga-Premiere für die Münchner vom Platz, hat danach nie mehr wieder für sie gespielt und den Klub resigniert verlassen.

Doch solche Parallelen will Manager Uli Hoeneß auf keinen Fall gelten lassen. Bayern München sei ein Verein, meinte er, der bereit sei, einen leistungswilligen Spieler sozusagen Tag und Nacht vor Kritik zu schützen. Hoeneß: „Helmut Winklhofer ist ein Mann, an dessen profihafter Einstellung es nicht das geringste auszusetzen gibt. Auch wenn ihn Trainer Udo Lattek in der Halbzeit ausgewechselt hat, ich gehe mit hundertprozentiger Sicherheit davon aus, daß er Stammspieler bleibt." Es verstehe sich auch von selbst, daß niemand aus der Mannschaft dem Unglücksschützen ernsthaft einen Vorwurf gemacht habe. Hoeneß: „Daß ihn einige Mitspieler angemacht haben, er habe wahrscheinlich das Tor des Jahres geschossen, daß Lattek in der Pressekonferenz geflachst hat, er habe seinen momentanen Torschützenkönig vom Platz geholt, weil er ihn für das nächste Spiel schonen wolle – damit muß Winklhofer fertig werden. Und das schafft er auch."

Bleibt die Frage, wie die Münchner insgesamt mit ihrem Fehlstart fertig werden. In Uerdingen unterstrichen sie durch ihren Auftritt lediglich, daß es den von vielen prophezeiten, von Lattek und Hoeneß aber immer wieder energisch in Abrede gestellten Durchmarsch vielleicht tatsächlich nicht geben könnte. „Wir haben verdient verloren", gab Nationalspieler Lothar Matthäus zu. „Wir haben vor allem in der zweiten Halbzeit, als es darauf ankam, überhaupt keinen Druck gemacht", pflichtete Kapitän Klaus Augenthaler bei. Und selbst Lattek, der sich gewöhnlich schwer tut, Siege des Gegners als gerechtfertigt anzuerkennen, suchte keine Ausreden: Um das eine Tor sei Uerdingen eben besser gewesen. Kollege Karl-Heinz Feldkamp brachte schließlich noch diese Erklärung für den lahmen Ablauf der 90 Minuten unters Volk: „Der gegenseitige Respekt voreinander hat beide Seiten vor Ehrfurcht erstarren lassen." Ohne Winklhofers „Jahrhundertor" (Hoeneß) hätte wahrscheinlich schon heute niemand mehr über das vermeintliche Schlagerspiel gesprochen.



So schön trifft Kollege Winkelhofer: Jean-Marie Pfaff. FOTO: SCHIRNER

# Neulinge ohne Sieg

DW. Bonn

Eines wiederholt sich in dieser Saison nicht: Bayern München, in der letzten Spielzeit vom Start bis ins Ziel an der Tabellenspitze, wurde besiegt. Gemeinsam vorne stehen zwei Klubs, bei denen eine derartige Plazierung schon etwas zurückliegt. Der Hamburger SV war am 5. November 1983 zum letzten Mal Tabellenführer, Fortuna Düsseldorf am 23. August 1980. Keiner der drei Aufsteiger gewann sein Heimspiel. Die Kommentare ihrer Trainer: Werner Biskup (Hannover): „Fehlende Cleverneß, mangelnde Reife. Einige Spieler mußten über ihre Grenzen gehen." Heinz Höher (Nürnberg): „Mit so einer Leistung steigen wir gleich wieder ab." Und Uwe Klimaschefski fand für seine Saarbrücker gleich eine neue Definition: „Wir sind eben keine Bundesliga-Mannschaft, sondern eine Zweitliga-Mannschaft, die aufgestiegen ist."

**DIE TABELLE**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1.Hamburg | 1 | 1 | 0 | 0 | 4:1 | 2:0 |
| 1.Düsseldorf | 1 | 1 | 0 | 0 | 4:1 | 2:0 |
| 3.Bremen | 1 | 1 | 0 | 0 | 1:0 | 2:0 |
| 3.Bochum | 1 | 1 | 0 | 0 | 1:0 | 2:0 |
| 3.Uerdingen | 1 | 1 | 0 | 0 | 1:0 | 2:0 |
| 6.Köln | 1 | 0 | 1 | 0 | 1:1 | 1:1 |
| 6.Dortmund | 1 | 0 | 1 | 0 | 1:1 | 1:1 |
| 6.Frankfurt | 1 | 0 | 1 | 0 | 1:1 | 1:1 |
| 6.Leverkusen | 1 | 0 | 1 | 0 | 1:1 | 1:1 |
| 6.Saarbrücken | 1 | 0 | 1 | 0 | 1:1 | 1:1 |
| 6.Hannover | 1 | 0 | 1 | 0 | 1:1 | 1:1 |
| 12.Stuttgart | 1 | 0 | 1 | 0 | 0:0 | 1:1 |
| 12.M'gladbach | 1 | 0 | 1 | 0 | 0:0 | 1:1 |
| 14.München | 1 | 0 | 0 | 1 | 0:1 | 0:2 |
| 14.Schalke | 1 | 0 | 0 | 1 | 0:1 | 0:2 |
| 14.Nürnberg | 1 | 0 | 0 | 1 | 0:1 | 0:2 |
| 17.K'lautern | 1 | 0 | 0 | 1 | 1:4 | 0:2 |
| 17.Mannheim | 1 | 0 | 0 | 1 | 1:4 | 0:2 |

# Försters Leid nach langem Kampf

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

An der Mittellinie war Bernd Förster gestürzt. Kurz vor der Halbzeit beim Gerangel mit dem Gladbacher Ewald Lienen. Kein Foul, nichts Brutales, ein ganz normaler Zweikampf. Aber wenn ein Förster mal am Boden liegen bleibt, dann müsse schon was Größeres passiert sein, sagen die Zuschauer.

So war es auch. Gestern morgen wurde ins linke Knie des Nationalspielers Bernd Förster (29) eine Sonde eingeführt. Bei dieser Artoskopie wurden dann die gerissenen Kreuzbänder zusammengeflickt. Ein halbes Jahr Pause, mindestens. Ein harter Schlag. Dabei hatte Bernd Förster geglaubt, er habe nun wirklich das Schlimmste hinter sich. Etliche Verletzungen in der letzten Runde, nach 33 Einsätzen für Deutschland die Ausmusterung durch Franz Beckenbauer aus dem Kreis der Nationalelf, die Reduzierung seines Gehaltes von rund 400 000 Mark im Jahr um mehr als die Hälfte, die Demütigung, um den neuen Vertrag fast betteln zu müssen und sich dann zu fühlen wie der alte Gaul, der sein Gnadenbrot frißt. Zweite Wahl. Und trotzdem hat er es geschafft, pünktlich zum Anpfiff der neuen Saison wieder in der Stuttgarter Mannschaft zu stehen.

Bedenklich klingt, „daß der Bernd physisch nicht hundertprozentig fit war" (Baric). Warum wurde er dann auf den Platz geschickt? War das nur der Ehrgeiz des Spielers? Darüber darf jetzt lange nachgedacht werden.

Keine Zeit aber bleibt den Schwaben bei der Suche nach ihrem nächsten Abwehrchef. Hans-Peter Makan (25), Libero Nummer eins, doktert mit Leistenbeschwerden herum. Rainer Zietsch (20), einst als Libero der Zukunft gepriesen, muß sich nach langer Verletzungspause erst wieder die eigene Form und das Vertrauen der Kollegen erarbeiten. Gegen Gladbach wurde Zietsch im zweiten Spielabschnitt nicht ernsthaft geprüft, weil Abwehr und Mittelfeld der Stuttgarter mit vorbildlicher Disziplin den Borussen nur einen einzigen gefährlichen Konterangriff erlaubten. Das 0:0 war fast zwangsläufig.

Am nächsten Samstag in München und vier Tage später in Uerdingen erwartet die Stuttgarter Hintermannschaft mehr Sturm und Drang des Gegners. Die Partien beim Meister und Pokalsieger seien mehr der weniger „Schulung auf eine bessere Zukunft", kündigte Baric gleich nach dem 0:0 gegen Mönchengladbach an. Und auch sonst hat sich der Jugoslawe an seinem ersten Arbeitstag in der Bundesliga recht zurückhaltend aufgeführt. Keine großen Sprüche im „Sportstudio", obwohl er versprochen hatte, „wenn ich komme, haue ich auf den Putz".

Sicher erwähnt Baric bei jeder Gelegenheit, was er seinen neuen Schützlingen innerhalb eines Monats eingeimpft hat. Geist, Kameradschaft, Ordnung. Baric zielt dabei immer auf den Vergleich zu seinem Vorgänger Helmut Benthaus. Ein paar Worte von Baric:

„Die Verletzungen, die wir haben, sind anormal. Ich möchte nicht sagen, daß ich ein besseres Training mache. Aber ich mache ein anderes Training. Ich habe 30 Jahre kein Stretching gebraucht, und in sechs Monaten werden wir weniger Verletzte haben."

„Bei Rapid Wien haben wir nicht gespritzt. Es kann sein, daß die Spritzen in Deutschland besser sind. Wenn das wirklich der Fall wäre, würde ich applaudieren."

„Wir sollten einen wie Herget oder Bruns kaufen. Der VfB, diese Stadt und auch ich verdienen einen solchen Libero. Das muß doch vom Vorstand gesehen werden."

Als Gejammer möchte er das nicht gewertet wissen. Aber er legt sich durch solche Zitate mit vielen an. Mit dem Assistenztrainer und Benthaus-Freund Willi Entenmann zum Beispiel, der Stretching ins Stuttgarter Training eingeführt hat. Oder mit dem Präsidenten Mayer-Vorfelder und dem Manager Schäfer. Das Führungsduo des Klubs verteidigt Ruhe im Umfeld der Mannschaft zur Not mit dem Knüppel und haßt nichts mehr, als von Trainer oder Spielern unter Druck gesetzt zu werden.

In zehn Tagen, so Baric, will er mit dem Präsidium ein Gespräch führen. Sobald München und Uerdingen überstanden sind. Zumindest bis dahin muß er mit dem, was er hat, leben.

# Bochums Torwarte: Verletzt, rote Karte, zu jung. Kommt Wolfgang Kleff?

Von ULRICH DOST

Trainer **Ernst Happel** (59) hat zuletzt nie ein Hehl daraus gemacht, daß er mit der Einstellung des 66maligen Nationalspielers **Manfred Kaltz** (32) überhaupt nicht zufrieden ist. In den Vorbereitungsspielen der Hamburger fand sich der Verteidiger ungewöhnlich oft auf der Tribüne wieder. In Hamburg wurde schon gemunkelt, daß dort auch in dieser Saison sein Stammplatz sein würde. Happel wollte der Mannschaft mit jungen Spielern ein neues Gesicht geben. Dort, wo Kaltz immer spielte, versuchte sich **Peter Lux** (21), der von Braunschweig gekommen war.

Doch als die Hamburger Mannschaft am Samstag zum Saisonstart gegen den 1. FC Kaiserslautern auflief, war zur großen Überraschung auch Manfred Kaltz dabei. Weil sich der Belgier **Gerard Plesers** (26) am Fuß verletzte und nicht spielen konnte, entschied sich Happel zum großen Erstaunen für den so hart kritisierten Manfred Kaltz. Peter Lux, mit dem jeder als Verteidiger gerechnet hatte, rückte ins Mittelfeld. Ernst Happel, und mit ihm auch die meisten Zuschauer, trauten ihren Augen nicht, denn was Manfred Kaltz ihnen da vorspielte, das hatten sie schon lange nicht mehr von ihm gesehen. Einen Treffer (Elfmeter) erzielte er selbst, zu zwei weiteren gab er die Flanken. Happel, der gewöhnlich in der Öffentlichkeit seine Spieler sehr selten lobt, ging diesmal von seinen Gewohnheiten ab. So viel Nettes hat Kaltz wohl im ganzen letzten Jahr nicht von Happel gehört: „Ich bin froh, daß der Kaltz sehr stark gespielt hat. Ich hoffe, daß es so bleibt." Und Kaltz? Da auch er eher zu den Schweigern zählt, kam ihm nur dieser Satz über die Lippen: „Für einen Alten war das doch ganz gut."

Ernst Happel scheint doch ein guter Psychologe zu sein. Nur mit Druck läßt sich Kaltz offenbar dazu bewegen, seinem Beruf mit einer anderen Einstellung nachzugehen.

*

Am ersten Spieltag der 23. Saison gab es auch gleich den ersten Platzverweis. Kurioserweise traf es einen Torwart – **Markus Croonen** (21) vom VfL Bochum. Der junge Mann bestritt sein erstes Bundesligaspiel in Nürnberg. Der Amateurtorwart mußte einspringen, weil sich Stammtorwart **Ralf Zumdick** (27) eine schlimme Schulterverletzung zuzog. Nach 25 Minuten war dann sein Debüt jedoch schon beendet. Croonen hatte den Strafraum verlassen, um den Ball vor dem heranstürmenden **Reiner Geyer** (21) wegzuschlagen. Doch der Nürnberger war schneller am Ball. Croonen konnte nicht mehr abstoppen und brachte den Nürnberger zu Fall. Schiedsrichter Werner Föckler zog sofort die rote Karte. Croonen: „Ich bin doch nur so reingerutscht, weil ich nicht mehr ausweichen konnte. Das habe ich doch nicht absichtlich getan."

Bochums Trainer Rolf Schafstall (48) war hinterher kaum zu beruhigen. Fingerspitzengefühl, so meinte er später, habe Schiedsrichter Föckler nun wirklich nicht bewiesen. Als der Stuttgarter Torwart **Helmut Roleder** (31) einmal in Bochum wegen eines ähnlichen Vergehens vom Platz gestellt wurde, stellte sich Schafstall voll hinter die Entscheidung des Schiedsrichters. Wenn man selbst betroffen ist, verändert sich schnell der Blickwinkel.

Schafstall kam nicht umhin, mit **Dirk Drescher** (17) einen A-Jugendspieler ins Tor zu stellen, der erst am Freitag vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) die Spielgenehmigung erhalten hatte. Der Unterprimaner machte seine Sache recht gut, obwohl er sehr nervös ins Spiel gegangen war. Drescher: „Ich hatte so viel Bammel, daß ich mir nicht einmal die Schnürsenkel habe richtig zubinden können. Erst nach den ersten Ballkontakten verflog die Nervosität." Mittelstürmer **Klaus Fischer** (35) kannte nicht einmal den Namen des jungen Mannes, und **Heinz Höher** (47), Trainer des 1. FC Nürnberg, vermutete: „Der ist doch höchstens 13 oder 14 Jahre alt."

Plötzlich ist er ins Rampenlicht der Bundesliga gerückt: „Eine Wahnsinns-Karriere! Die ganze Woche habe ich mit der A-Jugend trainiert, und jetzt habe ich in der Bundesliga keinen Gegentreffer kassiert." Er erzählt, daß er schon mit zwei Jahren auf die Bälle geflogen sei, die ihm sein Vater hinwarf: „Ich bin Torwart von Geburt an." Dennoch: Einen Profivertrag strebt er noch nicht an, erst will er sein Abitur bestehen.

Im „Aktuellen Sportstudio" gab er sich am Samstag abend recht selbstbewußt. Er ginge schon davon aus, daß er auch am Samstag gegen Düsseldorf im Bochumer Tor stehen werde. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte er noch nicht mit seinem Trainer Rolf Schafstall gesprochen, der nämlich ganz andere Pläne verfolgt. Schafstall: „Wir haben den Dirk Drescher nur mit nach Nürnberg genommen, um die Vorschriften einzuhalten. In der Bundesliga packt er es nicht. Wir müssen ganz schnell tätig werden." Gestern nachmittag hatte sich Rolf Schafstall dazu durchgerungen, den früheren Nationaltorwart **Wolfgang Kleff** (38), der derzeit ohne Verein ist, zu reaktivieren. Schafstall: „Von den Leuten, die ich kenne, traue ich nur dem Wolfgang Kleff zu, daß er es bei uns schafft." Der Trainer rechnet damit, daß Ralf Zumdick ein halbes Jahr ausfällt.

Wolfgang Kleff wußte bis gestern nachmittag noch gar nichts von den Gedanken des Bochumer Trainers. Er war mit einem Freund in Mönchengladbach unterwegs und telefonisch nicht zu erreichen. Schafstall schaltete dann **Manfred Burgsmüller** (35) ein, der in der letzten Saison noch mit Kleff bei Oberhausen spielte. Burgsmüller, so hofft Schafstall, wird seinen Freund Kleff zu einem Comeback überreden können.

*

Der erste Trainerstreit hat auch nicht lange auf sich warten lassen. In Köln gerieten **Dietrich Weise** (50) und **Hannes Löhr** (42) aneinander. Ausgelöst hatte den Zwist der Kölner Trainer, der sich über die destruktive Spielweise der Frankfurter aufregte. Löhr: „Das ist ein Weg, den ich nicht gutheißen kann. So hat der Schlappner in seinen schlimmsten Tagen nicht spielen lassen." Weises Antwort: „Das ist der Gipfel. Das geht ja am ersten Tag gleich prima los."

Er könne nicht verstehen, meinte Löhr später, daß die Frankfurter immer als Mannschaft der Zukunft hingestellt werden, dann aber nichts anderes tun, als sich hinten reinzustellen, um das Spiel kaputtzumachen. Löhr: „Wenn dieses Beispiel Schule macht, dann gute Nacht. Dann gehen wir einen Weg, der für die Liga nicht gut ist. Wir sagen immer, wir müssen uns um die Zuschauer bemühen. Bei dieser Spielweise aber ist es doch kein Wunder, wenn die Leute wegbleiben."

Nicht verschweigen wollte der Kölner Trainer, daß auch bei seinem Team Schwächen waren. Zahlreiche Torchancen wurden nicht verwertet, das Elfmeterfoul von **Mathias Hönerbach** (23) an **Uwe Müller** (21) war ausgesprochen dumm, und in der ersten Halbzeit stellten sich die Stürmer ziemlich umständlich an. Löhr: „Das ist alles richtig. Wir übersehen unsere eigenen Fehler nicht. Dennoch muß einmal gesagt werden, daß die Frankfurter so die Zuschauer aus die Stadien treiben."

Dietrich Weise wünschte sich von den Kölnern mehr Objektivität. Schließlich hätten sie im letzten Jahr in Frankfurt ähnlich destruktiv gespielt. Und außerdem: „Drei Jahre haben wir hier gut gespielt und verloren – das sollte uns nicht noch einmal passieren. Deshalb die Vorsicht." Die Frankfurter haben einen kaum erwarteten Punkt gewonnen. Der Zweck heiligt die Mittel.

*

Von den prominenten Neuverpflichtungen konnte eigentlich nur der Düsseldorfer **Calle Del'Haye** (29) überzeugen. Er entwickelt sich, wie früher in Mönchengladbach, zum Publikumsliebling. Ein Jahr lang mußte er bei den Bayern pausieren, weil Trainer **Udo Lattek** (50) ihn nicht mehr haben wollte.

„Er hat seine Pflicht getan." Das sagte Dortmunds Trainer **Pal Csernai** (52) über das Bundesliga-Comeback nach zweijähriger Pause von **Horst Hrubesch** (34). Der Mittelstürmer hat in Saarbrücken sehr mannschaftsdienlich gespielt. Torgefährlich aber war er nie. Hrubesch: „Dennoch: Meine 15 Tore, die ich versprochen habe, mache ich auch."

Die Hamburger waren mit der Leistung von **Peter Lux** und **Thomas Kroth** (26) nicht zufrieden. Manager **Günter Netzer** (39): „Beide blieben noch einiges schuldig." Trainer Happel ließ dann auch beide zur Pause in der Kabine.

**Fußball-Kulisse**

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

SCHWIMMEN / Es hat noch geklappt: Phantastischer Weltrekord über 200 m Schmetterling bei den Europameisterschaften

# Nach Spaziergang durch die Berge schwang sich „Albatros" Groß zu ungeahnten Höhen auf: Europas Bester aller Zeiten

dpa/sid, Sofia

Michael Groß läßt keinen Superlativ aus. Bei den Schwimm-Europameisterschaften in Sofia gewann er beim fünften Start die fünfte Goldmedaille. Noch dazu in Weltrekordzeit. Auf seiner Spezialstrecke 200 m Schmetterling blieb er als erster Schwimmer der Welt unter der als Schallmauer empfundenen Zeit von 1:57 Minuten. In 1:56,65 war er um 36 Hundertstelsekunden schneller als vor sechs Wochen in Remscheid, wo er den Weltrekord zurückerobert hatte, den er bei den Olympischen Spielen in Los Angeles an den Australier John Sieben verloren hatte. Mit Genugtuung, Freude und Erleichterung kommentierte er seine Leistung, die ihn zum erfolgreichsten Schwimmer Europas machte: „Heute hatten wir endlich optimale Bedingungen. Ich war die ganze Woche in Topform, aber bei Blitz, Donner und kaltem Wasser kann man nicht besser sein." Schon in den Wettbewerben über 100 m Schmetterling und 200 m Freistil wurden Weltrekorde von ihm erwartet, doch seine Versuche waren in anhaltendem Regen zerronnen.

Ein Temperatursturz von 20 Grad hatte in den ersten Tagen Weltklasseleistungen unmöglich gemacht. Erst mit steigenden Außentemperaturen konnten auch die Schwimmer ihre Leistungen steigern. Schon eine halbe Stunde nach der Bestzeit von Michael Groß wurde die nächste herausragende Leistung erzielt: Rückenspezialist Igor Poljanski verbesserte den Europarekord über 100 m auf 55,24 Sekunden.

Angesichts allgemein enttäuschender Leistungen reichte dem Offenbacher Rekordjäger Michael Groß bereits Normalform, um seine Ausnahmestellung zu verdeutlichen: Er allein errang fünf der acht Medaillen für den Deutschen Schwimmverband (DSV). Seine Bestzeit über 200 m Schmetterling war bereits der neunte von ihm aufgestellte Weltrekord – auf insgesamt vier Strecken (100 und 200 m Schmetterling sowie 200 und 400 m Freistil) ist er momentan der schnellste Mann der Welt und darüber hinaus seit Samstag auch Europas erfolgreichster Schwimmer aller Zeiten. In vier Jahren wurde er insgesamt zehnmal Europameister: ein Titel 1981 in Split, vier Goldmedaillen 1983 in Rom, fünf Triumphe jetzt in Sofia. Ähnlich erfolgreich waren bislang nur der Bonner Peter Nocke und die „DDR"-Schwimmerin Ute Geweniger mit je neun Titeln.

Versöhnlicher Abschluß einer turbulenten Woche, die nicht nur für Michael Groß unbefriedigend verlief. „Wir kamen alle in guter Stimmung her – und fielen in ein tiefes Loch", beschreibt DSV-Delegationsleiter Wilhelm Schmidt die Gefühle. Vor allem Michael Groß fühlte sich durch den täglichen Kleinkrieg um Trainingsmöglichkeiten und zu kaltes Essen stark gehandicapt. Regen und Kälte vervollständigten den Ärger. Zitternd standen die Aktiven am Beckenrand, krochen schwer atmend wieder aus dem Wasser, kaum fähig, Atem zu holen: „Jedes Luftholen sticht in den Lungen", klagte Groß.

Doch am Samstag erfüllte die Sonne seine Lebensgeister mit neuem Elan. Ein Spaziergang in den Bergen um Sofia schenkte ihm neue Kraft. Der Mann, den sie „Albatros" nennen, setzte erneut zum Höhenflug an und landete auf dem Gipfel der europäischen Schwimmwelt. Dabei versetzte er selbst Fachleute in Erstaunen: „Sein Rekord in Remscheid war harte Arbeit. Das heute war Delphinschwimmen, er ist wunderschön geschwommen", schwärmte Bundestrainer Manfred Thiesmann, und Wilhelm Schmidt ergänzte: „Wenn unter solchen Gesamtbedingungen ein solcher Rekord herauskommt, dann ist das schon unwahrscheinlich. Da muß noch viel mehr drin sein." Mehr noch als über seinen Weltrekord freute sich Bundeswehr-Soldat Groß über den Sieg mit der 4 x 100-m-Freistil-Staffel: „Daß wir da Europameister werden, das habe ich mir in meinen kühnsten Träumen nicht vorgestellt." Bei der anschließenden Pressekonferenz konnte er von seiner Freude allerdings wenig vermitteln. Michael Groß haderte wieder einmal mit der Presse: Zunächst bemängelte er, daß zuwenig Journalisten anwesend waren, dann fand er die Fragen „dumm", und schließlich hatte er keine Lust mehr: „Noch zwei Fragen, wir müssen gehen." Seine drei Mitstreiter kamen gar nicht zu Wort.



Wegen der schlechten Bedingungen bei der EM in Sofia dachte er schon an Abreise, er rutschte in ein Stimmungstief – und siegte doch: Michael Groß (Foto: nach seinem Weltrekord mit René Schaffgans). Im Moment scheint er unschlagbar zu sein. Welcher Experte auch immer eine Liste der größten Schwimmer aller Zeiten aufstellt, der Name Michael Groß muß jetzt stets dabeisein.

FOTO: DPA

## *Ein Trauerspiel mit vielen Verlierern*

Wilhelm Schmidt, Vizepräsident des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) und DSV-Delegationsleiter in Sofia, wurde deutlich: „Sofia war ein sportliches Trauerspiel. Weil die Athleten in den Überlegungen der Organisatoren, und da beziehe ich ausdrücklich den Europäischen Verband (LEN) mit ein, zu lange keine Rolle gespielt haben. Als man zugunsten der Athleten verbessern wollte, war es zu spät. Das, was sich hier abgespielt hat, war zum Teil ein Drama." Es hätte verhindert werden können, wenn die LEN „nicht die schwachsinnige Entscheidung getroffen hätte, die EM nach Sofia zu vergeben, nur weil hier die Hotels am billigsten sind". Schmidt ist ganz sicher: „Der Sportler war in Sofia der Verlierer – und hat sich dennoch gut gehalten, weil er sich durchzubeißen versteht."

Sofia hatte viele Verlierer – vor allem deutsche. Dirk Korthals war einer. Der Aktivensprecher aus Bochum war für die 4 x 100-m-Staffel nominiert, die schließlich Europameister wurde. Zu dem Zeitpunkt lag Korthals jedoch mit einer Darmerkrankung im Bett und hat „wie ein Wahnsinniger am Gerät rumgedreht, um vielleicht einen Sender zu erwischen". Doch weder Fernsehen noch Radio übertrugen in Bulgarien den deutschen Staffelsieg, neben dem Weltrekord von Michael Groß die einzig positive Überraschung für den DSV. Ein anderer Verlierer ist Reiner Henkel (Köln), der zwar als Bronzemedaillengewinner über 400 m Freistil in persönlicher Bestzeit seinen bisher größten internationalen Erfolg feierte, aber dennoch enttäuscht war, weil er erst auf den letzten Metern seine führende Position verloren hatte. Er versuchte, die Enttäuschung mit Trotz auszugleichen: „Dann werde ich eben nächstes Jahr Weltmeister."

Verlierer waren letztlich auch die Wasserballspieler, trotz eines verheißungsvollen Auftaktes. Nach dem Unentschieden gegen Weltmeister UdSSR hatten sie große Chancen auf den Titelgewinn, verspielten jedoch mit Niederlagen gegen Jugoslawien und Spanien ihre gute Ausgangsbasis. Weil die Mannschaft gestern morgen im Spiel um Platz drei gegen Italien nach spielerisch starker Leistung mit 12:9 gewann, zeigte sich Bundestrainer Firoiu großzügig: „Ich wäre auch mit Platz vier zufrieden gewesen. Um so erfreulicher ist jetzt Bronze." Enttäuschend vor allem die Frauen aus der Bundesrepublik. Sie überraschten nur einmal, als sie mit der 4 x 100-m-Freistil-Staffel die Silbermedaille gewannen. Darüber hinaus gelang es nie, die Vormachtstellung der „DDR"-Schwimmerinnen zu durchbrechen, die in allen Wettbewerben zwei von drei Medaillengewinnerinnen stellten. Ihnen reichten bereits mäßige Leistungen, um die europäische Konkurrenz zu deklassieren. (dpa/sid)

DRESSUR / Elfter Titel hintereinander, aber:

# Nicht blenden lassen, die anderen Teams holen auf

dpa/sid, Kopenhagen

„Unser Sieg war der Erfolg systematischer Arbeit", zog Bundestrainer Harry Boldt ein Fazit, nachdem die Mannschaft der deutschen Dressurreiter zum elften Mal in ununterbrochener Reihenfolge in Kopenhagen die Europameisterschaft gewonnen hatte (das Ergebnis des Einzelwettbewerbs von Kopenhagen lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor). Der Sieg in der Mannschaftswertung hatte jedoch auch Harry Boldt nachdenklich gestimmt: „Die erneute Goldmedaille darf uns nicht blenden, die anderen Nationen haben mächtig aufgeholt."

Zahlen belegen das: Noch nie war der Vorsprung, den Reiner Klimke (Münster) mit Ahlerich, Uwe Schulten-Baumer (Osnabrück) mit Madras, Tilman Meyer zu Erpen (Werther) auf Tristan und Uwe Sauer (Hamburg) auf Montevideo herausritten, mit 123 Punkten so gering (4886) wie diesmal, als Dänemark mit 4763 Punkten vor der Sowjetunion mit 4735 Punkten auf den zweiten Rang kam. In früheren Jahren lagen schon 500 Punkte zwischen den deutschen Reitern und der Konkurrenz.

„Wir müssen aufpassen, daß wir nicht in ein Loch fallen", warnte Boldt. Die Zeiten, da der Ausgang der Championate schon lange vorher festzustehen schien, gehören – zumindest für die Mannschaftswertung – der Vergangenheit an. „Die Dänen hätte ich wirklich nicht als Zweite vorausgesagt", sagte auch der Bundestrainer.

Eine Analyse der Einzelnoten zeigt auch, daß die zur Zeit Weltbesten, Olympiasieger Klimke mit Ahlerich und die Olympia-Zweite Anne Grethe Jensen (Dänemark) mit Marzog, weitgehend das Geschehen beeinflussen. Rund 100 Punkte trennten diese zwei von den nächsten der übrigen 35 Konkurrenten. Klimke wie auch die Dänin legten auch die Grundsteine für die Medaillen ihrer Mannschaften. Was wäre die deutsche Dressurreiterei ohne Klimke?

Auch Boldt sah das: „Wir brauchen neue Pferde mit starken Reitern." Und er nannte es bedauerlich, daß von den Reitern der jetzigen Mannschaft nur Schulten-Baumer mit Weingart ein Pferd im Stall hat, das sich bereits im nächsten Jahr für große Aufgaben anbietet. Allenfalls könne man noch Klimkes Pascal dazu zählen, doch der sei ja nun eigentlich kein Nachwuchs mehr. „Und deshalb fahre ich schon das ganze Jahr kreuz und quer durch Deutschland, um mir junge talentierte Pferde anzusehen."

Doch nicht nur der Sport im Dressurviereck, auch das Geschehen drumherum stimmte in Kopenhagen nachdenklich. Viele Kenner der Dressur konnten sich auf die Richter-Noten keinen Reim machen. „Stinksauer" war der Schweizer Trainer Georg Wahl, der Christine Stückelberger zu Olympiasieg und Weltmeisterschaft geführt hatte. „Hier wird mir am Richtertisch zuviel Politik gemacht. Die Russen wurden nach oben gepunktet, damit sie wieder an Championaten und den Olympischen Spielen teilnehmen."

Wahl, ehemals Oberreiter der Spanischen Hofreitschule in Wien, zog unverblümt gegen die Richter vom Leder. Unbegreiflich sei es für ihn, daß mindestens zwei der sowjetischen Pferde lahm gegangen wären, sie dennoch hoch bewertet wurden.

Augenfällig war, wie jeder Richter vor allem bei den eigenen Landsleuten tief in die Notenkiste griff, der Deutsche Bösche bei Klimke, die Dänin Hansen bei Anne Grethe Jensen und die Sowjetrussin Kondratjewa bei den ihren. Besonders die Vertreterin aus der UdSSR warf Bestnoten wie Konfetti über ihre Reitersleute.

Auch der ruhige Uwe Schulten-Baumer konnte sich kaum beruhigen: „Was sich der Schweizer Niggli erlaubt hat, ist eine Unverschämtheit." Schulten-Baumer hatte auf Madras eine sehr saubere Vorstellung gegeben, war aber von Chefrichter Niggli nur auf den zwölften Platz gesetzt worden. Lediglich sechs Punkte weniger warf Niggli der Italienerin Laura Conz hinterher – Schulten-Baumer war im Grand Prix immerhin Sechster geworden, Laura Conz nur 26.

Eine Änderung scheint jedoch nicht möglich, denn schließlich sitzt der Dressur-Chef der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FEI), Wolfgang Niggli, nun einmal mit am Richtertisch. Wer im Eiskunstlauf derart daneben liegt, sieht als Punktrichter im Wiederholungsfalle die rote Karte...

2. Liga

# Oberhausen überrascht

DW. Bonn

Erstmals seit Einführung der eingleisigen Zweiten Fußball-Bundesliga steht Rot-Weiß Oberhausen an der Tabellenspitze. In der vergangenen Saison knapp dem Abstieg entronnen, löste der Klub durch seinen 3:2-Sieg bei Hertha BSC Berlin den bisherigen Spitzenreiter Darmstadt 98 ab, der sein Heimspiel gegen den hessischen Nachbarn aus Kassel mit 1:2 verlor. 10 000 Zuschauer sorgten in Darmstadt für die größte Kulisse des dritten Zweitliga-Spieltages. Bundesliga-Absteiger Eintracht Braunschweig hat seinen Rhythmus noch nicht gefunden. In Freiburg lag er bereits 0:2 zurück, bevor Tripbacher und Worm mit ihren Treffern noch ein Unentschieden retteten. Frank Plagge, der die Torschützenliste mit fünf Treffern anführt, blieb ohne Torerfolg. Ein schwarzes Wochenende erlebten die drei Berliner Vereine, die ihre Spiele ausnahmlos verloren. Jeweils 1:2-Auswärtsniederlagen erlitten Blau-Weiß 90 und Aufsteiger Tennis Borussia, der gemeinsam mit Hertha BSC ans Tabellenende rutschte.

### DIE ERGEBNISSE

| | | |
|---|---|---|
| Hertha BSC – Oberhausen | 2:3 | (0:2) |
| Freiburg – Braunschweig | 2:2 | (1:0) |
| Aschaffenb. – Homburg | 3:1 | (2:0) |
| Darmstadt – Kassel | 1:2 | (1:2) |
| Wattenscheid – TB Berlin | 2:1 | (1:0) |
| Karlsruhe – BW Berlin | 2:1 | (1:1) |
| Aachen – Bayreuth | 4:1 | (1:1) |
| Solingen – Stuttgart | 1:1 | (0:0) |
| Osnabrück – Bielefeld | 0:0 | (0:0) |
| Duisburg – Köln | 0:2 | (0:0) |

### DIE TABELLE

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Oberhausen | 3 | 2 | 1 | 0 | 4:2 | 5:1 |
| 2. Darmstadt | 3 | 2 | 0 | 1 | 8:3 | 4:2 |
| 3. Braunschweig | 3 | 1 | 2 | 0 | 9:5 | 4:2 |
| 4. Köln | 3 | 2 | 0 | 1 | 8:5 | 4:2 |
| 5. Aachen | 3 | 1 | 2 | 0 | 7:4 | 4:2 |
| 6. Stuttgart | 3 | 1 | 2 | 0 | 6:4 | 4:2 |
| 7. Kassel | 3 | 2 | 0 | 1 | 5:4 | 4:2 |
| 8. Karlsruhe | 3 | 2 | 0 | 1 | 5:4 | 4:2 |
| 9. Wattenscheid | 3 | 2 | 0 | 1 | 6:8 | 4:2 |
| 10. BW Berlin | 3 | 1 | 1 | 1 | 6:3 | 3:3 |
| 11. Freiburg | 3 | 0 | 3 | 0 | 3:3 | 3:3 |
| 12. Solingen | 3 | 0 | 3 | 0 | 4:4 | 3:3 |
| 13. Bielefeld | 3 | 1 | 1 | 1 | 4:5 | 3:3 |
| 14. Duisburg | 3 | 1 | 0 | 2 | 2:5 | 2:4 |
| 15. Homburg | 3 | 1 | 0 | 2 | 8:5 | 2:4 |
| 16. Aschaffenb. | 3 | 1 | 0 | 2 | 3:6 | 2:4 |
| 17. Bayreuth | 3 | 1 | 0 | 2 | 4:8 | 2:4 |
| 18. Osnabrück | 3 | 0 | 2 | 1 | 4:10 | 2:4 |
| 19. Hertha BSC | 3 | 0 | 1 | 2 | 5:8 | 1:5 |
| 20. TB Berlin | 3 | 0 | 0 | 3 | 2:7 | 0:6 |

### DIE VORSCHAU

Freitag, 16. 8., 19.30 Uhr: BW Berlin – Wattenscheid, Köln – Osnabrück; 20 Uhr: Oberhausen – Solingen. – Samstag, 17. 8., 15.30 Uhr: TB Berlin – Darmstadt, Bielefeld – Aschaffenburg, Homburg – Freiburg, Braunschweig – Hertha BSC, Stuttgart – Aachen, Bayreuth – Karlsruhe, Kassel – Duisburg.

## ZAHLEN

**FUSSBALL**

**Saison-Eröffnung in England:** Everton – Manchester United 2:0.

**LEICHTATHLETIK**

**Sportfest in Gateshead** (England), Männer: 1000 m: 1. Cram (England) 2:12,85 Min. (Jahres-Weltbestzeit). – **„DDR"-Meisterschaften** in Leipzig, Frauen: 100 m: (0,3 m/Sek. Gegenwind): 1. Göhr 10,94, 2. Koch 10,97, 3. Gladisch 10,99. – 800 m: 1. Wachtel 1:58,15, 2. Körner 1:58,30. – 400 m Hürden: 1. Busch 54,26, 2. Feuerbach 54,96. – **Sportfest in Lage**, Frauen: 800 m: 1. Klinger (Obersuhl) 1:58,95 Min. (DLV-Jahresbestzeit). – **Europapokal**, B-Finale in Budapest, Männer: 400 m: 1. Heras (Spanien) 45,76. – Weitsprung: 1. Szalma (Ungarn) 8,28 m, 2. Atanassov (Bulgarien) 8,24. – C-Finale in Reykjavik, Männer: Speerwerfen: 1. Vilhjalmsson (Island) 87,30 m. – Frauen: 3000 m: 1. Kristiansen (Norwegen) 8:57,54 Min. – **CSSR-Meisterschaften** in Prag, Männer: Diskus: 1. Bugar 68,18 m. – Frauen: Diskus: 1. Silhava 69,10 m.

**RINGEN**

**Weltmeisterschaft** im griechisch-römischen Stil in Kolbotn (Norwegen): Papiergewicht (48 kg): 1. Alachwerdiew (UdSSR), 2. Tzenow (Bulgarien), 3. Vadasz (Ungarn), ... 6. Scherer (Deutschland). – Bantam (57 kg): 1. Balow (Bulgarien), 2. Arutunian (UdSSR), 3. Labrada (Kuba). – Leicht (68 kg): 1. Negrisan (Rumänien), 2. Prokudin (UdSSR), 3. Martinez (USA). – Mittel (82 kg): 1. Daras (Polen), 2. Battalow (UdSSR), 3. Mysen (Norwegen). – Schwer (100 kg): 1. Dimitrow (Bulgarien), 2. Gaspar (Ungarn), 3. Fedorenko (UdSSR).

**REITEN**

**Dressur-EM** in Kopenhagen, Mannschaftswertung: 1. Deutschland (Klimke mit Ahlerich, Schulten-Baumer mit Madras, Meyer zu Erpen mit Tristan, Sauer mit Montevideo) 4886 Punkte, 2. Dänemark 4763, 3. UdSSR 4735.

**MOTORRAD**

**Großer Preis von Schweden** in Anderstorp, elfter von zwölf Läufen zur WM, Klasse bis 125 ccm: 1. Auinger (Österreich) MBA, 2. Bianchi MBA, 3. Gresini (beide Italien) Garelli, ... 17. Hupperich (Deutschland) MBA. – WM-Stand: 1. Bianchi 99 Punkte, 2. Gresini 94, 3. Auinger 72. – Klasse bis 250 ccm: 1. Mang (Deutschland) Honda, 2. Lavado (Venezuela) Yamaha, 3. Ricci (Italien) Honda, ... 13. Roth auf Juchem, ... 15. Eckl (beide Deutschland) Juchem. – WM-Stand: 1. Spencer (USA) Honda 127 (Weltmeister), 2. Mang 112, 3. Lavado 79, 4. Wimmer (Deutschland) Yamaha 69. – Klasse bis 500 ccm: 1. Spencer, 2. Lawson (USA) Yamaha, 3. Haslam (England) Honda, 4. Sarron (Frankreich). – WM-Stand: 1. Spencer 141 (Weltmeister), 2. Lawson 118, 3. Sarron 80. – Klasse Seitenwagen: 1. Streuer/Schnieders (Holland) LCR, 2. Schwärzel/Buck (Deutschland) LCR, 3. Webster/Hewitt (England) Yamaha, ... 5. Steinhausen/Hiller ARO 500, ... 10. Kumano/Diehl (alle Deutschland) LCR. – WM-Endstand: 1. Streuer 73, 2. Schwärzel 73 (Majorität der Siege entschied für Streuer), 3. Biland/Waltisperg (Schweiz) LCR, ... 6. Kumano 19.

**TENNIS**

**Bundesliga**, Gruppe 1: Ravensburg – Hannover 3:6, Hamburg – Leverkusen 2:7, Neuss – München 5:4. – Gruppe 2: Amberg – Großhesselohe 6:3, Karlsruhe-Rüppurr – Essen 7:2, Waldau-Stuttgart – Bamberg 4:5. – **Internationale Damen-Meisterschaften** von Kanada in Toronto, Viertelfinale: Kohde (Deutschland) – Navratilova (USA) 3:6, 6:4, 6:3, Evert-Lloyd – Nostrand (beide USA) 6:1, 6:1, Mandlikova (CSSR) – Sabatini (Argentinien) 6:3, 6:0.

**SCHWIMMEN**

**US-Meisterschaften** in Mission Viejo/Kalifornien, Herren: 100 m Schmetterling: 1. Morales 53,35 Sek. (Jahres-Weltbestzeit). – Damen: 100 m Schmetterling: 1. Meagher 59,28 Sek. (Jahres-Weltbestzeit). – **Europameisterschaften** in Sofia, fünfter Wettkampftag, Herren: 200 m Schmetterling: 1. Groß (Deutschland) 1:56,65 (Weltrekord; bisher er selbst mit 1:57,01), 2. Nilsen (Dänemark) 1:58,80, 3. Drost (Holland) 2:00,16, 4. Schaffgans (Deutschland) 2:00,36. – 100 m Rücken: 1. Poljanski (UdSSR) 55,24 (Europarekord und Weltjahresbestzeit), 2. Richter („DDR") 56,02, 3. Zabolotnow (UdSSR) 56,88, ... 5. Lebherz (Deutschland) 57,84. – Damen: 800 m Freistil: 1. Strauß („DDR") 8:32,45 Min., 2. Hardcastle (England) 8:32,57, 3. Möhring („DDR") 8:40,82, ... 7. Lebek (Deutschland) 8:50,68. – 200 m Lagen: 1. Nord („DDR") 2:16,07, 2. Blagova (Bulgarien) 2:17,35, 3. Börnike („DDR") 2:17,96, 4. Zindler 2:18,22, 5. Schultz (beide Deutschland) 2:18,36. – 4 x 100 m Lagen: 1. „DDR" 4:06,93 (Welt-Jahresbestzeit), 2. UdSSR 4:11,32, 3. Bulgarien 4:11,92, ... 5. Deutschland (Schlicht, Hansen, Seick, Schuster) 4:15,23. – **Kunstschwimmen**, Finale: 1. Worisch/Edinger (Österreich) 180,642 Punkte, 2. Hermine/Besson (Frankreich) 179,133, 3. Dodd/Wilson (Holland) 177,767, ... 5. Langer/Scheller (Deutschland) 170,917. – **Wasserball**: sechster Spieltag, Gruppe A: UdSSR – Ungarn 10:8, Holland – Griechenland 14:10, Spanien – Deutschland 8:5, Italien – Jugoslawien 9:10; letzter Spieltag: Gruppe A: UdSSR – Jugoslawien 7:7, (UdSSR Europameister), Deutschland – Italien 12:9, Spanien – Griechenland 8:8.

**HANDBALL**

**Länderspiel** der Damen in Weinstadt: Deutschland – Ungarn 21:19.

**GALOPP**

**Rennen in Mülheim/Ruhr:** 1. R.: 1. Fast Prince (K. Woodburn), 2. Birthday Bird, 3. Divonne, Toto: 68/11, 10, 10, ZW: 260, DW: 492, 2. R.: 1. im toten Rennen Feuerbach (P. Remmert), Friedensstifter (P. Schade), Ustina, Toto: 16, 48/11, 17, 13, ZW: 120, 168, DW: 320, 552, 3. R.: 1. Ganymed (P. Alafi), 2. Tresco, 3. Harakiri, Toto: 24/11, 11, 15, ZW: 72, DW: 400, 4. R.: 1. Ostgote (Frl. V. Furler), 2. Notabilis, 3. Chorsänger, Toto: 24/13, 17, 22, ZW: 116, DW: 1752, 5. R.: 1. Estrado (L. Mäder), 2. Tombos, 3. König Karol, Toto: 80/22, 13, —, ZW: 184, DW: 880, 6. R.: 1. Hydros (E. Schindler), 2. Sonja, 3. Saltano, Toto: 32/12, 19, 11, ZW: 484, DW: 1884, 7. R.: 1. Sonnenbalz (Am. G. Ording jr.), 2. Around, 3. Wunschsendung, Toto: 58/28, 38, 46, ZW: 596, DW: 17 384, 8. R.: 1. Carolus Rex (D. Ilic), 2. Gipsy Emperor, 3. White Queen, Toto: 28/14, 19, 26, ZW: 168, DW: 1500, 9. R.: 1. Lady Luck (St. Eccles), 2. Mandaru, 3. Marquesa, Toto: 56/34, 66, 30, ZW: 2168, DW: 12 696, 10. R.: 1. Akira (J. Piontek), 2. Tarina, 3. Karoline, Toto: 40/28, 34, 50, ZW: 880, DW: 31 564, 11. R.: 1. Santa Isnah (F. Puchta), 2. Waldbuche, 3. Milana, Toto: 68/21, 26, 122, ZW: 428, DW: 16 072.

**GEWINNZAHLEN**

**Lotto:** 13, 20, 22, 29, 39, 46, Zusatzzahl: 4. – **Spiel 77:** 9 2 3 5 3 8 1. – **Toto, Elferwette:** 1, 2, 0, 1, 0, 0, 0, 2, 0, 1, 2. (Ohne Gewähr).

GALOPP

# Eine drastische Kürzung der Rennpreise

KLAUS GÖNTZSCHE, Neuss

Für die Mehrzahl der Besitzer und Trainer von Galopprennpferden brechen schlechte Zeiten an. In der zweiten Jahreshälfte werden die Rennpreise für die Pferde auf sechs der sieben Bahnen der Arbeitsgemeinschaft Westdeutscher Rennvereine teilweise drastisch gekürzt. Die Vereine begeben sich auf ein Preisniveau, das Anfang der 60er Jahre aktuell war. In Dortmund werden künftig zum Beispiel Rennen mit einer Gesamtdotierung von nur 4500 Mark ausgetragen.

Enno Albert, der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft und nicht ganz unumstrittener Manager auf dem Düsseldorfer Grafenberg: „Wir wollen auf Kosten der schlechten Rennen die guten Prüfungen stärken. Es muß sich wieder lohnen, ein gutes Pferd zu haben. Wir halten eine Politik für falsch, Geldpreise für schlechte Pferde auf einem hohen Niveau zu halten."

So wurde der Große Preis von Berlin vor zwei Wochen von 150 000 Mark auf 204 000 Mark erhöht. Es gibt aber keinen Experten, der daran zweifelt, daß die gleichen Pferde wohl auch für 150 000 Mark in Düsseldorf angetreten wären. Besitzer guter Pferde haben sich ohnehin selten beschwert, daß sie zuwenig Geld gewinnen können. Probleme, die an die Existenz gehen, wird es für die mittleren und kleineren Rennställe geben. Die Unterdeckung der Kosten für ein Rennpferd ist immer eklatanter geworden. 1984 gewannen die in Deutschland gelaufenen Pferde im Durchschnitt 7685 Mark im Jahr, unter 15 000 bis 18 000 Mark ist der Unterhalt eines Galopprennpferdes hierzulande aber schlichtweg unmöglich.

Köln macht als einziger Veranstalter in Nordrhein-Westfalen die Kürzung nicht mit. Geschäftsführer Hans-Jürgen Braun: „Wir würden maximal 15 000 Mark pro Jahr einsparen. Dafür nehmen wir keine schlechte Publizität in Kauf."

Beim Herbststutenpreis gestern in Neuss (das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest) trat ein hochklassiges Feld an – für die vergleichsweise geringe Dotierung von 40 000 Mark für die Siegerin eines Rennens der Europa-Gruppenkategorie.

LEICHTATHLETIK / Neue Situation in der „DDR"

# Stagnation, Rückschritt nach Abschied der Stars

sid/K. Bl. Leipzig/Bonn

Dritter Platz beim Europacup-Finale am nächsten Wochenende in Moskau für die Bundesrepublik Deutschland? Nachdem die Sowjetunion ihr Aufgebot nannte, nachdem nun die „DDR"-Meisterschaften in Leipzig – ob bei Regen oder nicht – deutlich bewiesen, daß der vermeintlich hohe Standard gar nicht so hoch ist, ist die Ausgangslage völlig anders geworden. Das Herren-Team des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) kann in Moskau den zweiten Platz belegen und sich für den Weltcup in Canberra (Australien) qualifizieren.

Eine gegenseitige Aufrechnung der Stärken und Schwächen in den Mannschaften der Bundesrepublik Deutschland, der UdSSR und der „DDR" ergibt diese Ergebnisse: Bundesrepublik Deutschland – UdSSR: Das deutsche Team ist dem sowjetischen in folgenden Disziplinen überlegen: 100 m, 200 m, 400 m, 800 m, 5000 m, 10 000 m, 4 x 100 m, 4 x 400 m, 400 m Hürden, 3000 m Hindernis, Hochsprung. Die UdSSR dominiert über 1500 m, 110 m Hürden, im Stabhochsprung, Weit- und Dreisprung, im Kugelstoßen, Diskus-, Hammer- und Speerwerfen. Das ergibt für das DLV-Team ein Plus von 11:9.

Gegenüber der „DDR"-Mannschaft ist das Team der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Disziplinen überlegen: 100 m, 200 m, 800 m, 1500 m, 5000 m, 10 000 m, 110 m Hürden, 400 m Hürden, 3000 m Hindernis, Hochsprung, Stabhochsprung. Die „DDR" überragt über 400 m, in den Staffeln 4 x 100 m, 4 x 400 m, im Weit- und Dreisprung, im Kugelstoßen sowie im Diskus-, Hammer- und Speerwerfen. Das ergibt für das DLV-Team ein Plus von 11:9.

Sicher, die Witterungsbedingungen im Leipziger Zentralstadion waren nicht unbedingt dazu angetan, Weltklasseleistungen zu produzieren. Doch früher waren „DDR"-Athleten wetterfest, was die eher zimperliche Konkurrenz im Westen von Woche zu Woche schockierte. Was sich auch damit beweisen läßt: Als die „DDR"-Sprinterinnen ihr 100-m-Finale absolvierten, gab es die üblichen Ausnahmeleistungen. Marlies Göhr gewann in 10,94 Sekunden und blieb damit zum 25. Mal unter elf Sekunden. Zweite wurde Marita Koch in 10,97 vor Silke Gladisch in 10,99 Sekunden.

Die Herren, allen voran Europameister Emmelmann aus Magdeburg, versanken bei gleichen Bedingungen im Mittelmaß.

Noch eine Situationsbeschreibung: In Leipzig wurden 61 Athleten offiziell aus der „DDR"-Auswahlmannschaft verabschiedet, darunter auch Thomas Munkelt, der Olympiasieger über 110 m Hürden von Moskau. Sein Nachfolger in der „DDR"-Spitzengarde, Oliver Grawe, lief in Leipzig in 14,37 Sekunden über die Hürden – was eine Sekunde (!) langsamer als Munkelts „DDR"-Rekord war. Die Zeit hätte noch nicht einmal ausgereicht, um am hiesigen Finale vor acht Tagen in Stuttgart teilnehmen zu können. Und die 110 m Hürden gelten im DLV als absolute Schwachstelle.

Rückgang im Sprint, Stagnation im Mittel- und Langstreckenlauf, Rückgang im Hürdenbereich, Stillstand bei den Hoch- und Stabhochspringern, sogar mit rückläufiger Tendenz – so sieht es bei den Herren in der „DDR"-Leichtathletik eine Woche vor dem Europacup-Finale in Moskau aus. Die Meisterschaften in Leipzig richteten urplötzlich die Aufmerksamkeit auf die in diesem Umfang bislang nicht sichtbar gewordenen Probleme.

Die Frauen driften allerdings keineswegs vom üblichen Erfolgskurs ab – ihnen konnte in Leipzig weder Wind noch Regen etwas anhaben. Der achte Sieg beim Europacup seit 1970 müßte möglich sein, trotz des Heimvorteils der sowjetischen Mannschaft.

Aber die Herren: Nach zwei von drei Wettkampftagen standen die Siegerleistungen von Stuttgart gegenüber jenen von Leipzig in 13 vergleichbaren Wettbewerben mit 9:4 im Plus. Der Aderlaß der Rücktritte, die hohe Verletztenquote, die wenigen Weltstars – das alles ergibt ein völlig neues Gesamtbild. Es gibt in der „DDR" keinen Ausnahmeläufer wie den Engländer Steve Cram, der mal so eben die 1000 m in 2:12,85 Minuten läuft und den Weltrekord nur um 67 Hundertstelsekunden verpaßt.

Im DLV mag man an die Chance in Moskau nicht so recht glauben. So sagten zum Beispiel die Sprinter einen Testlauf über 4 x 100 m in Lage ab. Bundestrainer Paul Wagner hatte 250 Mark pro Sprinter gefordert, Lübke, Haas, Sewald und Heer sollen 1000 Mark verlangt haben …

TENNIS / Grand-Prix-Turnier von Kitzbühel

# Michael Westphal erst im Endspiel besiegt

dpa/sid, Kitzbühel

An der Erfahrung des ehemaligen Doppel-Weltmeisters und Becker-Partners Pavel Slozil aus der CSSR scheiterte der 20 Jahre alte Hamburger Michael Westphal im Finale des mit 150 000 Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix von Kitzbühel. Beim 5:7, 2:6 in nur 99 Minuten war Westphal ohne Chancen. Selbst fünf Asse im ersten Satz waren zu wenig, um den Tschecholsowaken zu bezwingen. Westphal vergab beim Stande von 5:3 mit einem Doppelfehler einen Satzball. „Ich muß lernen, eine Führung zu verteidigen," sagte Westphal, der 12 000 Dollar erhielt. Slozil bekam das Doppelte.

Im Damen-Finale vorher hatte bereits die 16jährige deutsche Meisterin Sabine Hack (Reutlingen) gegen die Holländerin Nanette Schutte mit 1:6, 4:6 verloren.

Westphal hatte das Finale mit einem 7:6, 6:3 über den Tschechoslowaken Marian Vajda erreicht. Der Hamburger hatte Slozil in bisher zwei Aufeinandertreffen zweimal besiegt und rechnete sich deshalb gute Chancen aus: „Ich muß es kämpferisch durchhalten." Westphal, der auf seinem Weg ins Finale den österreichische Meister Thomas Muster, dessen Landsmann Horst Skoff sowie die beiden Schweden Simonsson und Carlsson geschlagen hatte, meldete mit seinem bisher größten internationalen Erfolg seine Rückkehr ins deutsche Daviscup-Team an: „Ich glaube, das war in dieser Hinsicht ein wichtiges Ergebnis für mich."

Darin bestätigte ihn auch der deutsche Verbands-Sportwart Günter Sanders: „Michael hat sich wieder ins Gespräch gebracht." Zum Comeback von Michael Westphal hat auch der Trainer des deutschen Daviscup-Teams, der Jugoslawe Niki Pilic, beigetragen. Westphal war beim Erfolg über die USA als Nummer vier dabei. Trotzdem trainierte er vor allem als Sparringspartner von Becker besonders intensiv.

Westphal, der mit seiner Freundin von Turnier zu Turnier reist und deshalb oft kritisiert wurde, hat vor allem an Kampfgeist gewonnen. In Kitzbühel hatte er sich anfangs nur zugetraut, zwei Runden zu überstehen. Nun stand er als einziger der gesetzten Spieler im Finale. 1985 war sein bestes Ergebnis der Einzug ins Viertelfinale des hochklassig besetzten Turniers in Monte Carlo.

Bei den kanadischen Meisterschaften in Toronto steht Claudia Kohde (Saarbrücken) im Finale. Im Viertelfinale hatte sie die amerikanische Wimbledonsiegerin Martina Navratilova mit 3:6, 6:4, 6:3 besiegt. „Ich glaube, niemals in meinem Leben habe ich besser gespielt als heute. Martina gerade jetzt zu besiegen, wo sie die Beste der Welt ist – das ist einfach der wundervollste Sieg meines Lebens." Und Martina Navratilova? „Wir haben beide großes Tennis gespielt, noch nie zuvor habe ich Claudia so gut gesehen." Es folgte ein klares 6:4, 6:4 über ihre Doppelpartnerin Helene Sukova, im Endspiel trifft sie auf Chris Evert-Lloyd.

## NACHRICHTEN

### 0:2 gegen Nigeria

Peking (sid) – Die deutsche Jugend-Auswahl (U 16) unterlag im Finale des Weltturniers in China mit 0:2 gegen Nigeria. Platz drei belegte Brasilien (4:1 über Guinea).

### „DDR"-Sieg in den USA

Grand Junction (dpa) – Bei der für Amateure und Profis offenen Rad-Rundfahrt in den USA führt nach der achten Etappe weiterhin der Amerikaner Grg Lemond. Etappensieger in Grand Junction wurde Olaf Jentzsch („DDR") vor Lemond.

### Everton schlug Manchester

London (UPI) – Der englische Fußballmeister FC Everton gewann das traditionelle Auftakt-Spiel zur neuen Saison gegen Pokalsieger Manchester United mit 2:0 im Londoner Wembley-Stadion.

### Überlegener Flug

Rieti (dpa) – Am vorletzten Tag der 19. Segelflug-Weltmeisterschaft bei Rieti (Italien) war der Amerikaner Ray Gimmey in der offenen und in der Standardklasse überlegen. Er war mehr als eine Stunde schneller als Titelverteidiger Ingo Renner (Australien) und der deutsche Meister Klaus Holligbaus.

### Rad: Zweite in Lüttich

Lüttich (sid) – Die deutsche Bahnrad-Nationalmannschaft belegte bei einem Länderkampf in Lüttich den zweiten Platz hinter Holland und vor dem belgischen A- und B-Team. Einziger deutscher Sieger war im Sprint Sascha Wallscheid (Hochberg).

### Jack Charlton trat zurück

Newcastle (UPI) – Der frühere englische Fußball-Nationalspieler Jack Charlton (50) trat als Trainer des Erstligaklubs Newcastle United zurück. Charlton wurde vor allem vorgeworden, er habe eine für Chris Waddle erhaltene Transfersumme von 2,3 Millionen Mark nicht für Neu-Verpflichtungen ausgegeben.

### Langer chancenlos

Denver (UPI) – Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer liegt nach der 3. Runde der PGA-Meisterschaften der USA in Denver chancenlos auf Platz 32. Es führt Green (USA).

### Meyer zur Bexten Zweiter

Dublin (sid) – Ulrich Meyer zur Bexten aus Herford belegte auf Merano beim Großen Preis der Springreiter in Dublin mit zehn Sekunden Rückstand auf den Sieger Nick Skelton (England) den zweiten Platz.

### Achter gewann Bronze

Brandenburg (sid) – Der Mädchen-Achter des Deutschen Ruderverbandes (DRV) gewann bei den ersten offiziellen Weltmeisterschaften der Junioren in Brandenburg die Bronzemedaille. Es gewann die „DDR" vor Rumänien.

### Hansi Müller begeisterte

Innsbruck (sid) – 12 000 Zuschauer lockte der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller bei Wacker Innsbruck an. Beim 1:1 (0:0) gegen den Grazer AK zum Saisonauftakt der österreichischen Meisterschaft spielte Müller 68 Minuten lang, wurde bald zum Publikumsliebling.

MOTORRAD / Großer Erfolg für Anton Mang, trotz aller Schwierigkeiten während der Saison

# Zweiter Sieg und zweiter Platz in der Weltmeisterschaft

dpa/sid, Anderstorp

Seinen zweiten Sieg innerhalb von sechs Tagen feierte Anton Mang aus Inning in einem Motorrad-Weltmeisterschaftslauf der Klasse bis 250 ccm beim Grand Prix von Schweden in Anderstorp. Eine Woche nach seinem Erfolg in Silverstone (England) gewann Mang auch den vorletzten von zwölf WM-Läufen. Mit diesem zweiten Saisonsieg wurde er zweiter der Weltmeisterschaft hinter dem schon als Titelträger feststehenden Amerikaner Freddie Spencer, der in Schweden in dieser Klasse nicht mehr startete. Der viermalige Weltmeister Mang schlug in Schweden den Venezolaner Carlos Lavado auf Yamaha.

Mangs Mechaniker Sepp Schlögl: „Wenn der Toni in den letzten Jahren immer diesen Biß gehabt hätte, wären wir um so manchen Titel reicher." In diesem Jahr hatte Mang allerdings auch keine Entwicklungsabteilung mit einem Millionen-Etat – so wie Spencer – im Rücken. Und er mußte sich gegen organisatorische Mängel in Sachen Ersatzteil-Versorgung bei Honda durchsetzen.

In Anderstorp ließ sich Mang, der bei Honda als Nummer eins für die nächste Saison im Gespräch ist, die Führung in der fünften Runde von Lavado abnehmen, doch in der zwölften der 25 Runden übernahm er wieder die Spitze und setzte sich bis zum Schluß um fast neun Sekunden ab.

Lavado hat damit bereits den dritten WM-Rang sicher, weil sein Yamaha-Markenkollege Martin Wimmer aus München als sein einziger Konkurrent bis zum Abschlußrennen in drei Wochen in Misano kaum seinen Handbruch auskuriert haben wird.

Miserabel lief es für den entthronten Vize-Weltmeister Manfred Herweh. Der Lampertheimer kämpfte sich bis zur achten Runde auf den vierten Rang vor, als er in einer Kurve – vermutlich wegen des festgehenden Rotax-Motors – stürzte und ausfiel. Der in Silverstone noch vor Herweh als Zweiter ins Ziel gekommene Reinhold Roth aus Amtzell wurde diesmal nur Zwölfter – zwei Plätze vor seinem Teamkollegen Harald Eckl aus Vohenstrauß.

Neue ARD-Serie: „Wochenendgeschichten"

# Konflikte am Sonntag

Das Wochenende hat einen eigentümlichen Stellenwert innerhalb der sieben Tage, und das nicht erst, seitdem die soziologische Hinterfragungswelle über uns zusammengeschwappt ist. Familienkonflikte z. B. scheinen vorprogrammiert – nicht von ungefähr verzeichnen die Damen und Herren von den Telefonseelsorgen montags vermehrt Anrufer, die sich über Probleme mit der Familie beklagen. Schon in den dreißiger Jahren trieb eine herzergreifende Ballade namens „Einsamer Sonntag" die Leute reihenweise in den Selbstmord, und Frank Sinatra wußte Anfang der fünfziger Jahre ein Lied davon zu singen, daß der Samstagabend der einsamste Abend in der ganzen Woche sei. (Es war übrigens auch ein Samstag, an dem Marilyn Monroe Hand an sich gelegt hat – wie man sagt.)

Solche und ähnliche Gedanken haben den WDR-Redakteur Wolf-Dietrich Brückner auf die Idee gebracht, eine Serie zu machen über Menschen am Wochenende. Sechs Filme von sechs Drehbuchautoren und sechs Regisseuren laufen, sinnigerweise jeweils montags, unter dem Titel „Wochenendgeschichten". Sie erzählen von sehr verschiedenen Menschen in außergewöhnlichen Situationen.

**Wochenendgeschichten – ARD, 20.15 Uhr**

Zum Beispiel die Geschichte von Ernst Kotte, der wegen Diebstahls zu zwei Jahren Haft verurteilt und – zur Beerdigung seiner Mutter – drei Tage lang, von Freitagnachmittag bis Montagmorgen, beurlaubt wird. In dieser kurzen Zeit erlebt Kotte die altvertraute dumpf-deprimierende Atmosphäre zu Hause, gerät mit seinen alten Kumpanen aneinander, die den Rest der Beute wollen, lernt aber auch eine Nachbarin kennen, zu der er innerhalb weniger Stunde eine tiefe Zuneigung faßt. Dermaßen „geläutert", klappt auf einmal auch wieder die Beziehung zwischen Ernst Kotte und dem Vater, der sich bisher in den Alkohol geflüchtet hat. Einen Schimmer von Hoffnung nimmt Kotte am Montag mit ins Gefängnis. Den Rest der Haftzeit wird er durchstehen – „Noch ein Jahr und sechs Tage", so auch der Titel dieser Folge.

Ein typisches „deutsches" Wochenende ist das sicherlich nicht, was sich Gerd Fuchs da ausgedacht und Regisseur Alexander von Eschwege inszeniert hat. Nichtsdestoweniger gelingt es den Schauspielern, allen voran Peter Lohmeyer als hölzernverstockter Häftling, der nur ganz allmählich und vorsichtig fremde Leute Einblick in seine Gefühlswelt nehmen läßt, das latent Rührselige der Story mühelos zu überspielen.

Einen Vater-Sohn Konflikt ganz anderer Art schildert die Folge „Schwarzer Bube". Werner verdient sein Geld als Berufsspieler, und er verdient – da er sich gezinkter Karten bedient – nicht schlecht. In diesem Job muß man stets am Ball sein, will man seine „Stelle" nicht aufs Spiel setzen. Klar, daß neben der Freundin, die sich bereits über Vernachlässigung beklagt, für den Vater nicht mehr viel Zeit bleibt. Einmal im Jahr, zu dessen Geburtstag, macht Werner ein spielfreies Wochende und besucht den alten Herrn, einen ehemaligen Schauspieler. Der hat zu seiner Feier ein paar Freunde eingeladen, und scheinbar ganz zufällig kommt das Gespräch auf Glücksspiele im allgemeinen und Pokern im besonderen. Werner, siegessicher von Anfang an, läßt sich zu einer Pokerpartie überreden. Wenn er geahnt hätte, was ihm blüht …

Klaus Bädekerl hat dem archaischen Vater-Sohn-Konflikt neue, überraschende Perspektiven abgewinnen können und schildert das Generationen-Duell mit einer gehörigen Prise Humor, der vor allem auf Kosten des spielsüchtigen Sohnes (Hanno Pöschl) geht. Eine Paraderolle ist für den großartigen Sigfrit Steiner der Vater, der seinem Sohn eine gehörige, aber wohlverdiente Lektion erteilt. Vivian Naefe hat den „Schwarzen Buben" ins Bild gesetzt in einem bedächtigem Erzähltempo, das dem Zuschauer einiges an Geduld abverlangt. Es lohnt sich allerdings, bis zum Ende mit Knalleffekt auszuharren.

Mit einer eher konventionellen Erzählung beginnen heute abend die „Wochenendgeschichten": Jans Freundin Jessica hat Schluß gemacht – ausgerechnet am Freitagnachmittag. Um die Nummer des Freundes ausfindig zu machen, zu dem sie sich geflüchtet hat, ruft er die Auskunft an – und beginnt einen Flirt mit dem Fräulein vom Amt. Tatsächlich gelingt es ihm, mit dem „Engel in der Leitung" eine Verabredung zu treffen – in einem Hamburger Park. Man werde sich, so versichert ihm das Fräulein am anderen Ende der Leitung, schon irgendwie erkennen …

„Wir wollten kein realitätsbezogenes Abbild vom deutschen Wochenende geben", versichert Redakteur Wolf-Dietrich Brückner. Das wäre wohl auch kaum interessant genug, um sechs Einstunden-Filme zu füllen. Aber so oder zumindest so ähnlich, wie es die Filme zeigen, könnte sich manche Geschichte ohne weiteres zutragen.

RAINER NOLDEN

## KRITIK

### *Kinder auf Bestellung*

Ein brisantes Thema stand am Freitag in der ARD-Reihe **Moment mal** zur Diskussion: Es ging um Leihmütter, die ein Kind, passend zu Augen und Teint, zu Milieu und IQ der Auftraggeberfamilie liefern.

Daß direkt an der Herstellung und am Einkauf von Wunschkindern Beteiligte – eine schwangere (rauchende!) Leihmutter und eine prospektive Adoptivmutter – eingeladen wurden, erwies sich als Nachteil. Es erschwerte den Ärzten, Juristen und Moraltheologen, vom honorig präsentierten Einzelfall abzusehen und zum verallgemeinernden Konsens zu finden, der für die Gesellschaft insgesamt vertretbar sein könnte.

Eines zeichnete sich deutlich ab: Wo Interessenten wie die Protagonistinnen in den Fernsehsesseln entschlossen sind, alle Mittel auszuschöpfen, die ihnen eine freie Gesellschaftsordnung an die Hand gibt, um zu bekommen, was sie wollen – eine Schwangerschaftsprämie und die Lust am „Verschenken der eigenen Fruchtbarkeit" oder ein eigengezeugtes Kind –, ist de facto wenig zu machen. Ärzte wie Hans Guido Mutke aus München sehen sich als ausführendes Organ auch solcher Kundenwünsche und leben u. a. davon.

Wenn ihnen das Gesetz das Handwerk legen sollte, können sie unbeschadet auf die natürliche Zeugung zwischen Spendervater und Leihmutter ausweichen, das Ergebnis als „Panne" deklarieren und durch Adoption zum „Kindeswohl" führen. Frauen, die sich dafür weichklopfen lassen, sind sicher zu finden. Die Attitüde der dienstbaren Geister und Opferlämmer ist – emanzipierten Frauen wie der Moderatorin Gertrud Höhler zum Trotz – auch 1985 nicht ausgestorben. Nach der menschlichen Beschaffenheit des Mannes, der seine Intimpartnerin ausleiht, wird ebensowenig gefragt wie nach den Nöten der Kinder, deren leibliche Mutter anonym bleiben kann.

Die Argumentation des Moraltheologen Franz Böckle, Schwangerschaft und Elternschaft müsse auch zum Wohle des Kindes als Einheit gesehen werden, blieb auf der Strecke. Die Ärztin Dr. Retzlaff pochte vergeblich auf die Mitverantwortung des Arztes auch für das ungeborene Kind. Sie sieht die Zeit kommen, wo nicht nur die unfruchtbare Ehefrau, sondern auch die vielbeschäftigte Geschäftsreisende, die figurbewußte Schauspielerin „gebären lassen".

INGRID ZAHN

### *Tristesse der Trabantenstadt*

Und noch ein Alain Jessua in deutscher Erstaufführung, ein Bildschirm-Nocturne um die Inhumanität moderner Betonvorstädte und was daraus entstehen kann: ein Film mit Biß – **Die Hunde** (ZDF), ein düster-spannendes Soziogramm um einen frisch bestallten Arzt (engagiert, kraftvoll und doch am Rande zur Resignation: Victor Lanoux) und den *mild maniac* Gérard Depardieu als Morel. Der ist Hundezüchter und Dresseur, ein wahrhafter Tierfreund, dessen Credo lautet: „Ein Hund ist immer nur so aggressiv wie sein Herr."

Die Trabantenstadt-Tristesse gebiert alleweil Gewalt, Frauen werden nachts überfallen, und Jugendliche verschaffen sich mit berstenden Schaufensterscheiben und demontierten Automobilen Luft. Doch die Gewalt der Asphaltkrüppel erzeugt Gegengewalt – die Bürger statten sich, mit Morels Hilfe, mit Hunden aus und sorgen damit nicht nur für erheblichen Zulauf in Dr. Férets Praxis, sondern auch für unaufhaltsame Eskalation. Die abgerichteten Hunde agieren wie lebende Torpedos, zähnefletschende Mordroboter, perfekt konditionierte Werkzeuge der Selbstjustiz: Das treibt den Arzt ins Lager der Morel-Gegner, deren Spitze – ein unlängst voll bekehrter Bürgermeister – abgebissen wird. Morel bleibt der coole Tierfreund, ein Wolf im Schafspelz, der nach und nach auch die Gegnerseite aufzuweichen versteht.

Am Schluß Jugendliche, die ohnmächtig Knallkörper in Morels Zwinger werfen und darob verfolgt werden. Einer der Hunde, Schoßtier ausgerechnet der kürzlich selber vergewaltigten Arztfreundin Elisabeth (etwas zu puppig à la Dallas-„Pam": Nicole Calfan), treibt einen der Jungen in den Tod. Sein Freund, gründlich gerüstet gegen Biß und Riß, setzt Morels ganzes Anwesen in Brand, die Tiere inklusive, und ersticht den machtsammelnden Züchter.

Das Ende bleibt offen, der Film schließt mit der Nahaufnahme eines blutrünstigen Wolfsgesichts. Mit einkehrendem Frieden ist nicht zu rechnen, Minutenidyllen werden zerknurrt. Ein veritabler „Thriller", das auch; aber vor allem eine fesselnde, zugleich deprimierende, weil ratlos lassende Variante auf das Thema Zivilisation, Desperadotum, Selbstwehr, Aktion und Reaktion und – die Einsamkeit des Idealisten.

ALEXANDER SCHMITZ




## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00 heute**
**10.05 Lieder der vier Jahreszeiten**
**11.35 Gott und die Welt**
Kirche im Sozialismus
**12.10 Verrat ohne Verräter**
Die Spiegel-Affäre
**12.55 Presseschau**
**13.00 heute**

**15.00 Fury**
**15.25 Fauna Iberica**
**15.50 Wolff und Rüffel**
**16.00 Tagesschau**
**16.10 Schöne Aussichten**
Gespräche im Glashaus
**17.20 Im Schatten der Eule**
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Wochenendgeschichten**
Sechsteilige Fernsehreihe
1. Folge: Jan und Joy
Von Holger Schnitgerhans
Mit Helmut Zierl, Johanna Liebeneiner u. a.
Regie: Heidi Genée
**21.15 Kontraste**
Ein Kind zwischen Ost und West – „DDR"-Anwalt Vogel zu einem aktuellen Streit / „Im Stasiknast mußt du die Schnauze halten" – Gespräch zwischen Wolf Biermann und dem Atomphysiker Rolf Schälike nach dessen Haftentlassung aus der „DDR" / Spurensuche – Die Geschichte des ehemaligen „DDR"-Marinesoldaten Andreas Obojes
Moderation: Jürgen Engert
**22.00 Es ist angerichtet (10)**
Komische Geschichten mit Eddi Arent, Felix Dvorak, Monika Lundi u. a.
Regie: Heinz Liesendahl
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Tschechow in meinem Leben**
Film von Vadim Glowna
Vadim Glowna versuchte eine „poetische Dokumentation", in deren Mittelpunkt seine Ehefrau Vera Tschechowa, eine Großnichte des Dichters, steht. In Moskau begegnet die gebürtige Deutsche einem Stück Heimat in der Fremde, einem Stückchen Vergangenheit.
**0.30 Tagesschau**

**15.00 heute**
**15.05 Die Vogelscheuche**
Wurzel und die Seemannsbraut
**15.30 Ferienkalender**
**16.05 Charlie Brown**
Du bist ein prima Sportsmann, Charlie Brown
**16.30 Lassies Abenteuer**
Sturmflut (2)
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
Schwerpunkt: Aus der Rock-Pop-Szene
**17.50 Ein Colt für alle Fälle**
Die brasilianische Gräfin
Dazw. heute-Schlagzeilen
**19.00 heute**
**19.30 Reportage am Montag**
Zigeunerleben
Über ein Dasein zwischen Romantik und Wirklichkeit berichten Rudolf Blank und Jürgen Roth
**20.15 U 4000 – Panik unter dem Ozean**
Japanischer Spielfilm (1969)
Mit Joseph Cotten, Cesar Romero, Akira Takarada u. a.
Regie: Inoshiro Honda
**21.45 heute-journal**
**22.05 Gestern ist noch nicht vorbei**
Die Geschichte der Nelsons – von den Anfängen des deutschen Kabaretts
Film von Ludwig Brundiers
In den zwanziger Jahren prägten sie das deutsche Kabarett, und noch heute tingelt Herbert Nelson, ehemaliger Redakteur der Voice of America, zusammen mit Frau Eva durch die Vereinigten Staaten.
**22.35 Zum Jahr der Musik**
Heinrich Schütz
Zum 400. Geburtstag
Als „hervorragender Musiker seiner Zeit" wurde Heinrich Schütz (1585–1672) schon zu seinen Lebzeiten gefeiert.
**23.40 heute**




**13.00 Solid Gold**
**14.00 Big Valley**
**15.00 Black Beauty**
**15.30 Musicbox**
**16.30 Marco**
**17.00 Mondbasis ALPHA 1**
Das Spiegelwunder
**18.00 Westlich von Santa Fé**
Grobe Gesellen
oder Regionalprogramm
**18.30 APF blick:**
Nachrichten und Quiz
**18.45 Washington hinter verschlossenen Türen (5)**
**20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin**
Schuldenrebellion der Entwicklungsländer? – Fragen an Volkmar Köhler, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit / Compact-Disc – Karriere einer Schallplatte / Internationale Börsenberichte
Moderation: Jeanette Enders
**21.00 Galerie Buecker**
**21.30 APF blick:**
News, Show, Sport
**22.15 Ratten im Secret Service**
Englischer Spielfilm (1967)
Mit Richard Johnson u. a.
Regie: Seth Holt
**23.50 APF blick:**
Letzte Nachrichten

## 3SAT

**18.00 Löwenzahn**
34. Peter und die Sumpfblüten
Kompass
Nah und fern (1)
**19.00 heute**
**19.30 Sportreport**
U. a. Dressur-Europameisterschaften in Kopenhagen
**21.15 Zeit im Bild 2**
**21.45 cinema international**
Yanks – Gestern waren wir noch Fremde
Englischer Spielfilm (1979)
Mit Richard Gere, Vanessa Redgrave, William Devane u. a.
Regie: John Schlesinger
**0.00 3SAT-Nachrichten**

## III.

**WEST**
**18.30 Der Regenbogenprinz**
Musik, Musik
**19.00 Aktuelle Stunde**
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
**19.45 Fensterprogramme der Landesstudios**

**NORD**
**18.30 Der Regenbogenprinz**
**19.00 Privatleben in Uniform**
Beobachtungen an einem Bundeswehrstandort
**19.45 Internationales TV-Kochbuch: Ungarn**
Essen in der Pußta

**HESSEN**
**18.30 Der Regenbogenprinz**
**19.05 Ein Platz für Tiere**
*Gemeinschaftsprogramm:*

**WEST / NORD / HESSEN**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Namibia – für uns immer noch Südwest**
Eine deutsche Farmerfamilie und ihre schwarzen Helfer
Dokumentarfilm von Herbert Bunge
Vor etwa 100 Jahren kamen die ersten deutschen Siedler nach Südwestafrika. Die schwarze Bevölkerung wurde unterdrückt, die Weißen fühlten sich als Herrenmenschen. Die Metzgers bezeichnen ihre schwarzen Angestellten heute als Freunde.
**21.45 Kottan ermittelt: Räuber und Gendarm**
Überfall auf ein Wiener Postamt. Was zunächst wie ein professionell geplanter Coup aussieht, endet im Chaos. In einer grotesk-wilden Jagd verfolgen Gangster ihre eigenen Komplizen, die Polizisten wiederum die zerstrittene Bande.
**23.20 Letzte Nachrichten**

**SÜDWEST**
**16.00 In Liebe eine 1**
Amerikanischer Spielfilm (1963)
Mit James Stewart, Sandra Dee u. a.
*Nur für Baden-Württemberg:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für das Saarland:*
**19.00 Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Bonanza**
Müde Willies
**20.15 Hans Hass (7)**
Am Großen Barriere-Riff
**21.00 Flash Gordon**
Kontakt mit der Erde
**21.15 Rückblende**
Vor 105 Jahren geboren:
Hans Moser
**21.30 Takio – Stadt der vielen Dörfer**
**22.30 Jazz am Montagabend**
**23.55 Nachrichten**

**BAYERN**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Live aus dem Alabama**
**20.45 Entwicklung des Selbstbewußtseins**
Szenen aus einer Vater-Sohn-Beziehung
**21.30 Rundschau**
**21.45 Blickpunkt Sport**
**22.45 Z. E. N.**
Zeugnisse karthagischer Kunst
**22.50 Direktion City**
Gefährliches Rendezvous
**23.35 Rundschau**

# *Pankraz und die neue Unübersichtlichkeit*

Pankraz hat in diesen Wochen viel Anlaß zum Lächeln, kommt doch alle Augenblicke ein linker Kleinideologe angeschnaubt und klagt darüber, daß alles so furchtbar „unübersichtlich" geworden sei. Die „Neue Unübersichtlichkeit", Titel einer Aufsatzsammlung von Jürgen Habermas, ist zum Stich- und Schlagwort der Saison geworden. Es gibt zur Stunde nachgerade nichts mehr, dem man leichte Überblickbarkeit oder Durchsichtigkeit bescheinigen möchte. Besonders die professionellen Weltverbesserer und Sozialrezepteure wissen nicht mehr ein noch aus. Sie kommen sich vor wie Hunnen, die jahrelang über bequeme, brettflache und baumlose Steppen geritten sind und die nun plötzlich in die dichtbewaldete Hügellandschaft Mitteleuropas hineingeraten, wo man keinen Platz mehr hat zur flächendekkenden Generalattacke und wo sich hinter jedem Berg unerwartete, weltbildstürzende Perspektiven auftun können.

Das Barmen und Klagen wirkt ausgesprochen komisch, haben sich doch vor noch gar nicht langer Zeit dieselben Leute, die heute barmen, über den „Kirchturmhorizont" des gemeinen Mannes lustig gemacht, der seine Weltanschauung, komplett verpackt und gut übersichtlich, vom Herrn Pfarrer beziehe, ohne nach den Einzelheiten zu fragen, für den oben oben und unten unten sei und der keine Ahnung von der komplizierten Schichtenlage der wirklichen Welt habe. Unübersichtlichkeit, so konnte man oft vor Tisch hören, sei der Preis der Aufklärung, jedes gelöste Problem zeitige sofort ein neues ungelöstes, der Erkenntnisprozeß sei „trial and error", das Erkenntnisobjekt unendlich und unausschöpfbar. „Wir wollen nicht Mühle spielen, sondern Schach" (E. Bloch).

Unvermutet haben aber nun unzählige Spätaufklärer auf einmal den Reiz des schlichten Mühlespiels entdeckt. Sie drängeln sich an den unteren Spieltischen, schieben voll Biederkeit ihre Steinchen hin und her und fallen vor Schreck fast in Ohnmacht, wenn die Partie nach zwei, drei Kombinationen nicht sofort ohne Rest und Komma aufgeht. Wer sich so kleinmütig verhält, kann nie und nimmer ein guter Aufklärer gewesen sein. Er hat den weltanschaulichen Frischhaltebeutel des Herrn Pfarrers offenbar nicht weggeschmissen, sondern ihn lediglich mit einigen neuen Sächelchen bestückt. Statt des lieben Gottes tat man die Utopie hinein, statt seines unerforschlichen Ratschlusses den „ehernen, gesetzmäßigen Gang der Geschichte", doch im Grunde sollte alles schön übersichtlich bleiben. Und heute, da die Sächelchen trotz aller Frischhaltebemühungen dennoch ranzig geworden sind, gibt es ein großes Wehgeschrei. Man sucht nach Schuldigen, um von der eigenen Ohnmacht abzulenken.

Pankraz kann allen jungen, unverbrauchten Talenten in Wissenschaft und Philosophie, Literatur und Kunst nur dringend raten, sich weder am Wehgeschrei noch am Schuldigesuchen zu beteiligen und die neue Unübersichtlichkeit nicht als Unheil, sondern als große Chance für eigenes ungestörtes Wegelegen zu verstehen. Hat nicht kürzlich ein Kulturhistoriker, Hans Graeve, die Vermutung geäußert, flache, gut übersichtliche Ebenen seien immer ungünstig gewesen für große kulturelle Leistungen, sie begünstigten lediglich das Aufkommen von Militärstrategen, Diktatoren und Hochleistungssportlern? Im übertragenen Sinne mag an der These noch mehr dran sein als im ursprünglichen.

Eine kulturelle Konstellation, in der das Pathos der Übersichtlichkeit regiert, ist tatsächlich Gift für junge, schöpferische Geister. Es bedeutet nämlich, daß die wichtigen Fragen der Epoche für prinzipiell entschieden ausgegeben werden: den Nachwachsenden, so wird suggeriert, bleibe nur noch übrig, auf dem einmal gewiesenen Weg „voranzuschreiten", die mächtigen Entwürfe vergangener Meister im Detail auszumalen. Der Druck des Zeitgeistes auf Nonkonformisten und Dissidenten erreicht in einer solchen Epoche der Übersichtlichkeit skandalöse Spitzenwerte, öde Anpasser und großmäulige, unschöpferische Theorie- und Nachlaßverwalter kommen zu Einfluß und Ehren.

Die Situation verbessert sich sofort, sobald das Pathos der Übersichtlichkeit nachläßt. Die Szene wird bunter, liberaler, die Sanktionsgewalt der Zeitgeist-Exekutoren schwindet. Natürlich birgt so etwas auch neue Gefahren. Höher als die zart aufsprießenden Blüten der echten Talente schießen zunächst die Sumpfblüten schlauer Konjunkturreiter und agiler Novitätenhändler. Magier, Augenblicks-Zauberer, trügerisch schillernde Eintagsfalter und Scharlatane jeglicher Couleur bekommen Konjunktur. Das geistige Niveau wird insofern bedroht, als man allenthalben, um mit Karl Kraus zu sprechen, die Krawatten lockert, so daß es die Apostel der Übersichtlichkeit leicht haben, über „Theorieverlust" oder „Methodologieverlust" zu zetern.

Doch man lasse sich nicht täuschen! Was da scheinheilig als Niveauverlust beklagt wird, ist nur der Verlust von augentäuschenden, Weite vorspiegelnden Pappkulissen, die nun endlich weggeräumt werden. Das Publikum braucht Zeit, sich an die Freiheit und wahre Weite der neuen Unübersichtlichkeit zu gewöhnen. Bald wird es lernen, unseriöse Sekundenknaller von wirklich neuen Einfällen zu unterscheiden, die roßtäuschenden Kümmelspieler von den ernsthaften Schachspielern abzuheben.

Für einen kreativen Literaten oder Sozialwissenschaftler jedenfalls, daran gibt es keinen Zweifel, ist die Situation der neuen Unübersichtlichkeit hundertmal segensreicher und anregender, als es die mit ideologischen Aufsichtsbeamten vollgestellte Periode der vorgeblichen Übersichtlichkeit je sein konnte. Das geistige Potential wird wieder voll gefordert. Sollte auf Dauer nichts dabei herauskommen, so wird es nicht an der Ungunst der Umstände gelegen haben, sondern am fehlenden Potential.

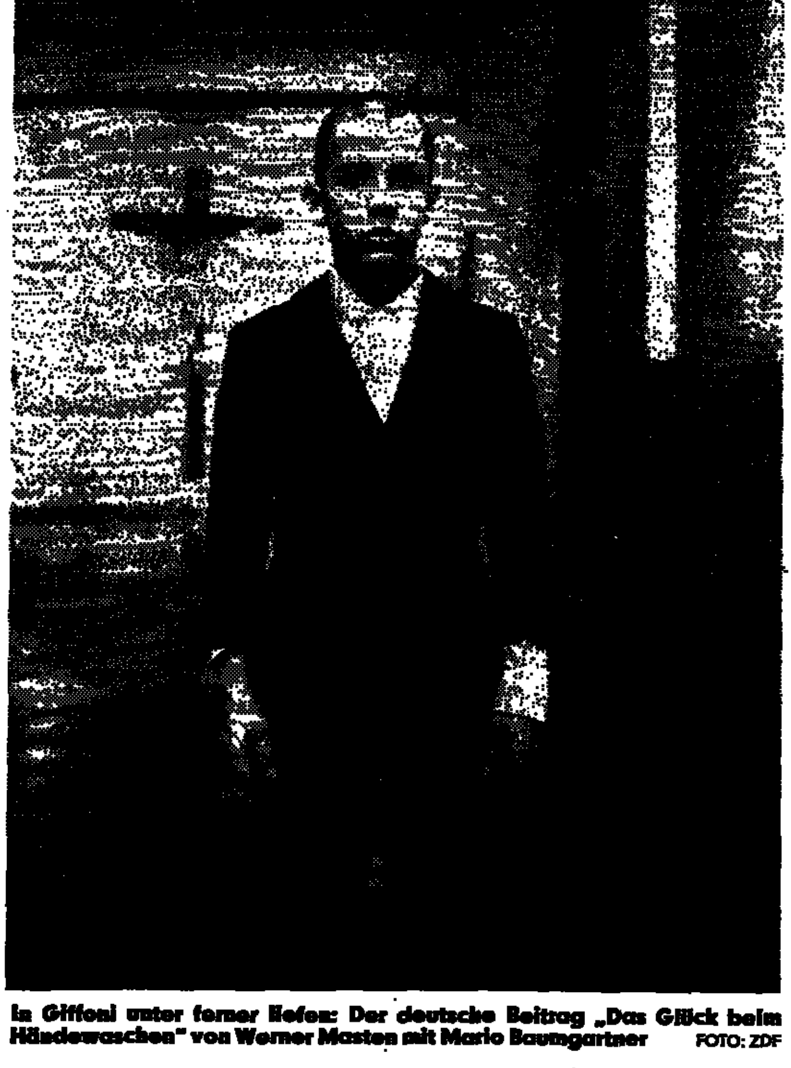
*Pankraz*

Wo die Kleinen selbst die Jury bilden: Das Festival des Kinderfilms im italienischen Giffoni Vallepiana

# Und abends Gaudi auf der Piazza

Die süditalienische Kleinstadt Giffoni Vallepiana veranstaltet seit nunmehr 15 Jahren das einzige auf Kinder- und Jugendfilme spezialisierte Filmfestival. Mit wachsendem internationalen Ansehen nahmen auch die Subventionen zu. Im kulturell notorisch unterbelichteten italienischen Süden begann Giffoni mit dem wahrscheinlich kleinsten, aber sicherlich originellsten Filmfestival der Welt zu glänzen. Filmgrößen wie François Truffaut besuchten das entlegene, erdbebengeschädigte Bergstädtchen in der Campania unweit von Salerno, südöstlich von Neapel. Peter Ustinov kam als Unicef-Botschafter. Die in diesem Jahr erwartete Liv Ullman mußte leider absagen.

Längst vorbei sind die Zeiten, wo man den Kinderfilm als bloße Randerscheinung des Filmgeschäfts glaubte vernachlässigen zu dürfen. Je mehr die Kinder fernsehen, desto größer ist der Bedarf vor allem an Kurzfilmen nun auch schon für die Kleinsten. Zugleich steigen die Ansprüche der kindlichen Zuschauer. Ihnen gefällt bei weitem nicht alles, was die Erwachsenen kindgemäß lustig oder pädagogisch wertvoll finden. Mit Sicherheit werden immer mehr kluge Filmemacher dazu übergehen, Kinder an der Gestaltung der für sie bestimmten Streifen zu beteiligen. In einer Kultur wie der christlichen, die sozusagen mit der Anbetung des Kindes begann, sollte das sowieso Ehrensache sein. Freilich fiel auch heuer wieder auf, daß kaum Mädchen, immer nur Jungen im Mittelpunkt der gezeigten Filme standen, auch in denen, die aus Fernost kamen. In 99 Prozent aller Streifen war der Held männlichen Geschlechts, Mädchen spielten nur sekundäre Rollen.



In Giffoni unter ferner liefen: Der deutsche Beitrag „Das Glück beim Händewaschen" von Werner Masten mit Mario Baumgartner FOTO: ZDF

Auch in anderer Hinsicht fiel die diesjährige Runde eher enttäuschend aus. Das Festival hat in jedem Jahr einen anderen nationalen Schwerpunkt. Diesmal war man ausgerechnet auf – Albanien verfallen. Die Auswahl kurzer und langer Streifen aus diesem jüngsten und unbekanntesten Filmland hatte allenfalls Seltenheitswert, ja, wirkte streckenweise sogar ausgesprochen peinlich und ärgerlich.

Zwei Partisanenfilme (von 1961 und 1976), die im Kriege zur Zeit der Besatzung Albaniens durch das Mussolini-Regime spielen, zeigten Kinder und Jugendliche als Partisanenhelfer und faschistische Befehlshaber und Pädagogen als Kinderquäler, die mit Hunger und Schlägen Geständnisse von inhaftierten Jungen zu erpressen suchten und zum Schluß den Tod des jungen Helden auf dem Gewissen hatten. Es waren Abenteuerfilme im Stil etwa des italienischen Neo-Realismus der fünfziger Jahre. Die restlichen zehn neueren albanischen Streifen bildeten mehr oder weniger penetrant eine bunte, heile Welt des Sozialismus in der Stadt und auf dem Lande ab.

Bei den kindlichen Festival-Zuschauern hatten alle diese albanischen Filme nicht die geringste Chance. Das Auswahlverfahren im Wettbewerb um den „Silbernen Drachen von Giffoni" ist nämlich einzigartig: Eine Jury von 90 Kindern im Alter von zehn bis 14 Jahren stimmt schriftlich über die Rangfolge ab. Ihre Nummer eins wurde der spanische Film „Von Mann zu Mann" von Ramon Fernandez: die krimihaft spannende Geschichte eines kleines Jungen und eines pensionierten Literaturprofessors im Großvateralter, die sich als Aussteiger kennenlernen und anfreunden; des weiteren gefiel der Kinder-Jury jeweils ein Film aus den USA (Platz zwei), aus Italien (Platz drei), Japan (Platz vier) und China (Platz fünf). Den 1. Preis für den besten Kurzspielfilm gewann „Die Bärin" (USA).

Chancenlos blieb der einzige Spielfilm-Beitrag der Bundesrepublik, „Das Glück beim Händewaschen" des Südtirolers Werner Masten. Der politisch-realistische Schwarzweiß-Film (vom ZDF wiederholt gezeigt) erzählt nach dem Roman von Joseph Zoderer die Geschichte des jungen Andreas Hittaler, der sich nirgends heimisch fühlt, weder in der auseinandergerissenen Familie noch im Schoße der Kirche noch in der staatlich zudiktierten „Heimat".

Dieser Film, sicherlich alles andere als ein „Jugendfilm", ging auch bei dem Medaillensegen leer aus, der sich während der Schlußfeier ergoß, wo auch sehr schwache Streifen noch preiswürdig erschienen. Sie war der pompöse Höhepunkt der Shows, die jeden Abend auf einer Piazza bei grell übersteuerten Lautsprechern weit mehr als tausend Zuschauer anlockten und so breiten Raum einnahmen, daß das eigentliche Filmfestival beinahe wie ein Anhängsel dieses mit viel Folklore gespickten Freilichtspektakels wirkte. Jeden Abend waren auch Kinder auf dem Podium. Eifrig diskutierten sie mit Regisseuren und Schauspielern, herrlich souverän geführt und animiert durch die in Italien ungemein populäre Fernseh-Moderatorin Roberta Manfredi. Das mitanzusehen war ungemein lehrreich.

Der künstlerische Leiter des Festivals von Giffoni, Claudio Gubitosi, ein Beamter der Regionalregierung in Neapel, bewies mit seiner bunt zusammengewürfelten Progamm-Mischung, daß die veranstalterische Phantasie nicht unbedingt im selben Maße zunehmen muß wie die Subventionen. Er scheint überfordert zu sein, und es heißt, daß er die Festival-Leitung niederlegen will. Das könnte eine gute Gelegenheit sein, dieses prinzipiell so wichtige und notwendige Festival organisatorisch zu verbessern, ohne ihm dabei allerdings seine durchaus liebenswerten improvisierten und folkloristischen Züge zu nehmen.

Mehr als ein Dutzend junger italienischer Filmemacher war in diesem Jahr zusätzlich eingeladen, ihre Arbeiten zu präsentieren und zu diskutieren. Nur wenige von ihren Filmen hatten etwas mit Jugendproblematik zu tun; noch weniger damit zu tun hatte die jeweils zur Geisterstunde anberaumte Reihe von sechs Stanley-Kubrik-Filmen. Das Giffoni-Festival, gastlich so einladend und organisatorisch so konfus, muß sich tatsächlich mehr um sein Niveau und seine Linie kümmern. Aber die Kinder selbst sollten auf jeden Fall, wie bisher schon, das letzte Wort in der Jury behalten.

GEORG BORCHARDT

## JOURNAL

### Berliner Festwochen mit Wajda, Linke und Heyme

dpa, Berlin

Die Berliner Festwochen im September, die diesmal von Bachs 300. Geburtstag und dem Europäischen Jahr der Musik geprägt werden, haben jetzt auch das endgültige Programm für den Bereich Darstellende Künste vorgelegt. So werden während der dreiwöchigen Veranstaltungsreihe u. a. drei Dostojewski-Inszenierungen und mehrere Filme des Regisseurs Andrzej Wajda zu sehen sein. Susanne Linke wird mit ihrem Tanztheaterstück „Schritte verfolgen" aufwarten, und Hansgünther Heyme inszeniert für die Festwochen das Kammerspiel „Sophonisbe" des schlesischen Barock-Dramatikers Daniel Casper von Lohenstein. Musikalische Höhepunkte werden eine Kagel-Uraufführung und Beethovens „Missa Solemnis" unter Karajan sein.

### Uraufführung von zwölf Liedern von G. v. Einem

dpa, Salzburg

„Zwölf Lieder nach verschiedenen Dichtern, op. 73" von Gottfried von Einem sind im Rahmen der Salzburger Festspiele im Großen Saal des Mozarteums uraufgeführt worden. Die Mezzosopranistin Marjana Lipovsek hatte sie in ihren Liederabend eingefügt. Die Lieder nach Texten von Goethe, Agnes Miegel, Christine Busta, Peter Huchel und anderen ließen einen einheitlichen Kompositionsstil hören, der dennoch auf jedes der verschiedenartigen Gedichte einging. Einen wesentlichen Beitrag für den großen Beifall leistete Erik Werba mit seiner Klavierbegleitung.

### 35. Internationales Jugendfestspieltreffen

dpa, Bayreuth

Ein Opernabend mit Werken von Igor Strawinsky, ein Orchesterkonzert zu Ehren der gestorbenen künstlerischen Leiterin Grete Barth und ein Workshop, „Bach auf der Opernbühne", sind die Höhepunkte des 35. Internationalen Jugendfestspieltreffens, das in Bayreuth eröffnet worden ist. 400 junge Künstler aus aller Welt bereiten in dreiwöchiger Arbeit die öffentlichen Aufführungen am Rande der Richard-Wagner-Festspiele vor. Neben den traditionellen Kammermusikkursen stehen ein Orgelinterpretationskurs, ein Komponistenworkshop und eine Musiktheater-Werkstatt auf dem Programm des Treffens, das erstmals unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Richard von Weizsäcker steht.

### Chinesische Biographie über Friedrich Schiller

dpa, Walsrode

Professor Zhang Yushu, Leiter der deutschen Abteilung der Universität Peking, wird der erste Chinese sein, der eine Biographie über Friedrich Schiller schreibt. Das Werk soll eine Stärke von rund 300 Seiten erreichen. Das teilte der chinesische Ordinarius während eines Empfanges mit, den die Stadt Walsrode für eine Gruppe von neun Germanistik-Professoren aus der Volksrepublik China im Heidemuseum gab. Die chinesische Delegation weilt für zwei Wochen in Niedersachsen und wird auch am internationalen Germanistenkongreß Ende August in Göttingen teilnehmen.

### Festival der Rocksänger und Liedermacher

dpa, Berlin

Liedermachen und Rocksänger aus Frankreich, Italien, Großbritannien und dem deutschsprachigen Raum, darunter auch aus der „DDR", werden vom Donnerstag an in Berlin ein zweiwöchiges Liedermacherfestival, „Rock'n Poesie", veranstalten. Wie der künstlerische Direktor des Berliner Theaters des Westens, Jürgen Baumann, darlegte, wird auch ein vom französischen Kulturministerium gefördertes „Festival des neuen französischen Chansons" stattfinden.

### *Louise Brooks †*

AP, Rochester

Die amerikanische Schauspielerin Louise Brooks, im Europa der 20er Jahre wegen ihrer großen Stummfilmrollen vergöttert, ist gestorben. Sie erlag den Folgen eines Herzanfalls. In Deutschland eroberte die Brooks das Kinopublikum als Lulu in den Filmen „Die Büchse der Pandora" und „Das Tagebuch einer Verlorenen" (beide 1929), in denen Wilhelm Georg Pabst ganz unter dem Einfluß der Lehren Freuds versuchte, erotische Phantasien und Träume zu gestalten. Mit ihrer Lulu hat sie Filmgeschichte geschrieben. Nach ihrer Rückkehr nach Hollywood erhielt sie dann nur noch kleinere Rollen in unbedeutenden Streifen. Nachdem für sie neben dem aufstrebenden John Wayne in dem Western „Overland Stage Raiders" (1938) nur eine winzige Nebenrolle abgefallen war, zog sie sich enttäuscht aus der Filmwelt zurück, gerade 32 Jahre alt. Nun ist sie im Alter von 78 Jahren in Rochester, New York, gestorben.

Die Pariser Boulevards

# Swann im Dunkel der Belle Epoque

Heute sind sie nicht mehr der Treffpunkt der eleganten Welt: die großen Boulevards, die Paris auf dem rechten Seine-Ufer von der Madeleine Kirche bis hin zur Bastille halbkreisförmig umschließen. Zwei Weltkriege, gesellschaftliche Entwicklungen und die Kaprizen der Mode gaben anderen Orten den Vorzug, etwa den Champs Elysées oder der piekfeinen Rue du Faubourg Saint Honoré. Aber immer noch sind sie für das Leben der Metropole unentbehrlich, und die historische Reminiszenz plaziert sie ohnehin an die erste Stelle der Pariser Straßen.

Mit der Ausstellung „Les Grands Boulevards" belebt das Musée Carnavalet im Pariser Marais Viertel die Legende dieser Straßen jetzt noch einmal neu. Zahlreiche Gemälde, Zeichnungen, Fotos und alten Stiche dokumentieren ihre Geschichte. Im Unterschied zu allen anderen Pariser Boulevards sind sie nicht auf Haussmanns Reißbrett entstanden. Sie sind viel älter, und nur ihnen steht das Adjektiv „grand" zu, wenngleich es heute wesentliche größere und breitere Boulevards in Paris gibt.

Der Sonnenkönig Ludwig legte sie um 1670 auf den ehemaligen Befestigungswällen der Stadt als „Spazierwege" an. Doch ihre Blütezeit kam erst im 19. Jahrhundert, sie wurden ein „lieu du monde" mit Cafés, Straßenhändlern, Theatern, dem berühmten Winterzirkus und jeder Menge hocheleganter Flaneurs. Die Theater installierten sich vor allem auf dem Boulevard du Temple, den die Pariser rasch „Boulevard du Crime" nannten.



Aus der großen Zeit der Flaneurs: Kutschen am Boulevard Saint-Denis um 1900 FOTO: KATALOG

Fast alle bedeutenden Schriftsteller des 19. Jahrhunderts haben die Boulevards gefeiert. Balzacs Cousin Pons faszinierten sie ebenso wie Flaubert, der Fréderic Moreau dort lustwandeln läßt. Zola liebt das Theater „Les Variétés" auf dem Boulevard Montmartre, wo Nana allabendlich auftritt. Swann sucht Odette im „geheimnisvollen Dunkel der Boulevards". Und selbst Bretons Nadja fühlt sich um 1928 noch magisch angezogen vom Boulevard Poissonnière. Aber sie ist im Grunde schon eine Nachzüglerin Pariser „Boulevardiers", denn der Glanz dieser eminent pariserischen Straßen erlosch mit dem Ende der Belle Epoque. Die Ausstellung läßt ihn jetzt noch einmal vortrefflich aufleuchten. (Bis 20. Okt., Katalog 110 FF)

DORIS BLUM

Ost-Berlin: Kommen im Theater Leistungsgagen?

# Wider den Schongang

Die künstlerische Entwicklung auf den Bühnen der „DDR" stagniert, die Zuschauerzahlen sind rückläufig, das Vertragssystem, das die Mitarbeiter fest an ein bestimmtes Haus bindet (von der SED in der Vergangenheit stets als große „soziale Errungenschaft" herausgestellt), gerät ins Wanken. Dieses System leidet vor allem an der gleichzeitigen Kategorisierung der „DDR"-Bühnen in A-, B- und C-Theater – mit entsprechender Abstufung bei den Gagen. Viele Schauspieler und auch ganze Bühnen fühlen sich dadurch regelrecht diskriminiert. Es gibt Unruhe, und das verleiht dem im kommenden Herbst heranreifenden V. Kongreß des Verbandes der Theaterschaffenden der „DDR" eine Sprengkraft, wie sie wohl noch keiner der vorangegangenen Kongresse aufzuweisen hatte.

Im Vorfeld der Tagung ist eine hochoffizielle Diskussion in Gang gesetzt worden. Im Zentrum der Debatten, so Präsidiumsmitglied Fritz Rödel, müsse „die Frage nach dem gesellschaftlichen Auftrag der DDR-Theaterkunst" stehen. Es müßten „alle Kräfte mobilisiert" werden, um unter den Theaterkünstlern das Bewußtsein zu fördern, daß die „staatsbürgerliche Verantwortung untrennbarer Bestandteil unserer kulturpolitisch-künstlerischen Motivation sein muß und nicht eine bloße Zutat, auf die man gegebenenfalls auch verzichten kann".

So weit, so bekannt. Aber dann überraschte der SED-Funktionär Rödel mit einem recht ungewöhnlichen Gedanken: „Angesichts dieser Sachlage ist es höchste Zeit, unsere Theatergagen stärker als bisher leistungsabhängig zu machen und die Zugehörigkeit zu einem Ensemble mit dem Leistungsprinzip in Übereinstimmung zu bringen und nicht auf den einmaligen Akt des Vertragsabschlusses zu reduzieren."

In die gleiche Kerbe schlug unlängst Karl Schneider, ebenfalls SED-Mitglied und Generalintendant der Magdeburger Bühnen: „Soziale Sicherheit bringt eben – nicht nur am Theater – auch zeitweilig Tendenzen von Bequemlichkeit, mangelnder Leistungsbereitschaft, Schongang-haltung u. a. hervor. Wir stehen in dieser Hinsicht vor den gleichen Aufgaben wie jeder beliebige Industriebetrieb ... Was wir brauchen, ist in stärkerem Maße eine leistungsabhängige, Leistungen stimulierende Entlohnung für das künstlerische Personal."

Wie weit soll die Leistungsabstufung aber gehen? Ist man bereit, den einzelnen Theaterleitern einen individuellen Spielraum bei der Gagengewährung für bestimmte herausragende Talente einzuräumen? Hierzu erklärte Ursula Schoene-Makus, Intendantin des Theaters Greifswald: „Eine Befragung unter Ensemble-Mitgliedern an unserem Haus ergab, daß es sich für die individuelle künstlerische Persönlichkeitsentwicklung, aber auch für die Ensemble-Entwicklung positiv auswirken würde, wäre die Gelegenheit für Schauspieler/Sänger kleinerer Häuser gegeben, auch zeitweilig an größeren Bühnen zu arbeiten bzw. müßten Möglichkeiten des ‚Aufstieges' nicht nur von persönlichen Beziehungen u. ä. abhängen."

Trotzdem sprach sich die Greifswalder Intendantin für die „Beibehaltung des bestehenden Vertragssystems" aus. Auch Theaterleiter Günter Rimkus (Deutsche Staatsoper Ost-Berlin) warnte davor, die Probleme „durch die Rückkehr zu den früheren, im Grunde menschenunwürdigen Zuständen" zu lösen, und der Görlitzer Theaterindendant Roman Silberstein sprach die Erwartung aus, daß „der soziale Fortschritt, unsere Errungenschaften sowie die Sicherung der Existenz in unserer Gesellschaft nicht abgebaut werden".

Die Tatsache, daß zahlreiche „DDR"-Theaterkünstler gegen neue Regelungen sind, also einen gleichsam reaktionären Standpunkt einnehmen, hat allerdings ganz konkrete politische Ursachen. Wie in der Ost-Berliner Zeitschrift „Theater der Zeit" nachzulesen ist, geht es der SED nämlich vor allem darum, die Theaterkünstler in erster Linie nach ihrem „gesellschaftlich nützlichen Einsatz" zu bewerten und auszustatten. Keine Begabungs-Konkurrenz „droht", sondern eine Konkurrenz in manifestierter Parteitreue und „nützlichem gesellschaftlichen Einsatz".

Der Plan, die Theatergagen stärker als bisher leistungsabhängig zu machen, ist nichts als ein Versuch, die Theaterkünstler angesichts wachsender Unabhängigkeitsbestrebungen stärker an die Kandare zu nehmen. Jeder, der sich innerhalb der „DDR"-Theaterszene auskennt, weiß ja, daß die Mehrzahl der Regisseure, Dramaturgen und Schauspieler ihren „gesellschaftlichen Auftrag" nur lustlos erfüllen. Von der Partei gewünschte Polit-Stücke werden, wenn überhaupt, höchst einfallslos inszeniert, die entsprechenden Rollen werden in ausgesprochener „Schonganghaltung" heruntergespielt. Jeder ist froh, wenn er die politische Normerfüllung hinter sich gebracht hat. Dem will man nun offenbar mit „leistungsabhängigeren Gagen" einen Riegel vorschieben.

HARALD BUDDE

Schloßtheater Drottningholm: Von Gay bis Mozart

# Mit Wellen und Wolken

Die Sommersaison im Schloßtheater von Drottningholm wurde in diesem Jahr ausnahmsweise einmal nicht mit Oper eröffnet, sondern mit Ballett. Freilich keinem Tanztheater im modernen Sinne, sondern mit der Rekonstruktion historischer Werke durch die Choreographin Regina Beck-Friis, eine Schülerin der Tanzhistorikerin und Choreographin Mary Skeaping. Die Ballettausgrabungen galten einem „Pygmalion" zur Musik von Carl Philipp Emanuel Bach und dem „Don Juan" mit der Musik von Gluck.

War der „Pygmalion" kaum mehr als eine Bagatelle im galanten Stil, so erwies sich Glucks „Don Juan"-Ballett, das streng nach der Urfassung von Angiolini und Calzabigi geformt war, doch fast Mozarts Oper ebenbürtig. Das freilich war zu allererst das Verdienst von Per Arthur Segerström, einer kühl aristokratischen Erscheinung als Don Juan, zudem in seinem Tanz technisch perfekt. Der andere Star war natürlich die 219 Jahre alte Bühnenmaschinerie des Schloßtheaters, die an diesem Abend wahre Triumphe feierte und alles zeigte, was sie kann: Bühnenbildwechsel binnen zehn Sekunden, vom Himmel herunterbrausende Wolkenwagen, heranrollende Wellen und dröhnenden Donner.

Michael Hampes Inszenierung von Händels Oper „Agrippina" erlebte in Drottningholm nach Schwetzingen und Köln ihre dritte Station in diesem Sommer, wie in Köln von Arnold Östman dirigiert, freilich in leicht geänderter Besetzung. Karen Huffstodt ist nun die Agrippina, Randall Outland der Kaiser Nero. Im Gegensatz zum Orchester, den London Baroque Players, die natürlich sehr kompetent in der Artikulation von Händels Musik sind, wußte von den Sängern jedoch keiner etwas mit dem barocken Notentext anzufangen. Man singt halt Händel wie Mozart oder Rossini, auch in diesem Jubiläumsjahr.

Drottningholms Hausgott Mozart wurde mit zwei Opern geehrt, einer Neuinszenierung der „Entführung aus dem Serail" und der Wiederaufnahme von „Cosi fan tutte". Die eigentliche Entdeckung der „Entführung" war der Tenor Patrick Power als Belmonte, eine lyrisch-romantische Gestalt in der geistigen Nachbarschaft des jungen Werther mit einem berückend wehmütigen Tenortimbre. Als Constanze errang Georgine Resick einen gerechten Triumph. Vor allem die Martern-Arie rutschte ihr virtuos aus der Kehle. Das Buffo-Personal war sängerisch nur unzureichend besetzt, auch der Regisseur Tom Lagerborg verfiel in den Spielszenen allzu willfährig der wohlfeilen Klamotte. Ein Verdikt, das auch immer noch für Willy Deckers „Cosi fan tutte"-Inszenierung gilt. Diese Aufführung präsentierte sich jedoch in diesem Jahr musikalisch gefestigt.

Das eigentliche Sommervergnügen der Stockholmer Oper findet jedoch dieses Jahr gar nicht draußen in Drottningholm statt, sondern im Königlichen Confidence-Theater, ebenso alt wie Drottningholm, doch gleich am nördlichen Stadtrand gelegen. Dort spielt man die Bettleroper von Gay und Pepusch.

Die Aufführung wird im wahrsten Sinne des Wortes geschmissen von vier berühmten Pensionären der Königlichen Oper, nämlich Margareta Hallin als Polly, Kjerstin Dellert als Frau Peachum, Kerstin Meyer als Diana Trapes und Ragnar Ulfung als MacHeath. Dieses Quartett hochkalibriger Singschauspieler hätte einer Regie (Ann Margret Pattersson) gar nicht bedurft und fühlte sich unter der Leitung des Dirigenten Charles Farncombe mit seinem Mini-Sparorchester wie in Abrahams Schoß.

LARS HOLMERT



Ehrung für den Hausgott Mozart: Szene aus „Cosi fan tutte", im Drottningholmer Schloßtheater FOTO: CHRISTER ULVAS

# Die Schlinge zieht sich zu: Polizeibeamter bleibt in Haft

CATRIN WILKENING, Stuttgart

Der Polizist Roman Gianoncelli aus dem schwäbischen Michelbach, der Freitagfrüh festgenommen worden war, bleibt weiter in Haft. Der 22Jährige soll drei Männer auf einsamen Waldparkplätzen im Raum Ludwigsburg/Heilbronn erschossen und deren Autos anschließend für Banküberfälle in der Region benutzt zu haben.

Der Verdacht erhärtete sich, seit sich am Samstag herausstellte, daß der junge Mann dieselbe Blutgruppe hat wie das Blut, das an dem letzten Tatort gefunden wurde. Zunächst hatte es für den Polizisten nach seiner Vaerhaftung günstig ausgesehen, als nach Schußversuchen mit seiner Dienstpistole, einer Walther P 5, bekannt wurde, daß diese Waffe unmöglich mit der Tatwaffe identisch sein konnte. Gianoncelli bestritt auch gestern noch, irgendetwas mit den Vorwürfen zu tun zu haben.

Wie der Sprecher der Sonderkommission, Peter Kurz, mitteilte, wird das endgültige Ergebnis der Blutuntersuchungen im Laufe der Woche zu erwarten sein. Bis dahin hofft man auch, die Tatwaffe gefunden zu haben.

Die unheimliche Verbrechensserie im süddeutschen Raum hatte die Bevölkerung dermaßen in Angst und Schrecken versetzt, daß sich die Landespolizeidirektion Stuttgart I zur



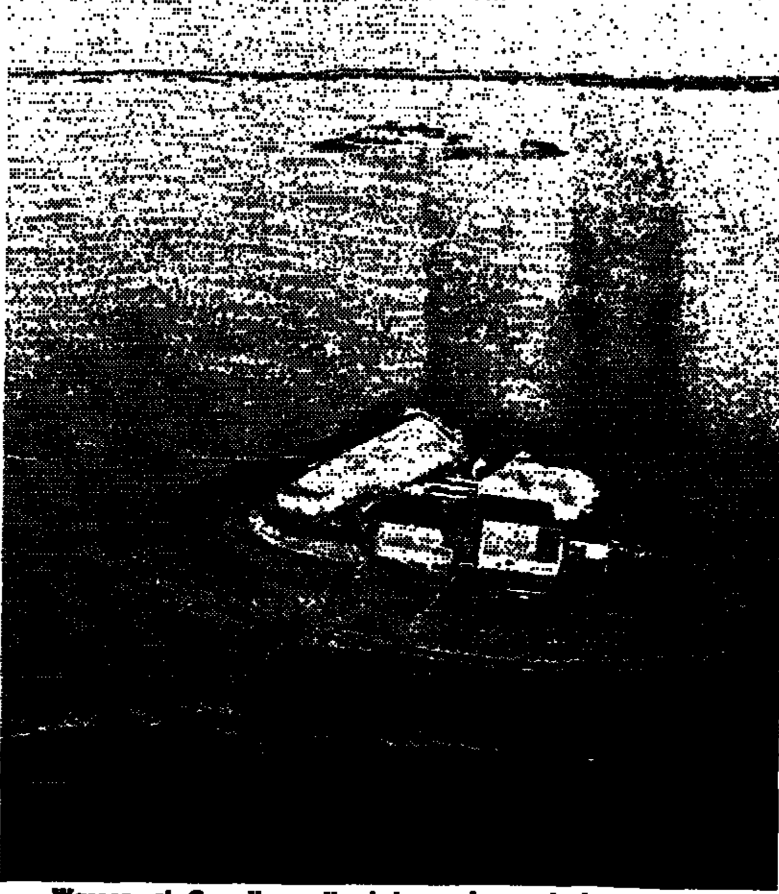
Roman Gianoncelli (22) steht unter Mordverdacht.

Einsetzung einer Sonderkommission mit 80 Kriminalisten entschloß. Der Täter hatte die Opfer alle auf einsamen Waldparkplätzen hinterrücks erschossen, während sie dort alleine rasteten. Bei seinen Bankeinbrüchen hatte er stets einen Vorschlaghammer verwandt, um damit die Panzerglasscheiben einzuschlagen. Von daher heißt die Fahndungsgruppe die „Sonderkommission Hammer" oder kürzer „Soko Hammer". Wie engagiert die Bevölkerung mitarbeitet, läßt sich an der Zahl der Hinweise ablesen. Mehr als 2800 von ihnen haben die Fahnder inzwischen auszuwerten.

Der Verdacht fiel schließlich auf den in seiner Heimatgemeinde eher als stiller Typ eingestuften Polizisten, nachdem er vor einer Woche ohne Angaben von Gründen nicht mehr zum Dienst erschienen war. Nach eigenen Angaben hatte er eine Tour nach Italien unternommen. Sein Verschwinden wurde um so mytseriöser, als tags darauf auf einem Autobahnparkplatz zwischen Ludwigsburg und Leonberg persönliche Gegenstände von ihm gefunden wurden. Daraufhin leitete die Polizei die Großfahndung nach ihm ein. Einen Tag später meldete sich der Gesuchte zurück bei seinen Eltern in Michelbach. War das von den Fahndern noch als „Plus" für ihren Kollegen gewertet worden, so verstärken sich jetzt die Verdachtsmomente wieder.

Zwei Polizeibeamte hat auch die Düsseldorfer Mordkommission am Samstag festgenommen. Die beiden 24 und 25 Jahre alten Männer stehen unter dem Verdacht, in der Nacht zum Dienstag vergangener Woche einen betrunkenen Arbeitslosen auf einem Waldweg bei Hilden überfallen, umgebracht und beraubt zu haben. Einer der beiden hat gestern bereits gestanden.

## Beim ewigen Kampf gegen das Meer glaubt man in Schleswig-Holstein endlich den „Stein der Weisen" gefunden zu haben





Wasser – als Grundlage allen Lebens, aber auch als unerbittlicher Zerstörer. Links eine Hallig, die „Land unter" meldet. Rechts die rollende Nordsee, wie sie die Inseln fürchten.
FOTOS: SVEN SIMON, WIEDEMANN

# „Sandvorspülung" heißt für Kiels obersten Deichgrafen das Zauberwort

Von GEORG BAUER

Das Wasser hat sich in die Weite der Nordsee zurückgezogen. Einsam, als gäbe es nur diese Welt, liegt die Hallig Oland im Watt vor der nordfriesischen Küste. Eine Handvoll reetgedeckter Häuser duckt sich hinter dem schützenden Ringdeich: Eine Trutzburg im Watt, gewappnet gegen die Sturmfluten der rauhen Jahreszeiten. Wirklich? Oder trügt der Schein? Bauarbeiter, mit Baggern und Raupen ausgerüstet, scheinen denn doch eine andere Sprache zu reden.

Noch bis zum Oktober, sofern die Witterung es zuläßt, sind die Arbeiter auf der Hallig, um einen Ring zu verstärken, der bis vor wenigen Jahren noch als völlig ausreichend angesehen wurde – bis der „Blanke Hans" am 24. November 1981 wieder einmal den Gegenbeweis antrat ...

Die Arbeiten auf Oland gehören zu einer Kette von Maßnahmen, die die Landesregierung Schleswig Holsteins im Rahmen seines milliardenteuren Generalplanes „Küstenschutz" in die Wege geleitet hat. Nicht ohne Zufriedenheit konnte Landwirtschaftsminister Günter Flessner, sozusagen ranghöchster Deichvogt des Landes, jüngst auf einer Inspektionsreise zu den interessantesten Baustellen entlang der Küste an Nord- und Ostsee bilanzieren, daß zum Ende des Jahres mit der Verstärkung von rund 262 Deich-Kilometern fast drei Viertel der wichtigsten Bauvorhaben beendet seien.

Im Kampf mit dem Meer steht Sylt an vorderster Front. Seine herausragende Lage muß es teuer bezahlen. Seit 1950 werden Jahr für Jahr 1,5 Meter Küstenstreifen ein Raub des Meeres. Vor 1950 waren es nur 0,9 Meter gewesen.

Und eine zweite Rechnung: Die der ungenutzten Energien. Jahr und Jahr setzen die bis zu acht Meter hohen Wogen an der Küste des 40 Kilometer langen, weichenden Bollwerks eine Energiemenge von 5,6 Milliarden Kilowattstunden frei. Eine Menge, die Hamburg fast ein halbes Jahr mit Strom versorgen könnte.

Nach jahrzehntelangen – unzureichenden – Bemühungen, das Meer durch Ufermauern und Deckwerken zu zähmen oder mit Wällen aus tonnenschweren Betonkörpern – Tetrapoden – zu brechen, glaubt das Amt für Land- und Wasserwirtschaft in Husum, nun den „Stein" der Weisen gefunden zu haben: Das Zauberwort heißt Sandvorspülungen.

Gewaltige Hopperbagger saugen wie die Staubsauger Sand aus dem Meer und pumpen ihn über Rohrleitungen an den Strand. Vor der Düne wird zudem ein Sanddepot aus Verschleißteil und Reserveteil angelegt. Insgesamt müssen nach Schätzungen für eine einmalige Vorspülung entlang der Küste zehn Millionen Kubikmeter Sand bewegt werden. Preis: 67 Millionen Mark.

Doch die aus technischer, wirtschaftlicher und landschaftspflegerischer Sicht günstigste Maßnahme hat einen Pferdefuß: Sie muß im Rhythmus von sechs Jahren für einen geschätzten Neuaufwand von sieben bis neun Millionen Mark wiederholt werden. Länger läßt sich die Nordsee ihr Eigentum nicht vorenthalten. Sie holt es sich zurück, 1,1 Millionen Kubikmeter Sand pro Jahr.

Die Finanzierung: Bund und Land übernehmen 90 Prozent. Aber schon die Selbstbeteiligung der Gemeinden in Höhe von zehn Prozent macht Ärger. Daß die Gemeinden sich gegen diese Restsumme zur Wehr setzen, erbost nun wieder das Festland. Dort will man den Inseln die leeren Kassen einfach nicht glauben. Wo so viele Nobelkarossen wie sonst nirgendwo in der Republik über die Straßen kutschieren (Sylt), wo Zehntausende im Sommer Urlaub machten, müsse Geld vorhanden sein.

Teuer kommen Bund und Land auch die Vordeichung der Hattstedter Bucht im Kreis Nordfriesland. Hierfür sind 262 Millionen Mark veranschlagt worden. Mehr als 15 Jahre ziehen sich die Arbeiten schon hin.

Gerade in dieser Region mit den Inseln Pellworm und Nordstrand haben die Nordfriesen immer wieder dem Meer getrotzt und dafür oft genug mit dem Leben bezahlen müssen. Zwei unvorstellbare Katastrophen, die jeweils die Landkarte verändert haben, brachen 1362 und 1634 über die Menschen herein, die zu Zehntausenden ertranken.

Aus den Lehren der jüngsten Zeit, da sich die Sturmfluten häufen, zog man in Kiel den Schluß, sich beim Küstenschutz nicht mehr auf Deichbau und Vorlandarbeiten zu beschränken. Ein flächendeckender Küstenschutz wurde konzipiert, der das Abtragen der Wattsockel, der Fundamente für Inseln, Halligen und Festlandsmarschen, verhindern soll.

Die Stichworte hierfür sind: Verkürzung der Deiche, ein 15 Kilometer langer Sicherungsdamm vom Festland zur Insel Pellworm, Vordeiche vom Festland zur Insel Nordstrand und Kampf den Prielen, die sich nicht weiter vertiefen und verbreitern dürfen. Für die Arbeiten werden sechs Millionen Kubikmeter Sand, 735 000 Kubikmeter Klei, 275 000 Tonnen Schüttsteine, 215 000 Tonnen Geröll, 65 000 Tonnen Asphalt und 60 000 Tonnen Kies benötigt.

Dagegen nehmen sich die Deichverstärkungen an der Ostsee, die bedeutend milder als die Nordsee gestimmt ist, fast bescheiden aus. Bis Ende 1986 soll vor der Probstei, einer Landschaft nordöstlich von Kiel, der Deich auf einer Länge von rund 14 Kilometern verstärkt sein. Kostenaufwand: rund 52 Millionen Mark.

Nach den Planungen sollen die Arbeiten an Nord- und Ostsee bis 1993 abgeschlossen sein. Ob dann das Meer gebändigt ist? Messungen eines Braunschweigers Professors über den Anstieg des Meeresspiegels in den vergangenen 25 Jahren sorgten jüngst für Unruhe. (Die WELT berichtete.) Er hatte festgestellt, daß das mittlere Tidehochwasser in der Deutschen Bucht in der Zeit von 1959 bis 1983 um 16 Zentimeter gestiegen ist. Aufs Jahrhundert umgerechnet entspräche das einem Anstieg um 64 Zentimeter. Bisher war man von 25 Zentimetern pro Saeculum ausgegangen. Kiel beruhigte: „Der Professor habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Ergebnis nicht ohne weiteres auf die Zukunft übertragen werden darf."

# 1000 Polizisten bändigten Punks und Skinheads

dpa, Düsseldorf

Fast 1000 Polizeibeamte in Uniform und Zivil haben in der Nacht zum Sonntag eine befürchtete Massenschlägerei zwischen 300 Skinheads, rechtsradikalen Fußballfans und einer größeren Gruppe von Punks in Düsseldorf verhindert. Die Skinheads hatten zu einem bundesweiten Treffen aufgerufen. 48 Jugendliche wurden vorübergehend festgenommen, weil sie „gefährliche Gegenstände" wie Gaspistolen, Sprunggeräte, Messer oder Ketten bei sich trugen, berichtete die Polizei gestern. 14 junge Männer wurden wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angezeigt. Die Polizei zeigte sich zufrieden, daß es ihr gelungen war, das Treffen ohne Gewalttätigkeiten „in den Griff" zu bekommen. Die Museen am Altstadtrand und eine Schule blieben am Samstag geschlossen. Geschäftsleute vernagelten ihre Auslagen mit Brettern.

## Streife überfallen

dpa, Lippstadt

Bei einer Hilfsaktion für einen herumtorkelnden vorgeblich Betrunkenen sind zwei Polizeibeamte gestern am frühen Morgen bei Lippstadt/Westfalen von unbekannten Männern überfallen worden. Zwei Gangster, darunter der Betrunkene, raubten ihnen ihr Fahrzeug, einen zivilen Streifenwagen, sowie die Waffen, berichtete ein Polizeisprecher.

## Moskito-Stich mit Folgen

AFP, Athen

Ein Moskito-Stich kann als Arbeitsunfall anerkannt werden. Dieses Urteil fällte jetzt der griechische Kassationshof in letzter Instanz im Fall eines Seemanns, der 1974 als Erster Offizier auf einem Frachter angeheuert war und nach dem Stich einer Anophelesmücke wegen Malaria wochenlang behandelt werden mußte.

## Tiefste Höhle wird erforscht

dpa, Titograd

Eine Gruppe von 60 Höhlenforschern aus Ost und West hat am Sonnabend mit der Erforschung der mit 1000 Metern vermutlich tiefsten Höhle der Welt begonnen. Wie die Nachrichtenagentur Tanjug berichtete, handelt es sich um eine im Tal des Komarnica-Flusses in Montenegro gelegene Höhle.

## Bergsteiger abgestürzt

AFP, Zermatt

Zwei deutsche Bergsteiger aus Heroldsberg, William Lorz (53) und Sohn Markus (19), sind nach Angaben der schweizerischen Polizei am Samstag beim Abstieg auf der Ostwand des Matterhorns abgestürzt.

## Siebenschläfer zu Ende

dpa, Hamburg

Donnerstag gehen die sieben Wochen nach dem unbeständig bis schlechten Siebenschläfer vom 27. Juni zu Ende. Danach müßte es nach alter Bauernweisheit schön werden. Die Meteorologen sehen diesen Tag eher als Schlußtag einer kurzen Schönwetterperiode, die heute mit schwüler Hitze von 30 Grad im Süden und 25 Grad im Norden beginnt und nach Wochenmitte enden soll.

# „Restlose Begeisterung"

## 600 000 Zuschauer beim 30. Mal „Rhein in Flammen"

hkl, Koblenz

30 gewaltige „Feuertöpfe" mit starken Blitzschlägen vom Kaliber 80 Millimeter, die am Deutschen Eck in Koblenz ein vielfaches Echo auslösten, beendeten in der Mitternachtsstunde zum Sonntag Europas größtes Open-air-Festival „Der Rhein in Flammen". Entlang der 17 Kilometer langen Mittelrheinstrecke zwischen Spay und der Festung Ehrenbreitstein erlebten etwa 600 000 „restlos begeisterte" Zuschauer die acht Riesenfeuerwerke. Unter den Besuchern, die die vielen pyrotechnischen Premieren am wolkenlosen Himmel spontan beklatschten, waren erstmals auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel, sein Wirtschaftsminister Rudi Geil, die Mittelrhein-Weinkönigin Jutta, in- und ausländische Bürgermeister und neben Bonner Delegationen die Botschafter von Bolivien und Kolumbien.

75 Ausflugsschiffe und Motorboote bildeten eine bunte „Rheinflotte", angeführt vom Signalschiff „Josef Langen". Von diesem Schiff wurden jeweils Leuchtsignale zum auf die Minute abgestimmten Beginn für exakte Bengal-Beleuchtung und Feuerwerk gegeben. 1000 freiwillige Helfer am Ufer sorgten dafür.

Höhepunkte der diesjährigen Veranstaltung waren wieder bengalische Beleuchtung und Feuerwerk von der Marksburg in Braubach, Illuminierung der Häuser und des Rheinufers in Stolzenfels sowie das Abschluß-Feuerwerk von der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz.

Schon in drei Monaten laufen in Koblenz die Vorbereitungen für den 31. „Rhein in Flammen" an; „konkurrenzlos", denn, so ein Sprecher der Großveranstaltung, „wir haben die Märchenlandschaft am Rhein mit den Schlössern und Burgen, wir haben das jahrzehntelange Know-how".

# LEUTE HEUTE

### Fürsorge

Seit gestern ist US-Präsident **Ronald Reagan** für drei Wochen in Kalifornien, seiner alten Heimat. Auch einen ehemaligen Schauspielerkollegen will er besuchen: **Rock Hudson**, der schwerkrank in einer Klinik in Los Angeles behandelt wird.

### Flitterwochen?

Für ihn ist es die fünfte Ehe, für sie die zweite. Am Freitag wird der Stahlbaron **Heini Thyssen** (64) in Moreton-in Marsh (Grafschaft Gloucestershire) die ehemalige Miss Spanien, **Carmen „Tita" Cervera** (42), heiraten. Wohin sie in die Flitterwochen fahren, wurde verschwiegen.

### Freizeit-Theater

Zur Schauspielerei kehrte Präsidentensohn **John F. Kennedy jr.** (24) zurück. Diese Woche tritt er gemeinsam mit **Christina Haag**, einer früheren Kommilitonin, im „Irish Arts Center" in New York in dem Stück „Winners" auf. „John und Partnerin spielen ein junges Liebespaar in Nordirland. Kennedy wollte früher eigentlich „drama" studieren, doch Mutter **Jackie Onassis** hinderte ihn daran. Inzwischen arbeitet er tagsüber brav für die Stadt New York im Amt für Wirtschaftsförderung. Das Theater sei für ihn nur noch eine schöne Freizeitbeschäftigung.

### Freundschaft

Was wahre Freundschaft ist, bewies **Burt Reynolds** wieder einmal. Er nahm seinen alten Freund **Hal Needham** bei sich auf, der gerade zu Hause herausgeflogen war. Reynolds und den 54jährigen Regisseur verbindet seit 1969 ein enges Band. Bereits als Needhams erste Ehe geschieden wurde, wohnte er bei Freund Burt, für geschlagene zwölf Jahre. Wie lange sie jetzt als Trio – Reynolds lebt zusammen mit **Loni Anderson** – leben werden, ist noch offen.

### Freiheit

Eine persönliche, in seinem Land mögliche Freiheit nahm sich der indische Landbesitzer **Udayanath Dakhinray** in seinen 61 Lebensjahren 89 mal heraus. So viele Frauen heiratete er. Als ihn seine erste Angetraute 1949 nach zwei Wochen Ehe verließ, wandte er sich radikal der Polygamie zu. Von den 89 Ehefrauen ließen sich 57 im Laufe der Jahre scheiden, elf starben. Momentan lebt er mit sechs Ehefrauen im ostindischen Bundesstaat Oriaas, seiner Heimat. Er ist Vater von „nur" sieben Söhnen und drei Töchtern.



# WETTER: Im Küstengebiet Schauer

**Wetterlage:** Die Ausläufer eines Tiefs über den Britischen Inseln überqueren am Montag den Norden und die Mitte Deutschlands.

**Vorhersage für Montag:**
Im Norden anfangs stark bewölkt und zeitweise Regen. Tageshöchsttemperaturen zwischen 20 Grad an der See und 25 Grad im Binnenland. Tiefstwerte nachts um 13 Grad. In Bayern sonnig und heiß mit Höchsttemperaturen nahe 30 Grad. In Baden-Württemberg Höchsttemperaturen 24 bis 28 Grad, Tiefstwerte um 14 Grad.

**Weitere Aussichten:**
Sommerlich warm, aber weiterhin gewittrig.

**Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 20° | Kairo | 30° |
| Bonn | 21° | Kopenh. | 19° |
| Dresden | 21° | Las Palmas | 22° |
| Essen | 19° | London | 16° |
| Frankfurt | 18° | Madrid | 23° |
| Hamburg | 18° | Mailand | 23° |
| List/Sylt | 17° | Mallorca | 28° |
| München | 17° | Moskau | 30° |
| Stuttgart | 20° | Nizza | 23° |
| Algier | 25° | Oslo | 15° |
| Amsterdam | 19° | Paris | 21° |
| Athen | 31° | Prag | 19° |
| Barcelona | 26° | Rom | 26° |
| Brüssel | 20° | Stockholm | 16° |
| Budapest | 24° | Tel Aviv | 31° |
| Bukarest | 25° | Tunis | 30° |
| Helsinki | 17° | Wien | 19° |
| Istanbul | 28° | Zürich | 19° |

**Sonnenaufgang*** am Dienstag: 6.05 Uhr, Untergang: 20.48 Uhr; **Mondaufgang:** 1.51 Uhr, Untergang: 19.46 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Kalkulierter Schock eines Todeskandidaten?

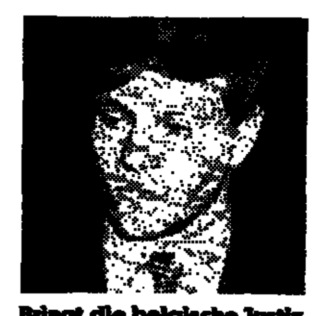
HELMUT HETZEL, Brüssel

Er ist noch nicht einmal 30 Jahre alt und hat offenbar Sehnsucht nach dem Tod auf der Guillotine. Mit diesem Verlangen schockierte der verurteilte Mörder Patrick De Decker (24) die belgischen Justizbehörden, als er – eine Sensation seit mehr als 100 Jahren – den königlichen Gnadenerlaß kurzerhand mit den Worten: „Ich will sterben", ablehnte.

Partick De Decker aus Anderlecht wurde im Dezember '84 von einem Gericht in Brabant für schuldig befunden, den Hotelier Marcel Bayens zusammen mit einem Komplizen beraubt und auf bestialische Weise umgebracht zu haben. Der Körper des Opfers wies 35 Einstiche mit einer Schere auf. Diese Tat ahndeten die Richter wenigstens für De Decker mit der Todesstrafe.

Dessen Weigerung nun, den königlichen Gnadenerlaß anzunehmen, stellt Justiz und Gesetzgeber vor völlig neue, bisher nicht durchdachte Probleme: Muß die Todesstrafe etwa wirklich vollzogen werden? Ist das Strafgesetz eiligst neu zu gestalten und das rückwirkend überhaupt noch möglich? Bleibt der königliche Gnadenerlaß gültig – auch ohne die Unterschrift des zu Begnadigenden? Fragen, die jetzt heiß diskutiert werden.

„Der Gefangene kann doch die Begnadigung gar nicht verweigern", erklärt ein Sprecher des Löwener Ge-



Bringt die belgische Justiz durcheinander: Patrick De Decker

fängnisses geradezu beschwörend. Andererseits nimmt er auch kein Blatt vor den Mund, um auszudrükken, was der 24jährige seiner Meinung nach tatsächlich im Schilde führt. „Der will doch nur berühmt werden. Vielleicht spekuliert er aber noch darauf, daß man ihm dann aufgrund seiner neu erworbenen Popularität auch noch die lebenslange Freiheitsstrafe verkürzt."

Daß der nach außen hin als todessehnsüchtiger Jüngling auftretende Häftling tatsächlich eine solche Strategie verfolgen könnte, ist bei der in diesem Fall noch völlig unklaren Rechtslage in Belgien nicht von der Hand zu weisen. Seit 1869 herrscht im Königreich der Flamen und Wallonen die allseits respektierte Praxis, daß Todesurteile – sozusagen automatisch – durch den Gnadenerlaß des Staatsoberhauptes in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt werden. Bisher verlief das immer reibungslos. Niemand sah sich daher genötigt, die de jure in Belgien noch immer existierende Todesstrafe auch formell abzuschaffen.

Nur ein einziges Mal, so weisen die Akten aus, hat sich der belgische König bisher quergelegt. Das war im Jahre 1918. Ein Unteroffizier der belgischen Armee hatte seine schwangere Verlobte umgebracht. Der damalige König Albert I. blieb hart und verweigerte seinerseits den üblichen Gnadenerlaß. Mit der Begründung, unzählige belgische Soldaten hätten im Ersten Weltkrieg an der Front ihr Leben lassen müssen, schickte er den Mörder in den Tod. Um das Urteil, das noch im selben Jahr auf dem Großen Markt in Veurne öffentlich vollstreckt wurde, überhaupt vollstrecken zu können, mußten sich die Behörden damals eigens aus Frankreich die Guillotine kommen lassen.

Tritt dieser Fall nun wieder ein? Die Gefängnisleitung bestätigte gestern der WELT gegenüber noch einmal, daß De Decker bei seiner Weigerung bleibt. Auch Emanuel Leclerqe, sein Anwalt, erklärte, daß sein Mandant „aus tiefster Überzeugung" an seiner Haltung festhalten werde. „Wir wollen damit aber auch gleichzeitig ein Zeichen gegen die Todesstrafe setzen." Das erste Anzeichen für den wirklichen Hintergrund der spektakulären Aktion seines Mandanten?

Sollte das das wahre Motiv sein, dann ist De Decker bereits in gewisser Hinsicht schon erfolgreich. Dort ist die Diskussion über die Abschaffung der Todesstrafe inzwischen voll entbrannt. Kritiker fragen schon provokant, wie konnte man eigentlich den juristisch als Ausnahmeregelung konstruierten Fall eines königlichen Gnadenerlasses im Laufe der Zeit zur Normalität erheben?

## ZU GUTER LETZT

*Die Ernährungssituation in der „DDR" sei – so heißt es in einer Studie, über die dpa berichtete – durch einen beharrlichen Anstieg der Nahrungsenergieaufnahme und einen beachtlichen Prozentsatz fettsüchtiger Menschen gekennzeichnet.*